



Bundesministerium  
der Finanzen



# Monatsbericht des BMF

Januar 2015



# Monatsbericht des BMF

Januar 2015

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b> .....	<b>4</b>
<b>Überblick zur aktuellen Lage</b> .....	<b>5</b>
<b>Analysen und Berichte</b> .....	<b>6</b>
Haushaltsabschluss 2014 .....	6
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014.....	20
Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit! Zur Debatte über Investitionen und Staatsverschuldung in Deutschland .....	24
Zum Stand des Reformprozesses in Spanien.....	28
<b>Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage</b> .....	<b>39</b>
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	39
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2014.....	47
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2014 .....	51
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014 .....	56
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	58
Termine, Publikationen .....	63
<b>Statistiken und Dokumentationen</b> .....	<b>65</b>
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	67
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	98
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....	105
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	119

## Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Jahresbeginn 2015 gibt es zwei erfreuliche Nachrichten zu vermelden, die beide den finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung bestätigen. Zum einen konnte mit dem Haushalt 2014 zum ersten Mal seit dem Jahr 1969 wieder ein Haushalt ohne Neuverschuldung abgeschlossen werden. Vor allem die moderate Ausgabenentwicklung und die mit der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt einhergehenden Steuermehreinnahmen haben dazu geführt, dass das Ziel der „schwarzen Null“ schon ein Jahr früher als geplant erreicht werden konnte. Jetzt gilt es, alles dafür zu tun, diesen gemeinsamen Erfolg dauerhaft abzusichern.

Zum anderen konnte die Bundesregierung aufgrund der verbesserten konjunkturellen Aussichten ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr von 1,3 % auf 1,5 % anheben. Die deutsche Wirtschaft hat ihre leichte Schwächephase vom Sommer 2014 überwunden. Hauptverantwortlich hierfür ist eine erfreulich robuste Binnennachfrage, basierend auf einem neuen Beschäftigungsrekord mit 42,65 Millionen Erwerbstätigen zum Jahresende 2014.

Darüber hinaus profitiert die deutsche Wirtschaft auch von sinkenden Rohstoffpreisen. So haben sich seit dem vergangenen Sommer die Notierungen für ein Fass Rohöl an den internationalen Rohstoffmärkten mehr als halbiert und auch andere Rohstoffe verbilligten sich deutlich. Die



sinkenden Rohstoffpreise führen zu direkten Entlastungen sowohl bei Unternehmen als auch bei privaten Haushalten. Gleichzeitig sorgen sie für einen nachlassenden Preisanstieg und damit für mehr Kaufkraft.

Den im Zuge der Konsolidierung neu gewonnenen finanziellen Handlungsspielraum hat die Bundesregierung bereits in den vergangenen Jahren konsequent für eine gezielte Investitionsstärkung genutzt. Auch in den kommenden Jahren setzt sie mit vermehrten Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur wichtige Wachstumsimpulse – und das, ohne neue Schulden aufzunehmen.

Dr. Thomas Steffen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## Überblick zur aktuellen Lage

### Wirtschaft

- Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Jahr 2014 mit 1,5 % stärker als erwartet an. Positive Wachstumsimpulse kamen von der Inlandsnachfrage und den Nettoexporten. Den Indikatoren zufolge dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 4. Quartal deutlich zugenommen haben.
- Angesichts eines günstigeren Konjunkturbildes erwartet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion für das Jahr 2015 einen Anstieg des realen BIP um 1,5 %.
- Der Arbeitsmarkt erwies sich im Jahr 2014 als sehr robust. Im Durchschnitt stieg die Erwerbstätigenzahl um 0,9 % an. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Prozentpunkte.
- Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich aufgrund des kräftigen Rückgangs der Preise für Rohöl im Jahresdurchschnitt 2014 nur moderat um 0,9 %.

### Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) lagen im Dezember 2014 um 8,3 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Diese hohe Zuwachsrate ergab sich insbesondere aus der Rückzahlung von Kernbrennstoffsteuer aufgrund des Urteils des Bundesfinanzhofs vom 25. November 2014. Das Ergebnis der Bundessteuern weist im Dezembervergleich ebenfalls aufgrund des Urteils eine starke Zuwachsrate von 21,2 % auf. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 % zu.
- Im gesamten Haushaltsjahr 2014 stieg das Steueraufkommen von Bund und Ländern (ohne reine Gemeindesteuern) im Vorjahresvergleich um 4,0 %. Die gemeinschaftlichen Steuern konnten sich 2014 um 4,3 % verbessern, die Bundessteuern um 1,3 %.
- Nach den vorläufigen Daten zum Abschluss des Bundeshaushalts 2014 ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) und Ausgaben für das vergangene Jahr ein Finanzierungsdefizit von 0,3 Mrd. €. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgte einzig über Münzeinnahmen aus Umlaufmünzen in Höhe von 0,3 Mrd. €, sodass keine Nettokreditaufnahme notwendig wurde. Damit hat der Bund im Haushalt 2014 erstmals seit 1969 keine neuen Schulden aufgenommen. Im Haushaltsplan 2014 war noch eine Neuverschuldung von 6,5 Mrd. € vorgesehen.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 0,54 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,08 %.

# Haushaltsabschluss 2014

## Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2014

- Der Bundeshaushalt 2014 schloss trotz der Maßnahmen aus der langfristigen Stabilisierung des Euroraums (Aufbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus – ESM) ohne Nettokreditaufnahme ab. Damit wurde das Ziel der „schwarzen Null“ bereits ein Jahr früher erreicht als geplant.
- Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel eines strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalts wurde erfüllt und die Vorgaben der Schuldenbremse wurden erneut mit deutlichem Abstand eingehalten. Der strukturelle Überschuss des Bundes lag auf Basis der vorläufigen Daten für 2014 bei 0,28 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).
- Mit seiner umsichtigen Finanzpolitik wirkt Deutschland auch als Stabilitätsanker in Europa. Denn die Erfahrung hat gezeigt, dass sich Vertrauen nur auf Basis verlässlicher und tragfähiger Politik aufbauen lässt.

1	Ausgangslage .....	6
2	Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse .....	10
3	Bedeutende Veränderungen im Haushaltsjahr 2014 .....	12
4	Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben.....	13
4.1	Konsumtive Ausgaben .....	14
4.2	Investive Ausgaben.....	14
5	Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen.....	15

### 1 Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft konnte sich im Jahr 2014 in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld gut behaupten. Das BIP stieg nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit real + 1,5 % im Jahr 2014 deutlich an. In den beiden vorangegangenen Jahren hatte das BIP nahezu stagniert (2012: + 0,4 %; 2013: + 0,1%). Im Jahr 2014 kam es nach kräftigem Wachstum im 1. Quartal zu einer temporären Schwächephase in den beiden darauffolgenden Quartalen. Den Konjunkturindikatoren zufolge dürfte sich die konjunkturelle Lage im Schlussquartal wieder verbessert haben.

Ein Motor des Wirtschaftswachstums war erneut die Inlandsnachfrage. Dabei profitierten die privaten Konsumausgaben

von einer anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungsexpansion. Der rückläufige Ölpreis führte zu zusätzlichen Kaufkraftsteigerungen bei den Verbrauchern und Kostenentlastungen bei den Unternehmen. Die Investitionen nahmen im Jahresdurchschnitt zwar merklich zu, schwächten sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte ab. Hierzu trugen offenbar Verunsicherungen vor dem Hintergrund geopolitischer Risiken bei. Der deutsche Außenhandel gewann trotz des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds etwas an Dynamik. Die Exporte stiegen dabei etwas stärker an als die Importe. Die Nettoexporte (Ausfuhren minus Einfuhren) leisteten daher einen leicht positiven Beitrag zum BIP-Wachstum.

Der Arbeitsmarkt erwies sich im Jahr 2014 als sehr robust. Der Beschäftigungsaufbau beschleunigte sich leicht, während die Arbeits-



Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

losenquote im Jahresdurchschnitt auf 6,7% sank. Deutschland weist heute den höchsten Beschäftigungsstand seiner Geschichte auf und die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit der deutschen Einheit.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Haushaltsjahr 2014 insgesamt um 4,0%. Einkommensabhängige Steuerarten dominieren das gute Gesamtergebnis. Einzelheiten hierzu können dem nachfolgenden Artikel „Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014“ entnommen werden. Abweichungen zu den in Tabelle 1 und Tabelle 2 aufgeführten Einnahmen des Bundes sind methodisch bedingt.

Gesamtübersicht

Das Haushaltsgesetz 2014 wurde am 27. Juni 2014 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 15. Juli 2014 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 914).

Tabelle 1 zeigt neben dem Haushaltssoll 2014 wesentliche Eckwerte des Haushalts-

abschlusses 2014 im Vergleich zum Haushaltsabschluss 2013.

Ausgaben und Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushaltsjahr 2014 auf 295,5 Mrd. €. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 mit Gesamtausgaben in Höhe von 307,8 Mrd. € sanken die Ausgaben somit insgesamt um 12,4 Mrd. € beziehungsweise 4,0%.

Die Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) des Bundes addierten sich im Haushaltsjahr 2014 auf 295,1 Mrd. € und lagen somit um 9,7 Mrd. € oder 3,4% über dem Ergebnis von 2013 mit 285,5 Mrd. €. Die Einnahmensteigerung ist im Wesentlichen auf das gute Ergebnis bei den Steuereinnahmen zurückzuführen. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen 2014 um 10,9 Mrd. € oder 4,2% auf 270,8 Mrd. € gegenüber Steuereinnahmen von 259,8 Mrd. € im Jahr 2013. Die sonstigen Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 1,3 Mrd. € auf 24,4 Mrd. €. Dies entspricht einer Veränderung von - 5,0%.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €				
					in %
<b>Ermittlung des Finanzierungssaldos</b>					
<b>1. Ausgaben zusammen</b>	<b>296 500</b>	<b>295 486</b>	<b>307 843</b>	<b>- 12 357</b>	<b>-4,0</b>
<b>2. Einnahmen zusammen</b>	<b>289 782</b>	<b>295 147</b>	<b>285 452</b>	<b>9 675</b>	<b>3,4</b>
Steuereinnahmen	268 197	270 774	259 807	10 967	4,2
sonstige Einnahmen (ohne Münzeinnahmen)	21 585	24 373	25 645	- 1 272	-5,0
<b>Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo</b>	<b>- 6 718</b>	<b>- 297</b>	<b>- 22 348</b>	<b>22 050</b>	<b>X</b>
<b>Deckung des Finanzierungssaldos</b>					
Nettokreditaufnahme	6 500	0	22 072	- 22 072	X
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	218	297	276	21	7,8
nachrichtlich:					
investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen, Kapitaleinzahlungen an ESM und ähnliches)	29 853	29 275	33 477	- 4 202	12,8

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

Finanzierungsdefizit

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) und Ausgaben ergibt sich im Haushaltsjahr 2014 ein rechnerisches Finanzierungsdefizit von 0,3 Mrd. €. Dem stehen Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) in Höhe von 0,3 Mrd. € gegenüber. Die Nettokreditaufnahme (NKA), d. h. die Differenz zwischen Bruttokreditaufnahme und Bruttotilgung, war somit gleich Null. Damit kam der Bundeshaushalt 2014 erstmals seit 1969 und ein Jahr früher als geplant ohne Neuverschuldung aus.

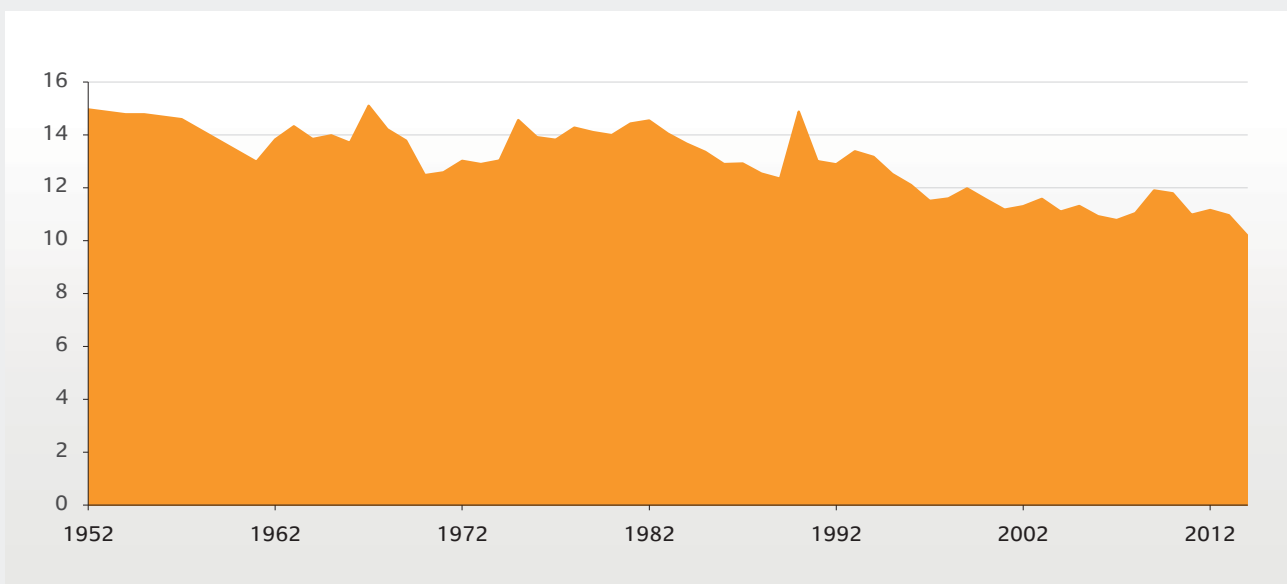
Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Wichtige Kennziffern des Bundeshaushalts 2014 zeigen, dass der Bund erhebliche Fortschritte bei der Konsolidierung seiner Finanzen macht. Besonders bei langfristiger Betrachtung werden die Konsolidierungsfortschritte deutlich. Dieser Erfolg muss aber durch Ausgabendisziplin abgesichert werden, um die aus der Schuldenbremse erwachsenden Ziele dauerhaft zu erreichen.

Im Folgenden werden die Kennziffern des Bundeshaushalts 2014 umrissen:

- Ausgabenquote zum nominalen BIP:** Die Ausgabenquote zum nominalen BIP (erste Berechnung für 2014: 2 903,2 Mrd. €) setzt die Bundesausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland. Mit 10,2% verringerte sich die Ausgabenquote im Haushalt 2014 deutlich um 0,8 Prozentpunkte gegenüber 11,0% im Haushalt 2013. Bezogen auf sämtliche Bundeshaushalte seit 1950 ist dies der niedrigste Wert überhaupt (siehe auch Abbildung 1).
- Zinsausgabenquote:** Die Zinsausgabenquote zeigt den Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes. Mit 8,8% für 2014 sinkt diese deutlich um 1,4 Prozentpunkte gegenüber 10,2% im Jahr 2013 und bestätigt damit den längerfristigen, durch die anhaltende Niedrigzinsphase getragenen Trend. Von dem Höchstwert des Haushalts 1999 mit rund 16,6%, oder den Werten der

Abbildung 1: Ausgabenquote 1952 bis 2014 in Relation zum BIP in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

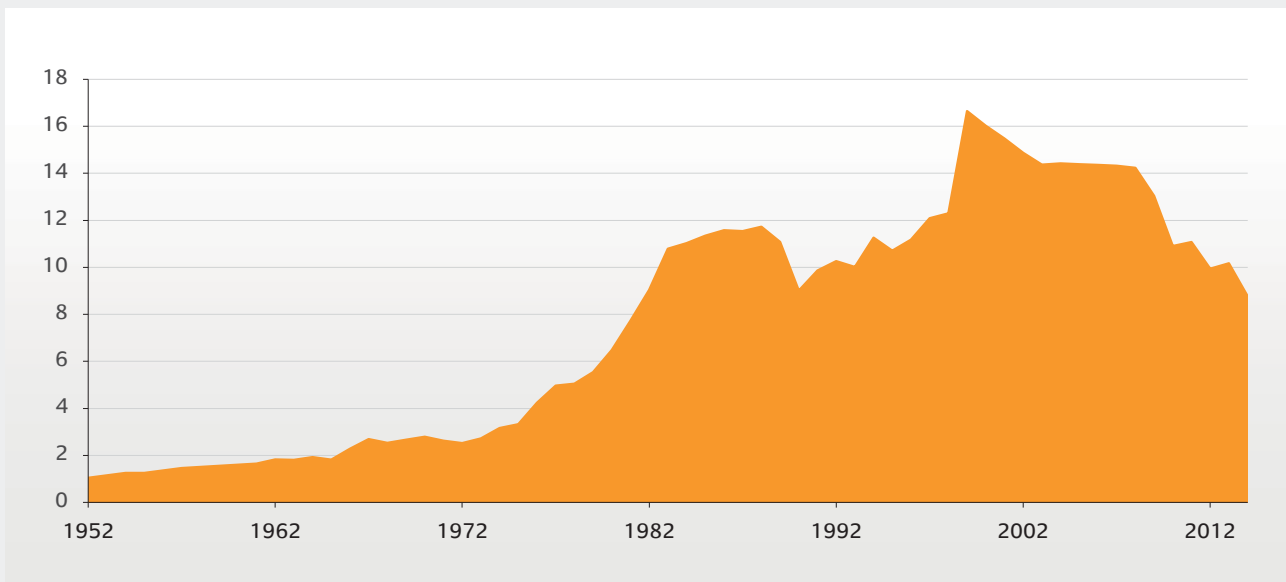
Jahre 2003 bis 2008 von über 14,2 % ist dieser Indikator deutlich zurückgeführt worden, und zwar auf ein Niveau wie vor 1982 (siehe auch Abbildung 2).

- **Zins-Steuer-Quote:** Die Zins-Steuer-Quote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Zinsausgaben. Sie lag im Ergebnis 2014 bei 9,6 % und verbesserte sich deutlich um rund 2,5 Prozentpunkte gegenüber dem Wert des Jahres 2013 von 12,0 %. Damit bestätigt sie den langfristigen Trend. Dieses Niveau hatte zuletzt vor dem Jahr 1981 bestanden.
- **Steuerfinanzierungsquote:** Die Steuerfinanzierungsquote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Bundesausgaben. Dieser Anteil lag 2014 bei 91,6 % und verbesserte sich gegenüber 2013 mit 84,4 % sehr deutlich um 7,2 Prozentpunkte. Dieses Niveau

wurde zuletzt im Jahr 1973 und davor erreicht.

- **Primärsaldo:** Der Primärsaldo ist die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen – ohne Nettokreditaufnahme (NKA) – und öffentlichen Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden. Diese wichtige Größe eröffnet somit den Blick auf den Haushalt ohne die Altlasten – sprich Zinslasten – der Vergangenheit und ohne aktuelle Neuverschuldung, soweit vorhanden. Der Bundeshaushalt 2014 zeigt erneut einen Primärüberschuss, und zwar in Höhe von 25,6 Mrd. €. Gegenüber 2013 mit einem Primärüberschuss von 8,9 Mrd. € ist das eine Verbesserung von 16,6 Mrd. €. Dies ist umso erfreulicher, wenn man bedenkt, dass der Haushalt 2010 noch mit einem Primärdefizit von 11,3 Mrd. € abgeschlossen hatte.

Abbildung 2: Zinsausgabenquote 1952 bis 2014 in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## 2 Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse

Der Bundeshaushalt 2014 war der vierte Haushalt, der nach den Vorgaben der seit 2009 im Artikel 115 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Artikel 143d GG verankerten Schuldenbremse<sup>1</sup> aufgestellt wurde. Um deren Einhaltung im Haushaltsvollzug zu überprüfen, wird die tatsächliche NKA mit der maximal zulässigen NKA verglichen. Die Berechnung der nach der Schuldenbremse maximal zulässigen NKA für das Soll und Ist des Haushaltsjahres 2014 ist in Tabelle 2 dargestellt.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2014 wurde die zulässige NKA unter Berücksichtigung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung und der geplanten finanziellen Transaktionen ermittelt. Sie ergibt sich aus der maximal zulässigen strukturellen NKA (26,6 Mrd. €, Position 3 in Tabelle 2) abzüglich der Konjunkturkomponente (- 4,9 Mrd. €, Position 6 der Soll-Spalte) und des Saldos der finanziellen Transaktionen (- 2,9 Mrd. €, Position 5 der Soll-Spalte).

Damit ergab sich für das Haushalts-Soll eine maximal zulässige NKA in Höhe von 34,3 Mrd. € (Position 8 der Soll-Spalte).

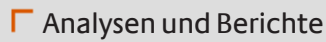
Die maximal zulässige NKA nach Haushaltsabschluss (gemäß vorläufigen Berechnungen) wird nach Abzug der angepassten Konjunkturkomponente und des tatsächlichen Saldos der finanziellen Transaktionen von der strukturellen Defizitobergrenze berechnet.

Die Konjunkturkomponente wird dabei folgendermaßen angepasst: Zu der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ermittelten Produktionsücke wird die Differenz zwischen dem im Januar 2015 vom Statistischen Bundesamt ermittelten und dem zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung (Juli 2014) prognostizierten Zuwachs des nominalen BIP für das Jahr 2014 addiert. Im Juli 2014 erwartete die Bundesregierung für 2014 einen Zuwachs von + 3,5 % (Position 6ba der Soll-Spalte) gemäß der damaligen Systematik, dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995). Seit September 2014 werden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) nach der neuen Systematik ESVG 2010 veröffentlicht: Gemäß der Meldung des Statistischen Bundesamts vom 15. Januar 2015 ist das nominale BIP im vergangenen Jahr um 3,3 % (Position 6ba der Ist-Spalte) gestiegen. Da das nominale BIP-Wachstum um 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfiel als erwartet, wird die Konjunkturkomponente um diesen Effekt angepasst. Damit erhöhte sich das konjunkturbedingte Defizit im Haushaltsvollzug um 1,2 Mrd. € auf 6,1 Mrd. € (Position 6 der Ist-Spalte).

Darüber hinaus lag der Saldo der finanziellen Transaktionen im Jahr 2014 (- 2,4 Mrd. €, Position 5 der Ist-Spalte) leicht über den Erwartungen zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung (- 2,9 Mrd. €). Er blieb insbesondere aufgrund der Einzahlung der fünften Rate in den ESM (4,3 Mrd. €) negativ.

Nach Abzug der angepassten Konjunkturkomponente (- 6,1 Mrd. €) und des tatsächlichen Saldos der finanziellen Transaktionen (- 2,4 Mrd. €) von der strukturellen Defizitobergrenze (26,6 Mrd. €) liegt die maximal zulässige NKA nach Haushaltsabschluss gemäß vorläufigen Berechnungen bei 35,1 Mrd. € (Position 8 der Ist-Spalte). Die tatsächliche NKA unter Berücksichtigung des ausgeglichenen Bundeshaushalts und der Finanzierungsdefizite der seit Inkrafttreten der Schuldenbremse errichteten Sondervermögen des Bundes beträgt lediglich

<sup>1</sup> Eine ausführliche Beschreibung der Funktionsweise der Schuldenbremse findet sich im „Kompendium zur Schuldenbremse des Bundes gemäß Artikel 115 Grundgesetz“, das auch die zugrundeliegenden Gesetzes- und Verordnungstexte enthält: [http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche\\_Finanzien/Schuldenbremse/schuldenbremse.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzien/Schuldenbremse/schuldenbremse.html).



HAUSHALTSABSCHLUSS 2014

Tabelle 2: Vorläufige Abrechnung des Bundeshaushalts 2014 gemäß Schuldenbremse

		Soll <sup>1</sup>	Ist <sup>2</sup>
		in Mrd. €	
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31% p. a.)	0,975	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2 737,6	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	26,6	
4	Nettokreditaufnahme (4a) - (4b) - (4c)	6,6 <sup>3</sup>	0,8 <sup>3</sup>
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	6,5	0,0
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-0,1	-0,1
4c	Finanzierungssaldo Aufbauhilfefonds	-	-0,7
5	Saldo finanzieller Transaktionen	-2,9	-2,4
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	2,0	2,2
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	2,0	2,2
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
5ac	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	4,9	4,6
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	4,9	4,6
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
5bc	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0
6	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-4,9	-6,1
6a	nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	-23,2	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] % x (6bb)	-	-5,7
6ba	nominales Bruttoinlandsprodukt (% gegenüber Vorjahr)	3,5	3,3 <sup>4</sup>
6bb	nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres	-	2 809,5 <sup>4</sup>
6c	Budgetsensitivität (ohne Einheit)	0,210	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	34,3	35,1
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6) in % des BIP	-1,2 <sup>5</sup>	-7,7 <sup>5</sup>
		-0,05 <sup>5</sup>	-0,28 <sup>5</sup>
10	Be(-)/Ent(+)-lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)	-	34,2
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	-	85,7
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	-	119,9

Abweichungen in den Summen und in den Produkten durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> Soll 2014 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2014 vom 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 914).

<sup>2</sup> Vorläufige Bebuchung des Kontrollkontos; endgültige Bebuchung erfolgt jeweils zum 1. September des dem betreffenden Haushaltsjahr folgenden Jahres.

<sup>3</sup> Die NKA erfasst sowohl die NKA des Bundeshaushalts als auch -- mit umgekehrtem Vorzeichen -- die Finanzierungssalden der seit Inkrafttreten der Schuldenbremse neu errichteten Sondervermögen des Bundes.

<sup>4</sup> Gemäß neuer Systematik ESVG 2010.

<sup>5</sup> Negative Werte stellen Überschüsse dar.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

0,8 Mrd. € (Position 4 der Ist-Spalte) und hat damit im Haushaltsjahr 2014 die nach der Schuldenbremse errechnete maximal zulässige Neuverschuldung um 34,2 Mrd. € (Position 10 der Ist-Spalte) erneut deutlich unterschritten.

Aus der tatsächlichen NKA (0,8 Mrd. €) addiert mit der Konjunkturkomponente (- 6,1 Mrd. €) und dem Saldo der finanziellen Transaktionen (- 2,4 Mrd. €) ergibt sich eine strukturelle NKA von - 7,7 Mrd. €, d. h. ein struktureller Überschuss von 7,7 Mrd. € beziehungsweise 0,28 % des BIP. Damit wurde erstmals seit der Einführung der Schuldenbremse ein struktureller Überschuss erreicht und das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel eines strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalts erfüllt.

Mit dem aktualisierten Ergebnis zum BIP 2014 wird die Differenz zwischen der maximal zulässigen strukturellen NKA und der strukturellen NKA erneut berechnet und gemäß § 7 Absatz 1 des Artikels 115 GG zum 1. März 2015 erstmals und zum 1. September 2015 endgültig auf dem Kontrollkonto gebucht. Saldiert mit dem Positivsaldo des Vorjahres ergibt sich gemäß der hier ausgeführten ersten vorläufigen Berechnung nach dem vierten Jahr der Anwendung der Schuldenbremse ein kumulierter Saldo von 119,9 Mrd. € auf dem Kontrollkonto.

Damit die im Übergangszeitraum kumulierten Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto nicht als positiver Saldo für die Schuldenbremse nach Abschluss des Übergangspfades ab dem Jahr 2016 übertragen werden, wurde im Fiskalvertragsumsetzungsgesetz festgelegt, dass der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015 auf null gestellt wird.

## 3 Bedeutende Veränderungen im Haushaltsjahr 2014

### Steuereinnahmen

Ausführliche Angaben zu den Steuereinnahmen des Bundes können dem nachfolgenden Artikel „Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014“ entnommen werden.

### Sozialpolitik

Die Sozialversicherungen konnten in den vergangenen Jahren eine zunehmend positive Einnahmeentwicklung verzeichnen. Trotz der in den Jahren 2012 und 2013 erfolgten Beitragssatzsenkungen und den Leistungsausweitungen durch das Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung war die Nachhaltigkeitsrücklage der Deutschen Rentenversicherung mit geschätzt 33,5 Mrd. € zum Jahresende 2014 so hoch wie nie zuvor. Da die Nachhaltigkeitsrücklage voraussichtlich auch in diesem Jahr 1,5 Monatsausgaben übersteigen wird, wurde der Beitragssatz für die allgemeine Rentenversicherung zum 1. Januar 2015 nochmals um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 % abgesenkt. Die Arbeitnehmer werden durch diese Absenkung um insgesamt rund 1 Mrd. € entlastet. Die Arbeitskosten der Wirtschaft sinken ebenfalls um rund 1 Mrd. €.

Aufgrund der soliden finanziellen Basis der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) war es für die Krankenkassen 2014 nicht notwendig, Zusatzbeiträge zu erheben. Eine Reihe von Krankenkassen konnte sogar

Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

erhebliche Prämien an ihre Mitglieder auszahlen. Der allgemeine Beitragssatz in der GKV betrug weiterhin 15,5 %. Der Bund leistet zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben einen Bundeszuschuss an die GKV. Dieser konnte aufgrund der positiven Finanzentwicklung der GKV im Jahr 2014 auf 10,5 Mrd. € abgesenkt werden.

Entlastung der Kommunen

Der Bund entlastet die Länder und Kommunen finanziell an vielen Stellen. Insbesondere übernimmt der Bund schrittweise einen steigenden Anteil an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. In den Vorjahren beteiligte sich der Bund prozentual an den entsprechenden Nettoausgaben des Vorvorjahres (2013: 75 %, 2012: 45 %, 2011: 15 %). Ab dem Jahr 2014 erstattet der Bund 100 % der Nettoausgaben des laufenden Haushaltsjahres. Durch die Übernahme dieser Kosten werden die Kommunen nachhaltig entlastet und der Bund trägt damit in einem erheblichen Maße dazu bei, dass die Kommunen insgesamt bereits seit 2012 Haushaltsüberschüsse

aufweisen. Hierdurch werden in den Kommunen Finanzmittel frei, die diese auch für zusätzliche Investitionen nutzen können.

4 Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben

Ausgaben können entsprechend ihrer ökonomischen Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe nach konsumtiven und investiven Ausgabearten unterschieden werden. So werden u. a. Baumaßnahmen, der Immobilienkauf, Darlehen und die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen den investiven Ausgaben zugeordnet. Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben inklusive der militärischen Beschaffungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der für Investitionen werden den konsumtiven Ausgaben zugeordnet.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Eine genaue Auflistung findet sich in § 13 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung

Tabelle 3: Gesamtübersicht der konsumtiven und investiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €				in %
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>296 500</b>	<b>295 486</b>	<b>307 843</b>	<b>-12 357</b>	<b>-4,0</b>
konsumtive Ausgaben	268 544	266 210	274 366	-8 155	-3,0
investive Ausgaben	29 853	29 275	33 477	-4 202	-12,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

### 4.1 Konsumtive Ausgaben

Unter konsumtiven Ausgaben werden die Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 6 des Gruppierungsplans verstanden. Die konsumtiven Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushalt 2014 auf 266,2 Mrd. € und hatten somit einen rechnerischen Anteil von 90,1% an den Gesamtausgaben des Bundes. Im Vergleich zum Haushalt 2013 mit 274,4 Mrd. € sanken diese um 8,2 Mrd. € oder 3,0%. Mit 104,7 Mrd. € haben die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Sozialversicherungen auch 2014 wieder den größten Anteil an den konsumtiven Ausgaben des Bundes. Gegenüber Ausgaben im Jahr 2013 von 103,7 Mrd. € stiegen die Zuweisungen und Zuschüsse leicht um 1,0 Mrd. € oder 1,0%.

### 4.2 Investive Ausgaben

Investive Ausgaben sind im kameralistischen Haushalt die Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 des Gruppierungsplans. Die Definition ist nicht mit jener in der VGR nach der jüngsten Revision zu vergleichen, bei der u. a. auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung hinzugezählt werden. Die investiven Ausgaben des Bundes beliefen sich 2014 auf 29,3 Mrd. € und haben somit einen rechnerischen Anteil von 9,9% an den Gesamtausgaben des Bundes. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 mit 33,5 Mrd. € sanken diese um 4,2 Mrd. € oder 12,6%. Hauptgrund hierfür ist die planmäßige Halbierung der Zuführung zum Grundkapital des ESM.

Tabelle 4: Konsumtive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €				in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>268 544</b>	<b>266 210</b>	<b>274 366</b>	<b>-8 155</b>	<b>-3,0</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>28 907</b>	<b>29 209</b>	<b>28 575</b>	<b>633</b>	<b>2,2</b>
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>24 196</b>	<b>23 174</b>	<b>23 152</b>	<b>22</b>	<b>0,1</b>
sächliche Verwaltungsausgaben	12 460	12 432	12 575	- 144	-1,1
militärische Beschaffungen	9 989	8 814	8 550	264	3,1
sonstiger laufender Sachaufwand	1 746	1 928	2 027	- 98	-4,8
<b>Zinsausgaben</b>	<b>27 618</b>	<b>25 916</b>	<b>31 302</b>	<b>-5 386</b>	<b>-17,2</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>187 196</b>	<b>187 308</b>	<b>190 781</b>	<b>-3 473</b>	<b>-1,8</b>
an Verwaltungen	20 718	21 108	27 273	-6 166	-22,6
an andere Bereiche	166 478	166 200	163 508	2 692	1,6
Unternehmen	26 707	25 517	25 024	493	2,0
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	27 471	28 029	27 055	974	3,6
an Sozialversicherung	104 320	104 719	103 693	1 026	1,0
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 960	1 889	1 656	233	14,0
an Ausland	6 018	6 043	6 075	- 32	-0,5
an Sonstige	2	5	5	0	-8,0
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>628</b>	<b>604</b>	<b>555</b>	<b>49</b>	<b>8,8</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



## Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

### Tabelle 5: Investive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>29 853</b>	<b>29 275</b>	<b>33 477</b>	<b>-4 202</b>	<b>-12,6</b>
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 809</b>	<b>7 865</b>	<b>7 895</b>	<b>- 30</b>	<b>-0,4</b>
Baumaßnahmen	6 273	6 419	6 264	156	2,5
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>22 044</b>	<b>21 411</b>	<b>25 582</b>	<b>-4 172</b>	<b>-16,3</b>
Finanzierungshilfen an öffentlichen Bereich	4 805	4 854	4 925	- 71	-1,4
Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche	17 239	16 556	20 657	-4 101	-19,9
Darlehen	393	230	1 436	-1 206	-84,0
Zuschüsse	11 459	11 118	9 848	1 270	12,9
Beteiligungen	4 486	4 416	8 778	-4 363	-49,7
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	900	793	596	197	33,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Unter den investiven Ausgaben summierten sich 2014 die Sachinvestitionen des Bundes auf 7,9 Mrd. €. Dies ist ein geringfügiger Rückgang um 30 Mio. € oder 0,4 %. Die gesamten Bundesausgaben sanken hingegen um 4,0 %. Den Hauptanteil an den Sachinvestitionen hatten mit 6,4 Mrd. € die Ausgaben für Baumaßnahmen des Bundes, und zwar größtenteils für den Bau und Erhalt von Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen.

Die Finanzierungshilfen bildeten mit 21,4 Mrd. € den größten Ausgabenblock der investiven Ausgaben im Jahr 2014. Diese sanken im Vergleich zum Vorjahr mit 25,6 Mrd. € um rund 4,2 Mrd. €, da sich der Beitrag zum Grundkapital des ESM von 8,6 Mrd. € auf 4,3 Mrd. € halbiert hat (letzte Rate). Des Weiteren wurden unter anderem Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes in Höhe von 3,7 Mrd. € geleistet. Bedeutsam waren ebenso 2,5 Mrd. €

Zuschüsse für die Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit sowie Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in Höhe von 1,3 Mrd. €.

## 5 Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen

Im Sollbericht 2014 wurden die nachfolgenden Ausgabe- und Einnahmepositionen ausführlich kommentiert (siehe Sollbericht 2014 im Monatsbericht des BMF August 2014). Tabelle 6 zeigt die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen. Die Nummerierung und Darstellung erfolgt aufgrund der Systematik des Funktionenplans. Es folgen die aktualisierten Ist-Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2014.

 Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2014

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €				in %
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>296 500</b>	<b>295 486</b>	<b>307 843</b>	<b>-12 357</b>	<b>- 4,0</b>
<b>0. Allgemeine Dienste</b>	<b>69 602</b>	<b>69 720</b>	<b>72 647</b>	<b>-2 927</b>	<b>- 4,0</b>
politische Führung und zentrale Verwaltung	13 949	13 738	13 205	533	4,0
politische Führung	3 442	3 249	3 105	144	4,6
Versorgung einschließlich Beihilfen	8 941	8 835	8 546	289	3,4
auswärtige Angelegenheiten	14 451	14 449	18 374	-3 925	- 21,4
Auslandsvertretungen	772	739	724	15	2,1
Beiträge an Internationale Organisationen	5 168	5 091	9 592	-4 501	- 46,9
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 324	6 380	5 899	480	8,1
Verteidigung	32 366	32 594	32 269	325	1,0
öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 355	4 527	4 476	51	1,1
Polizei	3 070	3 237	3 219	18	0,6
Finanzverwaltung	4 004	3 932	3 865	67	1,7
<b>1. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung</b>	<b>19 304</b>	<b>18 822</b>	<b>18 684</b>	<b>138</b>	<b>0,7</b>
Hochschulen	4 947	4 969	4 854	114	2,4
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 708	2 635	2 686	-52	- 1,9
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 598	10 214	10 150	64	0,6
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	4 235	4 222	3 990	232	5,8
Max-Planck-Gesellschaft	748	748	714	34	4,7
Fraunhofer-Gesellschaft	587	584	556	28	5,0
Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft	2 455	2 454	2 314	141	6,1
Forschung und experimentelle Entwicklung	5 741	5 371	5 577	-206	- 3,7
<b>2. Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>147 876</b>	<b>148 783</b>	<b>145 706</b>	<b>3 077</b>	<b>2,1</b>
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 691	99 489	98 701	789	0,8
allgemeine Rentenversicherung (nur Bundesträger)	74 469	74 456	72 659	1 797	2,5
knappschaftliche Rentenversicherung (nur Bundesträger)	5 464	5 339	5 492	- 153	- 2,8
Unfallversicherung	285	287	314	-27	- 8,6
Krankenversicherung	11 847	11 857	12 753	-896	- 7,0
Alterssicherung der Landwirte (einschließlich Landabgabenrente)	2 177	2 201	2 227	-25	- 1,1
sonstige Sozialversicherungen	5 449	5 348	5 255	92	1,8

 Analysen und Berichte

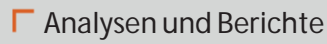
HAUSHALTSABSCHLUSS 2014

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €				in %
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	7 343	7 396	6 548	848	13,0
Elterngeld	5 889	6 083	5 125	958	18,7
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 300	2 175	2 340	- 165	- 7,1
Arbeitsmarktpolitik	31 400	32 510	32 680	- 171	- 0,5
Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	19 200	19 725	19 484	241	1,2
Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	3 900	4 162	4 685	- 524	- 11,2
aktive Arbeitsmarktpolitik	4 254	3 927	4 015	- 89	- 2,2
sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	4 046	4 696	4 495	201	4,5
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII (einschließlich Erstattung von Gutachtenkosten)	5 471	5 447	3 755	1 692	45,1
<b>3. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>2 008</b>	<b>1 889</b>	<b>1 633</b>	<b>256</b>	<b>15,7</b>
<b>4. Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 192</b>	<b>2 010</b>	<b>2 304</b>	<b>- 294</b>	<b>- 12,8</b>
<b>5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>960</b>	<b>862</b>	<b>904</b>	<b>- 42</b>	<b>- 4,6</b>
<b>6. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 180</b>	<b>4 076</b>	<b>3 900</b>	<b>176</b>	<b>4,5</b>
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 580	1 492	88	5,9
regionale Fördermaßnahmen	603	710	795	- 86	- 10,9
<b>7. Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>16 421</b>	<b>15 993</b>	<b>16 406</b>	<b>- 413</b>	<b>- 2,5</b>
Straßen und Kompensationszahlungen an die Länder	7 435	7 852	7 399	453	6,1
Bundesautobahnen	3 668	4 029	3 516	513	14,6
Bundesstraßen	2 329	2 392	2 464	- 71	- 2,9
Kompensationszahlungen an die Länder	1 336	1 336	1 336	0	0,0
Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	1 660	1 684	- 24	- 1,4
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	4 274	4 597	- 323	- 7,0
Luftfahrt, Nachrichtenwesen, sonstiges Verkehrswesen	2 019	1 581	2 142	- 560	- 26,2
<b>8. Finanzwirtschaft</b>	<b>33 957</b>	<b>33 718</b>	<b>46 017</b>	<b>- 12 300</b>	<b>- 26,7</b>
Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 675	6 069	13 479	- 7 410	- 55,0
Zinsen (ohne sächliche Verwaltungskosten)	27 621	25 920	31 307	- 5 387	- 17,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.


 Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

Tabelle 7: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Abweichungen gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>289 782</b>	<b>295 147</b>	<b>285 452</b>	<b>9 695</b>	<b>3,4</b>
darunter:					
<b>Steuereinnahmen zusammen</b>	<b>268 197</b>	<b>270 774</b>	<b>259 807</b>	<b>10 967</b>	<b>4,2</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage</b>	<b>220 890</b>	<b>222 376</b>	<b>213 199</b>	<b>9 177</b>	<b>4,3</b>
Lohnsteuer	71 273	71 420	67 174	4 245	6,3
veranlagte Einkommensteuer	19 316	19 385	17 969	1 416	7,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	8 000	8 712	8 631	82	0,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 696	3 437	3 812	- 375	-9,8
Körperschaftsteuer	9 025	10 022	9 754	268	2,7
Steuern vom Umsatz	108 751	108 596	105 084	3 513	3,3
Gewerbesteuerumlage	1 629	1 603	1 575	28	1,8
<b>Bundessteuern</b>	<b>101 668</b>	<b>101 804</b>	<b>100 454</b>	<b>1 350</b>	<b>1,3</b>
Energiesteuer	39 450	39 758	39 364	394	1,0
Tabaksteuer	14 300	14 612	13 820	792	5,7
Solidaritätszuschlag	14 900	15 047	14 378	669	4,6
Versicherungsteuer	11 950	12 046	11 553	493	4,3
Stromsteuer	6 850	6 638	7 009	- 371	-5,3
Branntweinsteuer	2 062	2 061	2 104	- 43	-2,1
Kraftfahrzeugsteuer	8 400	8 501	8 490	11	0,1
Kaffeesteuer	1 040	1 016	1 021	- 6	-0,5
Schaumweinsteuer und Zwischenerzeugnissteuer	434	426	449	- 22	-5,0
Luftverkehrssteuer	980	990	978	11	1,2
Kernbrennstoffsteuer	1 300	708	1 285	- 577	-44,9
sonstige Bundessteuern	2	2	2	0	-0,5
<b>Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>X</b>
<b>Abzugsbeträge</b>	<b>-54 361</b>	<b>-53 406</b>	<b>-53 845</b>	<b>439</b>	<b>- 0,8</b>
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 450	-10 681	-10 792	111	-1,0
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7 299	-7 299	-7 191	- 108	1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 140	-4 015	-2 083	-1 932	92,7
BNE-Eigenmittel der EU	-23 480	-22 419	-24 787	2 368	-9,6
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-8 992	-8 992	0	0,0
Konsolidierungshilfen	- 800	- 800	- 800	0	0,0

 Analysen und Berichte

Haushaltsabschluss 2014

## noch Tabelle 7: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2014	Ist 2014	Ist 2013	Abweichungen gegenüber Vorjahr	
				in Mio. €	in %
<b>Sonstige Einnahmen</b>	21 585	24 373	25 645	-1 272	- 5,0
darunter:					
Gebühren und sonstige Entgelte	6 957	7 042	7 183	- 142	- 2,0
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	4 400	4 464	4 391	73	1,7
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	6 757	6 777	4 763	2 014	42,3
Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank	2 500	2 500	664	1 836	276,6
Immobilienaufgaben	2 817	2 817	2 904	- 87	- 3,0
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	2 380	2 809	5 978	-3 169	- 53,0
Zuweisung aus dem Sondervermögen Aufbauhilfe	1 000	0	0	0	0,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014

# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014

- Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Haushaltsjahr 2014 im Vorjahresvergleich um insgesamt 4,0 % auf 593,0 Mrd. €.
- Neben den einkommensabhängigen Steuerarten Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer haben auch die Steuern vom Umsatz zu dem guten Gesamtergebnis beigetragen.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Haushaltsjahr 2014 .....20  
 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2014 .....23  
 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen .....23

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Haushaltsjahr 2014

Haushaltsjahr 2013 mit Gesamteinnahmen von 570,2 Mrd. € ist dies ein Zuwachs von 22,8 Mrd. € oder 4,0 %.

Im Haushaltsjahr 2014 konnten Bund und Länder<sup>1</sup> Steuereinnahmen in Höhe von 593,0 Mrd. € verbuchen. Gegenüber dem

Die Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2014 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind in Tabelle 1 dargestellt.

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Im Haushaltsjahr 2014 stiegen die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 um 4,3 % auf 469,1 Mrd. €. Das Aufkommen der Bundessteuern stieg um 1,3 % auf 101,8 Mrd. € und die Ländersteuern verzeichneten einen Zuwachs um 11,7 % auf 17,6 Mrd. €.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2014

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Haushaltsjahr in Mio. €		Anderung gegenüber Vorjahr	
	2014	2013	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	469 127	449 805	19 322	4,3
Reine Bundessteuern	101 804	100 454	1 350	1,3
Reine Ländersteuern	17 556	15 723	1 833	11,7
Zölle	4 552	4 231	321	7,6
<b>Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>593 039</b>	<b>570 213</b>	<b>22 826</b>	<b>4,0</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014

Die Zolleinnahmen wuchsen um 7,6 % auf 4,6 Mrd. €.

Grundlage des Anstiegs der Steuereinnahmen war die – trotz des schwierigen internationalen Umfelds – positive Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Diese ging mit deutlich steigenden Löhnen und Gewinnen einher. Daraus resultierten sowohl ein erneuter starker Anstieg des Lohnsteueraufkommens als auch eine anhaltende Aufwärtsentwicklung der Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern. Dies gilt insbesondere für die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer. Zudem schlug sich die gute binnenwirtschaftliche Nachfrage in einem entsprechenden Wachstum der Steuern vom Umsatz nieder.

### Gemeinschaftliche Steuern

Basis für die wachsenden Einnahmen bei der Lohnsteuer waren eine anhaltend gute Beschäftigungslage und Lohnsteigerungen. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im Haushaltsjahr 2014 auf 208,7 Mrd. €. Dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 4,8 %. Hiervon abzuziehen ist das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld, welches im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 0,2 % etwas höher ausfiel. Im Ergebnis stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Haushaltsjahr 2014 um + 6,2 % auf 168,0 Mrd. €.

Die veranlagte Einkommensteuer brutto verzeichnete im Haushaltsjahr 2014 Einnahmen in Höhe von 62,1 Mrd. €, was einer Steigerung von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Abzugsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage beeinflussten das Ergebnis nur unerheblich. Lediglich die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit) hatten mit einem Zuwachs von + 1,3 % und einem Volumen von 16,2 Mrd. € betragsmäßige

Relevanz. Im Haushaltsjahr 2014 erhöhten sich die Kasseneinnahmen somit um insgesamt 7,9 % auf 45,6 Mrd. €.

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer stieg im Haushaltsjahr 2014 um 2,3 % auf 20,4 Mrd. €. Nach Abzug der betragsmäßig vergleichsweise geringen Investitionszulage stieg das Kassenaufkommen im Haushaltsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % auf 20,0 Mrd. €.

Das Steueraufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag war unterjährig stark durch Sondereffekte beeinflusst. Im Ergebnis stieg das Nettoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Haushaltsjahr 2014 moderat um 1,0 % auf 17,4 Mrd. €.

Das Aufkommen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge war im Haushaltsjahr 2014 gegenüber 2013 um 9,8 % rückläufig und lag bei 7,8 Mrd. €. Es kann angenommen werden, dass die hohe Volatilität am Aktienmarkt zu geringeren Einnahmen aus der Besteuerung der Wertpapiergeschäfte privater Anleger geführt hat. Zudem führt das weiterhin anhaltend niedrige Zinsniveau zu einem allmählichen Rückgang des durchschnittlichen Zinssatzes von festverzinslichen Wertpapieren im Bestand. Dies mindert die Steuereinnahmen auf Zinserträge. EU-Quellensteuer wurde im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von insgesamt 211,5 Mio. € überwiesen.

Die gute binnenwirtschaftliche Nachfrage schlug sich in einem entsprechenden Wachstum der Steuern vom Umsatz nieder. Im Haushaltsjahr 2014 wiesen die Steuern vom Umsatz insgesamt einen Zuwachs von 3,2 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 aus und stiegen auf 203,1 Mrd. €. Die (Binnen-) Umsatzsteuer wies im Haushaltjahr 2014 ein Plus von 4,0 % auf, die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern verzeichnete ein Plus von 0,7 %.

## Analysen und Berichte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014

### Bundessteuern

Bei den Bundessteuern wurde mit 101,8 Mrd. € das Vorjahresniveau im Haushaltsjahr 2014 um 1,3 % übertroffen. Nach einem Rückgang von 0,4 % im 1. Quartal, von 6,1 % im 2. Quartal und 0,3 % im 3. Quartal konnten die Bundessteuern im 4. Quartal um 9,9 % zulegen.

Die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer mit 39,8 Mrd. € konnte im Haushaltsjahr 2014 das Vorjahresniveau um 1,0 % übertreffen. Das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl fiel um 17,5 %, wohingegen die Energiesteuer auf Erdgas um 8,8 % anstieg. Diese beiden Teilkomponenten der Energiesteuer machen allerdings nur circa 11 % des Gesamtaufkommens aus. Maßgeblich für das Volumen der Energiesteuer ist die Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs, besonders von Benzin und Diesel. Hier stieg das Steueraufkommen im Vorjahrsvergleich um 1,2 %.

Die Tabaksteuer verzeichnete im Haushaltsjahr 2014 eine Steigerung ihres Volumens um 5,7 % auf 14,6 Mrd. €. Allerdings beruht der Zuwachs zum Teil darauf, dass Tabaksteuer in Höhe von 0,3 Mrd. €, die dem Haushaltsjahr 2013 zuzurechnen war, im Haushaltsjahr 2014 gebucht wurde. Bereinigt um diesen Sondereffekt stieg das Tabaksteueraufkommen im Jahr 2014 um rund 1 % an. Beeinflusst wurde dieses Ergebnis durch die zum 1. Januar 2014 in Kraft getretene Erhöhung der Tabaksteuersätze für Zigaretten und Feinschnitt sowie einen rückläufigen Nettoabsatz von Steuerzeichen für diese Produkte.

Der Solidaritätszuschlag konnte im Haushaltsjahr 2014 um 4,6 % auf 15,0 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zulegen. Ursache ist der Zuwachs der maßgeblichen Teile seiner Bemessungsgrundlage: speziell der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer. Als Zuschlag in Höhe von 5,5 % der festgesetzten Steuer profitiert der Solidaritätszuschlag von der Expansion dieser Steuern. Bei der Abgeltungsteuer auf Zins-

und Veräußerungserträge gab es Abschläge von 13,7 %.

Die Kraftfahrzeugsteuer schloss mit einem Volumen von 8,5 Mrd. € (+ 0,1 % gegenüber 2013) nahezu auf Vorjahresniveau ab. Dies ist umso erfreulicher, da noch im 1. Halbjahr 2014 im Steueraufkommen ein Minus von 4,6 % zu verzeichnen war. Die Bundesfinanzverwaltung hatte die Verwaltungshoheit zum 30. Juni 2014 übernommen. Hierbei aufgetretene Bearbeitungsrückstände durch Verzögerungen aufgrund der Übermittlung und Integration von Kfz-Steuerfällen und Kfz-Steuerdaten von den Länderfinanzverwaltungen an die Bundesfinanzverwaltung wurden im weiteren Jahresverlauf wieder aufgeholt.

Auch bei der Versicherungsteuer gab es 2014 mit + 4,3 % gegenüber 2013 im Steueraufkommen deutliche Zuwächse auf 12,0 Mrd. €. Die Luftverkehrsteuer legte um + 1,2 % auf 1,0 Mrd. € zu. Die Stromsteuer schloss mit einem Minus von 5,3 % bei 6,6 Mrd. € ab. Bei der Kernbrennstoffsteuer ging das Aufkommen im Haushaltsjahr 2014 um 44,9 % auf 0,7 Mrd. € zurück. Es folgen die Veränderungsdaten für die vergleichsweise geringfügig zum Gesamtaufkommen beitragenden Bundessteuern im Haushaltsjahr 2014: Branntweinsteuer (2,1 Mrd. €; - 2,0 %), Schaumweinsteuer (0,4 Mrd. €; - 5,2 %) und Kaffeesteuer (1,0 Mrd. €; - 0,5 %).

Die Ländersteuern steigerten ihr Aufkommen im Haushaltsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 11,7 % auf 17,6 Mrd. €. Wie in den Vorjahren konnte insbesondere die Grunderwerbsteuer mit + 11,3 % auf aktuell 9,3 Mrd. € zulegen. Verschiedene Faktoren kamen hier zum Tragen. Neben der Anhebung von Grundsteuerhebesätzen in den Ländern zeigt sich hier ein verstärkter Trend zum Immobilienerwerb. Die Erbschaftsteuer stieg um 17,7 % auf 5,5 Mrd. €; die Rennwett- und Lotteriesteuer um 2,3 % auf 1,7 Mrd. €, die Feuerschutzsteuer um 4,3 % auf 0,4 Mrd. € sowie die Biersteuer um 2,3 % auf 0,7 Mrd. €.



Analysen und Berichte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2014

## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2014

Quartalsweise betrachtet, sind die Einnahmen bei den gemeinschaftlichen Steuern sowie bei den Ländersteuern und den Zöllen teils erheblich gestiegen. Beim Aufkommen der Bundessteuern zeigen sich starke Abweichungen in den Quartalen. Verursacht wird dies durch erhebliche Aufkommenswirkungen einiger größerer Sonderfälle und die Auswirkungen von Gesetzesänderungen und Rechtsprechung,

speziell bei der Kraftfahrzeugsteuer sowie der Kernbrennstoffsteuer.

## 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Alle Ebenen konnten bessere Ergebnisse erzielen als im Vorjahr. Basis dieser Entwicklung ist die Steigerung der gemeinschaftlichen Steuern. Die Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 2: Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2014

Steuereinnahmen nach Ertragshöhe in Mio. €	2014			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Gemeinschaftliche Steuern	113 607	116 184	113 898	125 438
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+ 4,1	+ 2,5	+ 4,8	+ 5,8
Reine Bundessteuern	20 894	22 874	24 945	33 091
Veränderung ggü. Vorjahr in %	-0,4	-6,1	-0,3	+ 9,9
Reine Ländersteuern	4 481	4 318	4 395	4 361
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+ 15,2	+ 14,8	+ 6,9	+ 10,1
Zölle	1 053	1 042	1 244	1 214
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+ 1,4	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,7
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	140 035	144 418	144 482	164 104
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+ 3,7	+ 1,4	+ 4,0	+ 6,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 3: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	Haushaltsjahr		Änderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €		in Mio. €	in %
	2014	2013		
Bund <sup>1</sup>	270 746	259 866	10 881	4,2
EU	30 986	31 101	- 115	-0,4
Länder <sup>1</sup>	254 276	244 206	10 070	4,1
Gemeinden <sup>2</sup>	37 031	35 040	1 990	5,7
<b>Zusammen</b>	<b>593 039</b>	<b>570 213</b>	<b>22 826</b>	<b>4,0</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup>Nach Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>2</sup>Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit!

## Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit! Zur Debatte über Investitionen und Staatsverschuldung in Deutschland

Brief des Wissenschaftlichen Beirates beim BMF vom 23. November 2014 an Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble<sup>1</sup>

In den letzten Monaten sind zunehmend Forderungen laut geworden, die Bundesregierung solle ihren finanzpolitischen Kurs ändern, die Staatsausgaben für Investitionen erhöhen und zur Finanzierung mehr Schulden aufnehmen, das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts im Jahr 2015 also aufgeben. Zur Begründung werden drei Argumente vorgetragen.

Erstens verläuft die Wirtschaftsentwicklung in Teilen der Eurozone schleppend, auch in großen Ländern wie Frankreich und Italien. Die Volkswirtschaften der Eurozone insgesamt werden 2014 voraussichtlich um rund 0,8 % wachsen und 2015 um 1,3 %. Für Italien wird 2014 ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 % erwartet und 2015 ein Wachstum von 0,9 %, in Frankreich ist das erwartete Wachstum mit 0,4 % 2014 und 1 % 2015 ebenfalls gering. Derweil steigen dort die Staatsschulden und die Arbeitslosigkeit verharrt auf sehr hohem Niveau. Deutschland, so die derzeit massiv vorgebrachte Forderung, solle durch expansive Fiskalpolitik die Nachfrage in Europa stärken.

Zweitens entwickelt sich die deutsche Konjunktur gegenwärtig schlechter als noch im

Frühjahr erwartet. Im 2. Quartal 2014 ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland überraschend leicht geschrumpft. Für das laufende Jahr wird derzeit nach der Gemeinschaftsdiagnose ein Wirtschaftswachstum von rund 1,3 % erwartet, während die Frühjahrsprognose noch bei 1,9 % lag. Für 2015 werden 1,2 % vorhergesagt. Auch im Jahresgutachten 2014 des Sachverständigenrats wird eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für 2014 von 1,2 % und von 1 % für 2015 erwartet. Vor diesem Hintergrund wird gefordert, die Bundesregierung solle die Ausgaben steigern, um der Konjunkturertrübung entgegenzuwirken.

Drittens wird behauptet, in Deutschland seien in den letzten Jahren sowohl öffentliche Investitionen als auch Investitionen im privaten Sektor vernachlässigt worden. Im öffentlichen Bereich seien vor allem Infrastrukturinvestitionen vernachlässigt worden. Angesichts der niedrigen Zinsen und der Nachfrageschwäche in Deutschland und Europa sei nun der richtige Moment, mehr zu investieren.

Tatsächlich werden in dieser Debatte mehrere Problemkreise vermengt, die separat zu diskutieren sind. Erstens stellt sich die Frage, welche Rolle der Fiskalpolitik zur Überwindung der andauernden Wirtschaftskrise in Europa zukommt. Zweitens ist zu fragen, ob derzeit höhere

<sup>1</sup> Die Gutachten und Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirates sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder.

## Analysen und Berichte

Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit!

schuldenfinanzierte Staatsausgaben zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Deutschland empfehlenswert sind. Das könnten konsumtive oder investive Ausgaben sein. Drittens geht es um das Problem der richtigen Höhe und Finanzierung von öffentlichen und privaten Investitionen.

### Fiskalpolitik zur Überwindung der Wachstumsschwäche der Eurozone?

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone verläuft weiterhin schleppend, obwohl die Geldpolitik expansiv ausgerichtet ist. Da die Geldmarktsätze seit längerem in der Nähe von Null liegen, ist der Spielraum für weitere monetäre Impulse eingeschränkt, obschon die Inflation unterhalb des Zielwertes von knapp unter 2 % liegt. Vor diesem Hintergrund wird verschiedentlich gefordert, zusätzliche konjunkturelle Impulse mit den Mitteln der Fiskalpolitik zu geben. In der Tat legen empirische Studien nahe, dass fiskalische Impulse in einem solchen makroökonomischen Umfeld eine stärkere Wirkung auf die Konjunktur haben.

Die verbreitete These, eine Nachfragerücke, die durch restriktive Fiskalpolitik verstärkt wird, erkläre die schlechte Wirtschaftsentwicklung in der Eurozone, bezieht allerdings die Entstehung der Krise nicht ein. Die wirtschaftliche Entwicklung war in vielen Ländern der Eurozone bis 2008 geprägt von einem schleichenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und entsprechend wachsenden Leistungsbilanzdefiziten.

Mit dem Einsetzen der Krise ist deutlich geworden, dass die hohen Löhne sowie die privaten und öffentlichen Konsumniveaus in diesen Ländern nicht nachhaltig waren. Erforderlich ist neben der unvermeidlichen Anpassung ein Erschließen neuer nachhaltiger Wachstumspotenziale. Dazu sind Reformen notwendig, um die strukturellen Probleme zu beheben und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern. Zu diesen Problemen gehören rigide Arbeitsmarkt-

regulierungen, Schwächen des Systems der Berufsausbildung, hohe Steuerlasten, Abschottung von Berufsgruppen und Branchen gegen Konkurrenz, administrative Hemmnisse und Kosten und fehlendes Vertrauen. Etwaige konjunkturelle Impulse mit den Mitteln der Fiskalpolitik in den anderen Ländern der Eurozone sind kein Ersatz für entsprechende Reformen und könnten deren Implementierung sogar untergraben.

Es ist sicherlich richtig, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone nicht unnötig restriktiv ausgerichtet sein sollte. Allerdings weisen die öffentlichen Haushalte der meisten Länder in der Eurozone seit Jahren hohe Defizite aus und die öffentliche Verschuldung ist gegenüber dem Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Deutschland erheblich angestiegen. Eine expansive Fiskalpolitik würde daher eine Zunahme der Risiken bezüglich der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beinhalten. Zudem könnte Deutschland mit einem schuldenfinanzierten Ausgabeprogramm nur in geringem Umfang Konjunkturimpulse im Rest der Eurozone auslösen.

### Schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme zur Stabilisierung der Nachfrage in Deutschland?

Nach derzeitigem Informationsstand ist die sich im Herbst 2014 abzeichnende Abschwächung des Wachstums in Deutschland kein massiver Konjunkturinbruch, wie er beispielsweise im Herbst 2008 vorlag.<sup>1</sup> Falls sich die aktuelle Abschwächung des Wachstums ungünstig auf die Lage der öffentlichen Haushalte auswirkt, sollte das hingenommen

<sup>1</sup> Im Herbst 2008 hatte der Beirat sich für ein Konjunkturprogramm ausgesprochen, um dem Einbruch entgegenzusteuern, vgl.: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2008), Besteht in Deutschland weiterer fiskalpolitischer Handlungsbedarf zur Stabilisierung der Konjunktur?, Brief an den Bundesminister der Finanzen, 3. Dezember 2008.

## Analysen und Berichte

Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit!

werden. Auf diese Weise käme die Funktion der öffentlichen Haushalte als automatische Stabilisatoren zum Tragen. Eine konjunkturelle Abweichung vom Ziel mittelfristig weitgehend ausgeglichener Haushalte ist auch mit der Schuldenbremse des Bundes vereinbar. Eine darüber hinausgehende diskretionäre Fiskalpolitik ist im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im gegenwärtigen Umfeld allerdings nach Auffassung des Beirats nicht angezeigt.

### Die Debatte über öffentliche und private Investitionen in Deutschland

Die These, Deutschland leide unter mangelnden öffentlichen und privaten Investitionen, beruht hauptsächlich auf zwei Argumenten. Zum einen wird darauf verwiesen, dass die Investitionsquote, also der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt, in den letzten Jahren geringer gewesen sei als in anderen Ländern. Dabei geht es sowohl um private als auch um staatliche Investitionen. Zum anderen werden immer wieder Beispiele von Mängeln in der Verkehrsinfrastruktur, beispielsweise marode Brücken und Straßen, mit großer medialer Präsenz öffentlich diskutiert.

Die Bereitstellung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur ist ohne Zweifel eine wichtige Staatsaufgabe. Die richtige Höhe der öffentlichen Investitionen ist allerdings nicht einfach zu bestimmen. Für jedes einzelne Projekt ist zu fordern, dass die Nutzen-Kosten-Analyse eine positive Bilanz aufweist, gerade auch im Hinblick auf die Folgekosten. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive sind zudem etwaige Wachstumseffekte einzubeziehen. Der Vergleich von makroökonomischen Investitionsquoten ist aber ebenso ungeeignet, Investitionslücken nachzuweisen, wie „anekdotische Evidenz“ über Schlaglöcher und sanierungsbedürftige Brücken. Aktuelle Untersuchungen zum Investitionsbedarf in der Verkehrsinfrastruktur kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Würde eine Analyse tatsächlich einen Nachholbedarf im Bereich öffentlicher Investitionen diagnostizieren, stellte sich die Frage nach der Finanzierung. Die These, Investitionen müssten durch Schulden finanziert werden, überzeugt nicht, jedenfalls nicht in dieser Allgemeinheit. Man kann durchaus argumentieren, dass Investitionen das öffentliche Vermögen mehren und deshalb unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit und einer gerechten Lastenverteilung zwischen Generationen eher eine Schuldenfinanzierung rechtfertigen als konsumtive Ausgaben („goldene Regel“ der Finanzpolitik). Dieses Argument gilt jedoch nur für die Nettoinvestitionen, Abschreibungen sind gegenzurechnen. Zwar mag es politische Gründe dafür geben, dass zu viel für neue Infrastrukturprojekte getan wird und zu wenig für die Erhaltung existierender Infrastruktur. Aus der „goldenen Regel“ der Finanzpolitik folgt aber, dass die Erhaltung des öffentlichen Vermögens durch Ersatzinvestitionen und Instandhaltungsausgaben durch Steuern finanziert werden sollte und nicht durch Aufnahme neuer Schulden.

Im Bereich der privaten Investitionen kann man davon ausgehen, dass Unternehmen und private Haushalte eigenständig Investitionsentscheidungen fällen, die von staatlicher Seite im Normalfall nicht gesteuert werden sollten. Allerdings beeinflusst staatliches Handeln private Investitionen erheblich durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen, beispielsweise in Form von Regulierungen und Steuern. Im Hinblick auf die Besteuerung sollte von Seiten der Wirtschaftspolitik möglichst Neutralität angestrebt werden, um private Investitionsentscheidungen nicht zu verzerren. Es ist aber empfehlenswert, sorgfältig zu prüfen, ob und in welchen Bereichen der Wirtschaft staatliche Eingriffe oder auch fehlende Regulierungen bzw. Unsicherheit über die zukünftig geltenden Rahmenbedingungen die private Investitionsbereitschaft beeinträchtigen und einen Attentismus fördern.

## Analysen und Berichte

Keine Rückkehr zur Schuldenpolitik der Vergangenheit!

### Fazit

Eine Steigerung öffentlicher Ausgaben und eine Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung sind kein Ersatz für strukturelle Reformen in den Krisenländern der Eurozone. Deutschland wird international in seiner konjunkturellen Bedeutung und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Krisenüberwindung

systematisch überschätzt. Forderungen nach einer Kursänderung in Deutschland sind weder mit konjunkturellen Argumenten noch mit der These einer Investitionslücke im öffentlichen oder privaten Bereich überzeugend zu begründen. Angesichts der langfristigen demographisch bedingten Herausforderungen ist die finanzpolitische Konsolidierung von besonderer Bedeutung.

# Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

## Teil 5 einer Artikelserie zur aktuellen Lage im Euroraum

- In Spanien hatten sich nach der Euro-Einführung schwere makroökonomische Ungleichgewichte aufgebaut (Kredit- und Immobilienblase, deutlicher Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt). Diese traten mit dem Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise offen zutage.
- Bei der Überwindung der Krise hat Spanien zuletzt große Fortschritte gemacht. Es gelang, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, den Bankensektor – mithilfe eines Finanzhilfeprogramms des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) – zu stabilisieren und den Schuldenstand des Privatsektors zu verringern. Aktuell weist Spanien ein höheres Wirtschaftswachstum auf als der Durchschnitt des Euroraums und die Arbeitslosigkeit geht zurück.
- Die Erfolge sind wesentlich auf die konsequente Umsetzung einer ambitionierten Reformagenda zurückzuführen. Dadurch ist das Vertrauen in die spanische Volkswirtschaft zurückgekehrt. Wenn Spanien an seinem eingeschlagenen Reformkurs festhält, ist es auf einem guten Weg, noch verbliebene makroökonomische Ungleichgewichte zu korrigieren.

1	Boom und Aufbau der Ungleichgewichte.....	28
2	Ausbruch der Krise .....	30
3	Stabilisierung und Reformfolge .....	31
3.1	Finanzsektor/Bankenprogramm .....	33
3.2	Öffentliche Finanzen.....	34
3.3	Wettbewerbsfähigkeit.....	34
4	Verbleibende Herausforderungen .....	37
5	Fazit und Ausblick.....	38

### 1 Boom und Aufbau der Ungleichgewichte

Im Zuge der Euro-Einführung erlebte Spanien eine lange Periode wirtschaftlichen Aufschwungs. So lag das durchschnittliche jährliche reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 1999 und 2007 bei 3,8 % und damit deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Mitgliedstaaten von 2,2 % (vergleiche Abbildung 1). Damit ging auch eine Konvergenz der realen Wirtschaftsleistung einher und Spanien näherte sich beim Pro-Kopf-Einkommen dem Durchschnitt des Euroraums an.

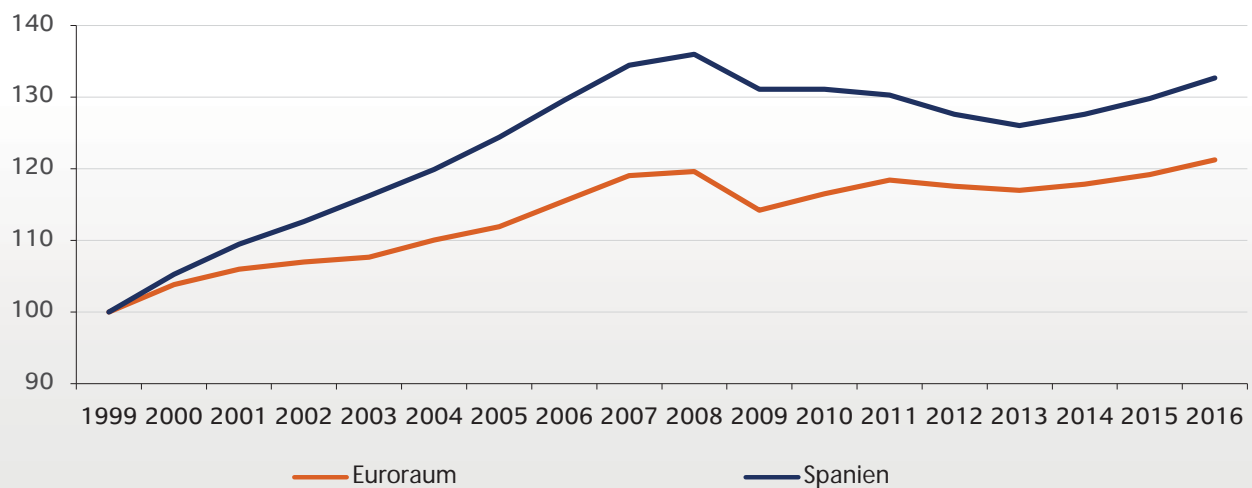
Diese Entwicklung basierte wesentlich auf einem kreditgestützten Aufschwung der Binnennachfrage, die nicht zuletzt von einem deutlichen Absinken der langfristigen Realzinsen in den 1990er Jahren getrieben wurde. Dies wiederum war vor allem auf den „Vertrauensimport“ durch die Einführung der gemeinsamen Währung zurückzuführen. Investoren nahmen Spanien als Mitglied der Währungsunion als weniger risikoreich wahr, wodurch die Zinsaufschläge sowohl für den spanischen Staat als auch für den Privatsektor sanken.

Während des Aufschwungs gelang es, sowohl die Arbeitslosigkeit deutlich – von

## Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

Abbildung 1: Reale BIP-Entwicklung  
Index: 1999 = 100



Quelle: Ameco Datenbank.

rund 20 % Mitte der 1990er Jahre auf rund 8 % im Jahr 2007 – abzusenken als auch die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. So wurde das gesamtstaatliche Defizit seit Mitte der 1990er Jahre stetig abgebaut; zwischen 2004 und 2007 konnten zum Teil hohe Haushaltsüberschüsse erreicht werden. Dementsprechend sank die Staatsverschuldung von rund 60 % des BIP im Jahr 1999 auf rund 35 % des BIP im Jahr 2007.

Allerdings bauten sich in dieser Zeit des Booms erhebliche makroökonomische Ungleichgewichte auf. Die durch die Zinsentwicklung und eine laxen Kreditvergabepolitik der Geschäftsbanken beförderte deutliche Ausweitung des Kreditvolumens sorgte nicht nur für ein rasantes Ansteigen der Verschuldung des Privatsektors von rund 75 % des BIP im Jahr 1996 auf knapp 200 % des BIP im Jahr 2009. Dies trug auch wesentlich zum Entstehen einer Immobilienblase bei. Denn ein Großteil der Ausweitung der Investitionen floss in den Bau- und Immobiliensektor. Dabei verdoppelten sich zwischen 2000 und 2007 die Hauspreise (vergleiche Abbildung 2). Diese Entwicklung wurde zusätzlich durch den Zufluss ausländischen Kapitals befeuert. Die Konzentration der wirtschaftlichen Aktivität auf

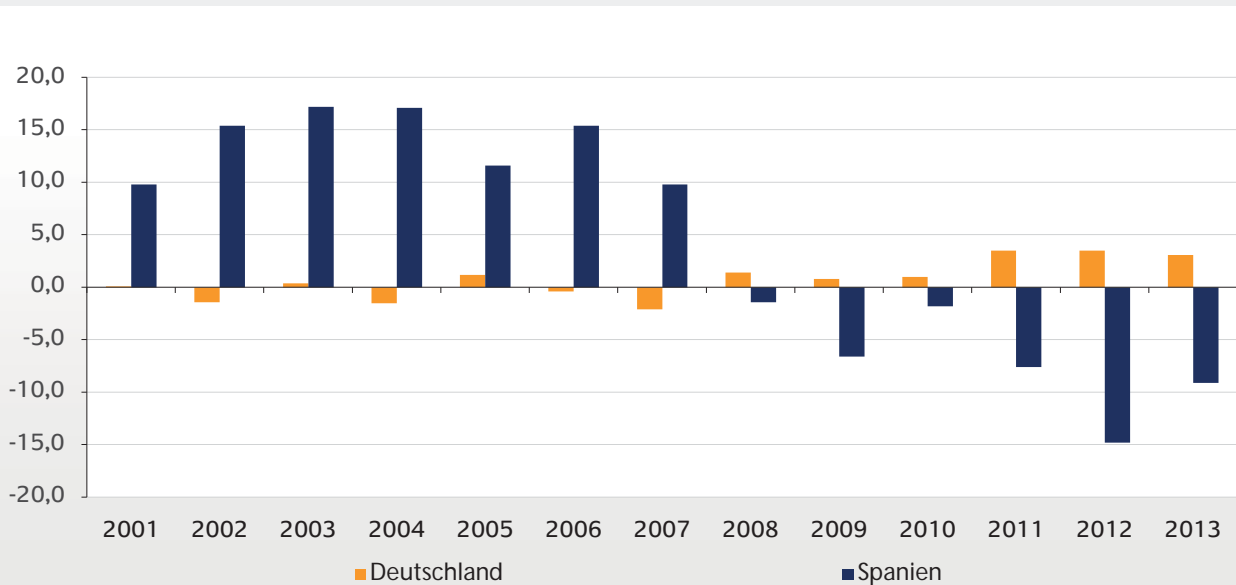
den Bausektor erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 2005, in dem rund 12 % der Bruttowertschöpfung der spanischen Volkswirtschaft dort erwirtschaftet wurde.

Der durch den andauernden wirtschaftlichen Aufschwung ausgelöste Aufwärtsdruck bei den Löhnen war nicht durch entsprechende Produktivitätssteigerungen gerechtfertigt. Er sorgte für einen kontinuierlichen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Zwischen 1999 und 2009 stiegen die nominalen Lohnstückkosten in Spanien um rund 40 % und damit deutlich stärker als in den meisten anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion. In Frankreich stiegen die nominalen Lohnstückkosten im gleichen Zeitraum beispielsweise um 23 %, in Deutschland um 8 %. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in einer stetigen Verschlechterung der Leistungsbilanz wider. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte 2007 mit 10 % des spanischen BIP seinen Höchststand, nachdem die Leistungsbilanz 1997 noch ausgeglichen gewesen war. Dementsprechend stieg auch die Auslandsverschuldung, die sogenannte externe Verschuldung, kontinuierlich an. Die Nettoverbindlichkeiten Spaniens gegenüber dem Ausland beliefen sich 2009 auf rund 94 % des BIP.

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

Abbildung 2: Hauspreisindex  
jährliche Veränderung in %



Quelle: Eurostat.

## 2 Ausbruch der Krise

Mit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kam es zur scharfen Korrektur des anhaltenden Booms. Dabei traten die makroökonomischen Ungleichgewichte, die sich langfristig aufgebaut hatten, nun offen zutage. Während der Zustrom ausländischen Kapitals versiegte und damit die Möglichkeit, die hohen Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, platzte die Immobilienblase und die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an.

Obwohl der wirtschaftliche Einbruch in Spanien mit einem BIP-Rückgang von 3,6 % im Jahr 2009 zunächst schwächer ausfiel als im Durchschnitt des Euroraums (BIP Rückgang 2009: 4,5 %), kam es zu einem deutlich stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit als in der Währungsunion insgesamt. Die Arbeitslosenquote stieg in Spanien von 11 % im Jahr 2008 auf rund 18 % im Jahr 2009 und bis auf 26 % im Jahr 2013, während sie im gleichen Zeitraum im Euroraum

insgesamt um lediglich 2 Prozentpunkte von 7,6 % auf 9,6 % zugenommen hatte. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg von 18 % im Jahr 2007 auf rund 38 % im Jahr 2009 und bis auf 56 % im Jahr 2013. Dies belegt zum einen die strukturellen Schwächen des spanischen Arbeitsmarkts. Dieser reagierte auf den „externen Schock“ weder durch eine angemessene Anpassung der Löhne (Lohnflexibilität) noch durch Anpassungen der Arbeitszeit pro Beschäftigtem, sondern fast ausschließlich durch eine Reduktion der Anzahl der Beschäftigten, d. h. durch Entlassungen oder die Nicht-Verlängerung befristeter Verträge. Zum anderen trug die rasante Schrumpfung des überdimensionierten Bausektors zum sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit in Spanien bei, als die Immobilienblase platzte. Während im Jahr 2007 noch rund 13 % der Beschäftigten im Bausektor tätig waren, sank dieser Anteil auf rund 5 ½ % im Jahr 2013. Dies entspricht einem Rückgang von rund 1,7 Millionen Beschäftigten (von 2,7 Millionen Personen im Jahr 2007 auf circa 1 Million Personen im Jahr 2013).



## Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

Durch diese Entwicklungen geriet auch der spanische Bankensektor zunehmend unter Druck, der zunächst recht gut durch die „erste Phase“ der Krise gekommen war. Aufgrund eines relativ geringen Engagements im amerikanischen „Subprime“-Markt lag lediglich ein vergleichsweise geringer Wertberichtigungsbedarf vor. Sinkende Immobilienpreise und die hohe Arbeitslosigkeit ließen den Anteil der sogenannten notleidenden Kredite in die Höhe schnellen und auch andere Aktiva wie Immobilien, Aktien und zunehmend auch Staatsanleihen verloren krisenbedingt an Wert. Dies wiederum wirkte sich negativ auf das Vertrauen in die Stabilität des Bankensektors aus, wodurch eine Vielzahl von Banken auch auf der Finanzierungsseite in Bedrängnis geriet, beispielsweise durch Einlagenabzug und Misstrauen am Interbankenmarkt. Mit Ausnahme einiger weniger großer und international aufgestellter Kreditinstitute konnten sich die spanischen Banken nicht mehr zu tragbaren Bedingungen an den Märkten refinanzieren.

Auch die Lage der öffentlichen Haushalte verschlechterte sich rapide. Der Haushalts-saldo, der im Jahr 2007 noch bei + 2 % des BIP gelegen hatte, verschlechterte sich 2008 auf - 4 ½ % des BIP und - 11 % des BIP im Jahr 2009 und verblieb danach zunächst auf hohem Niveau. Die Gründe hierfür waren vielfältig und reichten vom starken Anstieg der Arbeitslosigkeit über diskretionäre Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung und das Einbrechen der immobilienbezogenen Steuereinnahmen bis hin zu Maßnahmen zur Bankenrettung. Dementsprechend verdoppelte sich die Schuldenstandsquote zwischen 2008 und 2012 von rund 40 % des BIP auf rund 85 % des BIP.

Mit den oben beschriebenen Entwicklungen – und den vorliegenden Wechselwirkungen zwischen Banken und öffentlichem Sektor – gestalteten sich auch die Refinanzierungs-

möglichkeiten des Staates immer schwieriger. Die Risikoaufschläge auf spanische Staatsanleihen stiegen deutlich an und erreichten schließlich im Frühjahr/Sommer 2012 ihren Höhepunkt. Der sogenannte Spread gegenüber vergleichbaren deutschen Staatsanleihen lag im Juni 2012 bei rund 600 Basispunkten (BP). Damit war der Marktzugang des spanischen Staates gefährdet. Dies führte schließlich dazu, dass Spanien im Juni 2012 seine europäischen Partner um finanzielle Unterstützung zur Stützung seines angeschlagenen Bankensektors bat. Daraufhin erhielt Spanien ein sektorspezifisches Finanzhilfeprogramm des ESM.<sup>1</sup> Im Rahmen des Programms wurden vor allem Reformauflagen für den Bankensektor vereinbart. Darüber hinaus verpflichtete sich Spanien nochmals explizit zur Einhaltung der Vorgaben aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie zur Umsetzung von Strukturformen wie in den länderspezifischen Empfehlungen aus dem EU-Semester vorgesehen.

### 3 Stabilisierung und Reformfolge

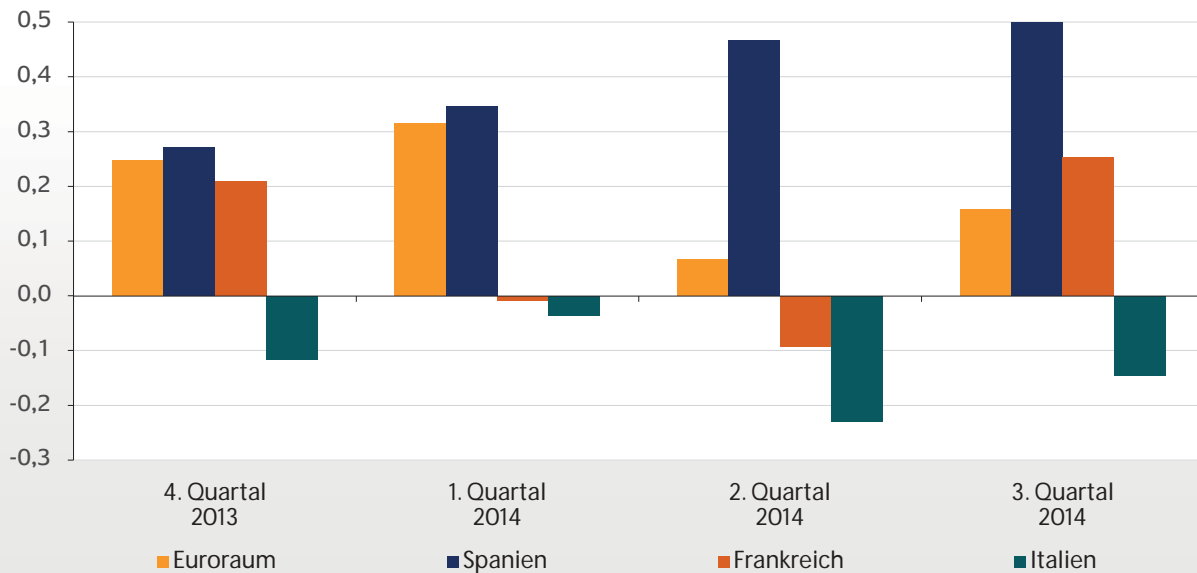
Spanien hat die lange Rezession im Jahr 2014 überwunden und ist gegenwärtig die am stärksten wachsende große Volkswirtschaft des Euroraums (vergleiche Abbildung 3). Im 3. Quartal 2014 wuchs die spanische Wirtschaft gegenüber dem Vorquartal um 0,5 % und übertraf damit die Erwartungen der Herbstprognose der EU-Kommission. Für das Gesamtjahr 2014 geht die EU-Kommission von einem realen BIP-Wachstum von 1,2 % aus (nach einem BIP-Rückgang im Jahr 2013 um 1,2 %). Für 2015 und 2016 wird ein reales Wachstum von 1,7 % und 2,2 % erwartet.

<sup>1</sup> Der Hilfsantrag wurde zunächst bei der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gestellt. Das Programm wurde aber mit Gründung des ESM in diesen überführt.

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

Abbildung 3: BIP-Wachstum  
Veränderungsrate gegen über Vorquartal in %



Quelle: Eurostat.

Das Wachstum wird von einer robusten Binnennachfrage getragen (Wachstumsbeitrag 2014: + 1,4 %), die auch auf eine zuletzt positive Arbeitsmarktentwicklung zurückzuführen ist. Demgegenüber wirkt die Entwicklung der Nettoexporte leicht dämpfend, insbesondere wegen der konjunkturellen Abkühlung im Euroraum insgesamt. Die EU-Kommission geht für 2014 von einem nur noch geringen Leistungsbilanzüberschuss von 0,5 % des BIP aus, nachdem er 2013 noch 1,5 % des BIP betragen hatte. Die Beschäftigung verzeichnete – zum ersten Mal seit sechs Jahren – im Jahr 2014 einen leichten Anstieg um rund 1 %; für 2015 wird eine weitere Ausweitung in gleicher Größenordnung erwartet. Die Arbeitslosenquote liegt zwar immer noch auf hohem Niveau, sank aber von 26,1 % im Jahr 2013 auf 24,8 % im Jahr 2014. Für 2015 erwartet die EU-Kommission ein weiteres Absinken auf 23,5 %.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist wesentlich auf das gestiegene Vertrauen zurückzuführen, welches nicht zuletzt

durch die konsequente Umsetzung einer ambitionierten Reformagenda Spaniens gestärkt wurde. Daneben haben auch die umfassenden Reformen auf europäischer Ebene zur Rückkehr des Vertrauens beigetragen. Als Beleg für das gestiegene Vertrauen können die weiter gesunkenen Risikoaufschläge auf spanische Staatsanleihen dienen: Im Jahresverlauf 2014 haben sich die Spreads gegenüber deutschen Anleihen weiter um rund 100 BP eingeeengt und liegen gegenwärtig bei rund 115 BP und damit beispielsweise 15 BP unter denen italienischer Anleihen. Im Sommer 2012 lagen die Spreads noch bei über 600 BP.

Um die bestehenden Ungleichgewichte – etwa auf dem Arbeitsmarkt, bei der öffentlichen, privaten und externen Verschuldung oder bei der Wettbewerbsfähigkeit – abzubauen, hat Spanien seit Ausbruch der Krise eine Vielzahl von Reformen umgesetzt, insbesondere im Bankensektor, im Bereich der Finanzpolitik und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Folgenden werden einige dieser Reformen und ihre möglichen Wirkungen kurz skizziert.

## Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

### 3.1 Finanzsektor/Bankenprogramm

Im Zuge des ESM-Hilfsprogramms, das plangemäß im Januar 2014 beendet wurde, konnte der spanische Finanzsektor erfolgreich stabilisiert werden. Zuletzt bestätigten EU-Kommission und Europäische Zentralbank (EZB) im Oktober 2014 im Rahmen der sogenannten Nachprogrammüberwachung, dass sich Solvenz und Liquiditätssituation der spanischen Banken insgesamt nochmals deutlich verbessert haben. Auch der von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde und der EZB vorgenommene europaweite Stresstest bestätigte zuletzt die verbesserte Widerstandsfähigkeit des spanischen Bankensektors. Lediglich eine Bank wies zum Stichtag eine Kapitallücke auf, die aber mittlerweile geschlossen worden ist.

Die Stabilisierung des Bankensektors ist wesentlich auf die finanzielle Unterstützung und die vollständige Umsetzung der Auflagen des ESM-Programms zurückzuführen. Daneben tragen auch die jüngsten positiven wirtschaftlichen Entwicklungen, die zu einer verbesserten Qualität der Aktiva – so war z. B. die Quote der notleidenden Kredite zuletzt erstmals wieder rückläufig – und höheren Gewinnen führten, sowie die Rückkehr des Vertrauens zur Stabilisierung bei (u. a. durch verstärkte Einlagenfinanzierung und gesunkene Refinanzierungskosten). Im Rahmen des ESM-Programms erhielt Spanien finanzielle Hilfen in Form von Krediten im Umfang von rund 41 ½ Mrd. €. Der ursprünglich zugesagte mögliche Gesamtrahmen von bis zu 100 Mrd. € wurde damit deutlich unterschritten. Die ESM-Kredite dienten überwiegend der Rekapitalisierung angeschlagener Banken. Der staatliche Restrukturierungsfonds Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria (FROB) nahm die Hilfen, für die der spanische Staat haftet, in Empfang und leitete sie an diejenigen Banken weiter, bei denen Kapitallücken festgestellt und deren Überlebensfähigkeit von EU-Kommission und EZB bestätigt worden war.

Im sogenannten Memorandum of Understanding wurden sowohl sektorspezifische als auch bankspezifische Reformauflagen vereinbart, die Spanien stets umfassend und fristgerecht umgesetzt hat. Dies zeigen sämtliche Umsetzungsberichte von EU-Kommission und EZB. Wesentliche sektorspezifische Auflagen betrafen etwa die Stärkung der Kompetenzen der spanischen Zentralbank bei der Bankenaufsicht, die Gründung einer „Bad Bank“, in die problematische Vermögenswerte der restrukturierten Banken ausgelagert wurden, oder die Ausweitung der Berichtspflichten spanischer Banken gegenüber der Zentralbank. Die bankspezifische Konditionalität bestand im Wesentlichen aus drei Elementen: erstens aus einer umfassenden Analyse des notwendigen Kapitalbedarfs der einzelnen Banken („Stresstest“); zweitens der Auslagerung von problematischen Vermögenswerten der Banken, die staatliche Hilfen in Anspruch nahmen, in die neu gegründete „Bad Bank“ und drittens der Restrukturierung überlebensfähiger beziehungsweise der ordentlichen Abwicklung nicht überlebensfähiger Banken.

Die erfolgreiche Stabilisierung des Bankensektors fängt allmählich an, sich positiv auf die Kreditvergabe an den Privatsektor auszuwirken. Nachdem die Kreditvergabe der Banken aufgrund nachfrage- als auch angebotsseitiger Faktoren im Zuge der Krise eingebrochen war, findet zurzeit eine Stabilisierung statt. Auch wenn das Kreditvolumen insgesamt noch leicht rückläufig ist, steigt die Kreditvergabe in einigen Bereichen wieder an, beispielsweise bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Auch die Kreditvergabestandards der Banken haben sich laut der EZB zuletzt gelockert, während gleichzeitig ein Absinken der Zinsen für KMU zu beobachten war. Insgesamt war und ist die Kontraktion des Kreditvolumens vor allem auch Ausdruck des notwendigen Abbaus der Verschuldung des Privatsektors. Diese konnte seit den Höchstständen 2009/2010 um rund

## Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

30 Prozentpunkte verringert werden und liegt gegenwärtig bei rund 170 % des BIP.

### 3.2 Öffentliche Finanzen

In den vergangenen Jahren gelang es Spanien, sein Haushaltsdefizit trotz Rezession deutlich abzusinken. Im Jahr 2014 betrug das gesamtstaatliche Defizit 5,6 % des BIP, nachdem es 2011 noch bei 9,4 % des BIP gelegen hatte. Im gleichen Zeitraum konnte Spanien sein strukturelles – also das um konjunkturelle Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigtes – Defizit um gut 4 Prozentpunkte auf 2,2 % absenken. Der öffentliche Schuldenstand ist zwar im Zuge der Krise deutlich angestiegen, allerdings trugen die Konsolidierungsanstrengungen dazu bei, dass sich die Schuldenstandsquote allmählich stabilisiert.

Neben den konkreten Konsolidierungsmaßnahmen (beispielsweise Ausgabenkürzungen bei öffentlichen Gehältern und Einnahmesteigerungen, z. B. durch eine Mehrwertsteuererhöhung), die der positiven Defizitentwicklung zugrundeliegen, hat Spanien auch umfangreiche Reformen seines fiskalischen Rahmenwerks beschlossen, die zur nachhaltigen Konsolidierung der Staatsfinanzen beitragen sollen. So hat Spanien eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen, Ausgabenregeln für alle staatlichen Ebenen eingeführt und einen Finanzrat gegründet, der eine unabhängige Bewertung der Finanzpolitik vornehmen soll. Schließlich hat Spanien die finanzpolitische Koordinierung zwischen den autonomen Regionen und dem Zentralstaat reformiert. Insbesondere wurden verstärkte Kontroll- und Sanktionsrechte für die Zentralregierung gegenüber den Regionen eingeführt. Bei Abweichungen von den vereinbarten Fiskalzielen und Ausbleiben einer angemessenen Korrektur drohen beispielsweise – nach Vorbild der europäischen Regelungen – automatische Sanktionen. Damit wurde auf die Tatsache reagiert, dass die Regionen, die in Spanien rund 50 %

aller Staatsausgaben kontrollieren, in der Vergangenheit ihre Fiskalziele häufig verfehlt hatten.

Neben einzelnen Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre, die hauptsächlich zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung durchgeführt worden waren, hat Spanien 2014 eine umfassende Steuerreform beschlossen, die das Steuersystem vereinfachen und insgesamt wachstumsfreundlicher gestalten soll. Der wesentliche Bestandteil der Steuerreform ist die schrittweise Absenkung der Einkommen- und Unternehmensteuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage etwa durch die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen. Zudem soll die Steuerreform den bisher bestehenden Anreizen zur Fremdfinanzierung entgegenwirken und damit einen Beitrag zum Schuldenabbau des Privatsektors leisten.

Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wurde mit Hilfe einer Rentenreform verbessert. Diese beinhaltet vor allem eine Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters sowie die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors, der das Renteneintrittsalter mit der Lebenserwartung verknüpfen wird.

### 3.3 Wettbewerbsfähigkeit

Spanien konnte seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, die während der Boomjahre stark gelitten hatte (s. o.), zuletzt deutlich verbessern. Die nominalen Lohnstückkosten sind – im Unterschied zu den anderen großen Volkswirtschaften der Währungsunion – seit 2009 deutlich gesunken (vergleiche Abbildung 4).

Diese Entwicklung erklärt sich zwar zum Teil durch den starken Beschäftigungsrückgang, geht aber auch auf die Reformanstrengungen Spaniens zurück. Zentral sind hier die durchgeführten Arbeitsmarktreformen zu nennen. Der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Ausbruch der Krise ging weit über das hinaus,

Analysen und Berichte

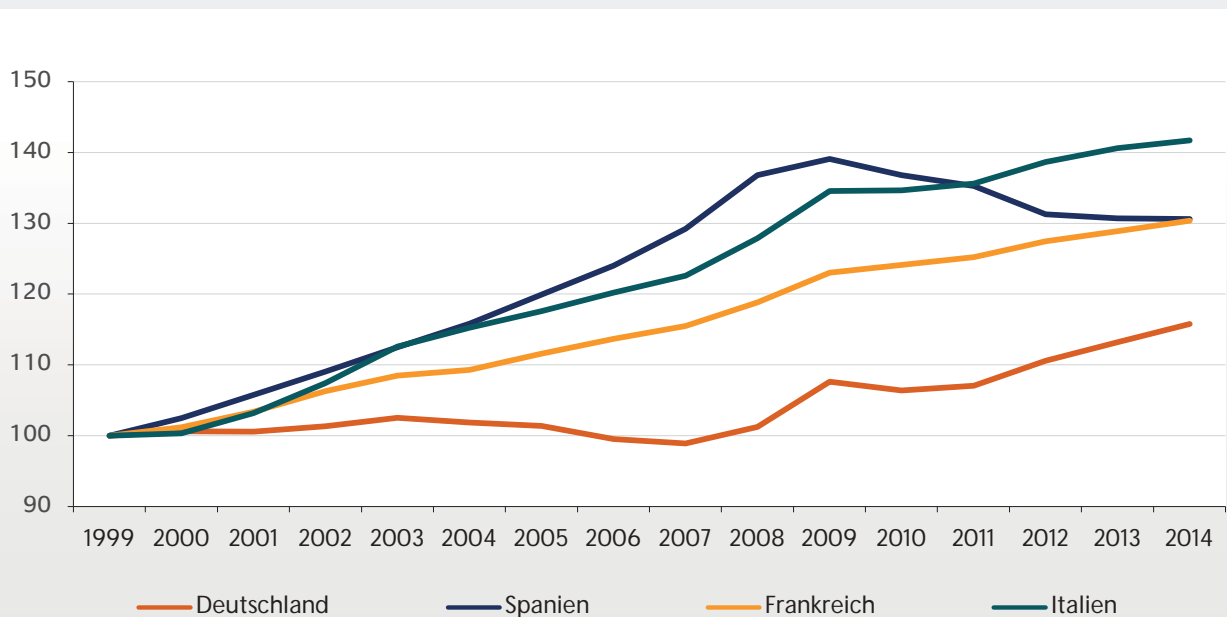
Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

was bei einem funktionsfähigen Arbeitsmarkt durch die konjunkturelle Entwicklung erklärbar gewesen wäre. Vielmehr offenbarte die Entwicklung die dem spanischen Arbeitsmarkt zugrunde liegenden strukturellen Probleme. Dieser war und ist insbesondere durch eine starke Segmentierung gekennzeichnet, d. h. gut geschützten „Insidern“ mit unbefristeten Arbeitsverträgen und hohem Kündigungsschutz steht eine Vielzahl von „Outsidern“, befristet Angestellten, gegenüber, deren Stellen im Falle konjunktureller Schocks leicht abgebaut werden können. Von dieser Segmentierung waren vor allem junge Arbeitnehmer betroffen, was sich auch am extremen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zeigte. Zudem bestand wenig Flexibilität bei der Lohnfindung, und unternehmensspezifische Lohnvereinbarungen spielten nur eine untergeordnete Rolle. Diese strukturellen Schwächen führten u. a. dazu, dass die Lohnsteigerungen regelmäßig oberhalb der Produktivitätsentwicklung lagen, was einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

bedeutete. Um diese Probleme abzumildern und den extremen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, hat Spanien eine Reihe von Arbeitsmarktreformen verabschiedet. Insbesondere wurde der Segmentierung entgegengewirkt, indem die Entlassungskosten bei unbefristet Beschäftigten gesenkt und die Lohnfindung flexibilisiert wurden. Lohnverhandlungen auf Unternehmensebene haben jetzt grundsätzlich Vorrang. Zudem wurde eine befristete Absenkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (fixer monatlicher Beitrag von 100 € für 24 Monate) bei Einstellung zusätzlicher unbefristet Beschäftigter beschlossen, welche über die Senkung der Lohnkosten zu mehr Beschäftigung beitragen soll.

Im Ergebnis trugen diese Maßnahmen – zusammen mit einer Vereinbarung zur Lohnmoderation zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vom Januar 2012 – auch dazu bei, dass die Lohnabschlüsse zuletzt niedriger ausfielen. Zudem ist davon

Abbildung 4: Nominale Lohnstückkosten  
Index: 1999 = 100



Quelle: Ameco Datenbank.

Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

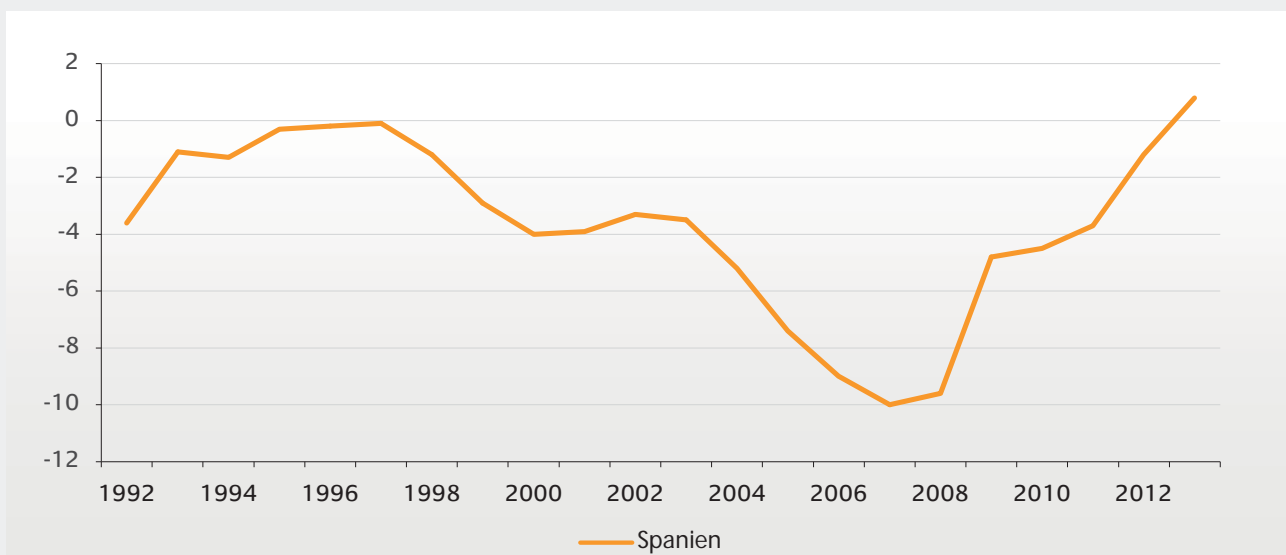
auszugehen, dass die Wachstumsschwelle, ab der Unternehmen Einstellungen vornehmen, durch die Reformen gesenkt werden konnte. Das bedeutet, dass künftig schon bei moderatem Wirtschaftswachstum ein Beschäftigungszuwachs erfolgen könnte.

Die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit trug auch dazu bei, dass das Leistungsbilanzdefizit deutlich abgebaut werden konnte und 2013 sogar ein Überschuss in Höhe von 1,5 % des BIP erzielt wurde (vergleiche Abbildung 5). Diese Entwicklung geht zwar zum Teil auf sinkende Importe – im Zuge der Rezession und des Einbruchs der Binnennachfrage – zurück, aber auch auf eine positive Exportentwicklung. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen stiegen zwischen 2010 und 2014 um durchschnittlich 5,2 % pro Jahr an (um rund 1 Prozentpunkt stärker als in Frankreich oder Italien). Trotz der deutlichen Verbesserung bei der Leistungsbilanz verbleibt die Auslandsverschuldung bisher allerdings mit rund 93% des BIP auf hohem Niveau.

Neben den genannten Arbeitsmarktrefor­men stieß Spanien eine Reihe von Maßnahmen an, welche die unternehmerische Tätigkeit erleichtern und das Unternehmensklima verbessern sollen. Dazu zählen z. B. Maßnahmen zur Reduzierung von Bürokratiekosten für Unternehmen, zur Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung und zur Liberalisierung von Produkt- und Dienstleistungsmärkten.

Mit dem Ende 2013 beschlossenen Gesetz zur „Garantie eines einheitlichen Marktes“ sollen administrative Kosten für Unternehmen gesenkt und die regionenübergreifende Tätigkeit von Unternehmen befördert werden. Bisher standen dem häufig bürokratische Hürden entgegen. So waren etwa zum Teil mehrfache Lizensierungen in verschiedenen Regionen nötig, um in ganz Spanien unternehmerisch tätig sein zu können. Letztlich zielt das Gesetz darauf ab, bestehende Hemmnisse für das Unternehmenswachstum abzubauen. Zudem wurde der Aufwand für Unternehmensgründungen reduziert und die

Abbildung 5: Leistungsbilanzsaldo in % des BIP



Quelle: Ameco-Datenbank.

## Analysen und Berichte

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

Flexibilität bei der Wahl der Rechtsformen von Unternehmen erhöht.

Eine breit angelegte Reform der öffentlichen Verwaltung befindet sich gegenwärtig in der Umsetzungsphase. Die Reform zielt insbesondere darauf ab, erstens überlappende Kompetenzen verschiedener Verwaltungsebenen abzubauen, zweitens die Bürokratiekosten insgesamt zu senken und drittens die Verwaltung zu verschlanken (z. B. durch die Reduktion von Verwaltungseinheiten).

Im Jahr 2012 wurden verschiedene Maßnahmen zur Liberalisierung des Einzelhandels beschlossen, mit denen u. a. die Öffnungszeiten flexibilisiert wurden und die Beschränkungen zur Eröffnung und Betreibung von Einzelhandelsgeschäften abgebaut wurden.

Bereits 2009 waren Liberalisierungen bei den sogenannten Freien Berufen beschlossen worden, etwa eine Flexibilisierung bei der Vergütung und Änderungen bei Fragen des Werbeverbots. Eine weitergehende Liberalisierung der Freien Berufe war für 2014 geplant, verzögerte sich aber zuletzt. Zielsetzung der geplanten Reform ist u. a. ein weiterer Abbau von Marktzugangsbeschränkungen.

## 4 Verbleibende Herausforderungen

Die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Spanien sind erfreulich. Die Wirtschaft wächst wieder, die Arbeitslosigkeit sinkt und das Vertrauen ist zurückgekehrt. Allerdings wird die vollständige Korrektur der zentralen Ungleichgewichte noch längere Zeit in Anspruch nehmen, was in Anbetracht des Ausmaßes der Ungleichgewichte, die bei Ausbruch der Krise zutage traten, nicht überraschen kann. Dies verlangt ein konsequentes Festhalten am eingeschlagenen Reformkurs. Zentrale Herausforderungen bestehen nach wie vor insbesondere in den folgenden Bereichen:

### Arbeitslosigkeit

Auch wenn die Arbeitslosigkeit zuletzt gesunken ist, befindet sie sich noch auf sehr hohem Niveau. Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, in dem ein erhebliches Verbesserungspotenzial liegt (Weiterbildung, Vermittlung usw.), laufen gegenwärtig Reformen an. Ob diese ausreichen, um eine signifikante Absenkung der Arbeitslosigkeit zu gewährleisten, scheint allerdings fraglich. Vermutlich werden weitere Maßnahmen zum Abbau der Segmentierung des Arbeitsmarktes notwendig sein. Zudem sollte die Berufsausbildung – in Einklang mit den bestehenden Plänen – stärker auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts ausgerichtet werden.

### Verschuldung

Die private Verschuldung wurde zwar bereits deutlich zurückgeführt. Eine weitere Absenkung ist aber notwendig, um die Verwundbarkeit der Ökonomie weiter zu verringern. Dies wird die Inlandsnachfrage weiterhin belasten. Steigende Exporte könnten den inländischen Nachfrageausfall teilweise kompensieren; hierfür sind eine stärkere Exportorientierung der spanischen Wirtschaft und eine weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zentral. Dies sollte auch dazu beitragen, die Auslandsverschuldung, die sich über Jahre hin aufgebaut hat, weiter abzusinken. Hierzu werden über einen längeren Zeitraum Leistungsbilanzüberschüsse notwendig sein. Die öffentliche Verschuldung ist im Zuge der Krise deutlich angestiegen und muss im Einklang mit den europäischen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts zügig zurückgeführt werden. Hierzu werden weitere Konsolidierungsanstrengungen notwendig sein. Diese sollten möglichst wachstumsfreundlich ausgestaltet werden, um die negativen konjunkturellen Effekte zu minimieren.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Zum Stand des Reformprozesses in Spanien

### Wettbewerbsfähigkeit

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, welche dazu beitragen sollte, die externe Verschuldung abzusenken und den einheimischen Nachfrageausfall zum Teil zu kompensieren, kann eine Reihe von Maßnahmen beitragen. Zentral sind hier eine angemessene Lohnpolitik, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht außer Acht lässt, und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität zu nennen. Mittel- bis langfristig können Reformen in den Bereichen Bildung/Ausbildung und Forschung & Entwicklung einen wichtigen Beitrag zur Produktivitätssteigerung leisten. Zudem können auch Reformen, welche den Wettbewerb im Inland steigern – insbesondere die Liberalisierung von Produkt- und Dienstleistungsmärkten – dazu beitragen, die Produktivität insgesamt zu erhöhen. Denn derartige Reformen sollten dazu führen, dass die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital möglichst rasch in die

produktivsten Sektoren der Volkswirtschaft, vor allem der handelbaren Güter, gelenkt werden.

## 5 Fazit und Ausblick

Spanien hat große Fortschritte bei der Überwindung der Krise gemacht, die auf die konsequente Umsetzung einer ambitionierten Reformagenda zurückzuführen sind. Dadurch ist auch das Vertrauen zurückgekehrt. Spanien konnte seine Wettbewerbsfähigkeit steigern, seinen Bankensektor – mithilfe der europäischen Partner – stabilisieren und zuletzt positive BIP-Wachstumsraten, die über dem Durchschnitt des Euroraums liegen, sowie einen Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen. Wenn Spanien an seinem eingeschlagenen Reformkurs festhält, ist es auf einem guten Weg, die verbliebenen makroökonomischen Ungleichgewichte zu korrigieren.



## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Jahr 2014 mit 1,5 % stärker als erwartet an. Positive Wachstumsimpulse kamen von der Inlandsnachfrage und den Nettoexporten. Den Indikatoren zufolge dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 4. Quartal deutlich zugenommen haben.
- Angesichts eines günstigeren Konjunkturbildes erwartet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion für das Jahr 2015 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,5 %.
- Der Arbeitsmarkt erwies sich im Jahr 2014 als sehr robust. Im Durchschnitt stieg die Erwerbstätigenzahl um 0,9% an. Die Arbeitslosenquote sank um 0,2 Prozentpunkte.
- Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich aufgrund des kräftigen Rückgangs der Preise für Rohöl im Jahresdurchschnitt 2014 nur moderat um 0,9 %.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2014 in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behauptet. Das BIP ist nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit real 1,5 % stärker als erwartet gestiegen, während es im Jahr 2013 das Vorjahresniveau kaum übertraf. Im vergangenen Jahr kam es im 1. Quartal zu einem kräftigen BIP-Anstieg, der teilweise durch witterungsbedingte Sondereffekte überzeichnet war. Nachdem im Sommerhalbjahr die gesamtwirtschaftliche Aktivität stagnierte ist das BIP im 4. Quartal wahrscheinlich wieder deutlich angestiegen. So zeigen die Industriedaten Produktion und Auftragseingang im Oktober/November eine Aufwärtstendenz. Hinzu kommt eine Stimmungsverbesserung bei den Unternehmen und den Verbrauchern.

Wie auch 2013 wurde das Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 von der Binnennachfrage getragen. Die inländische Verwendung setzte mit 1,1 Prozentpunkten wesentliche Impulse zum BIP-Anstieg. Der preisbereinigte Konsum der privaten Haushalte wurde deutlich ausgeweitet und erwies sich somit als eine wesentliche Stütze des Wachstums. Er trug mit 0,6 Prozentpunkten zum BIP-Anstieg bei. Der kontinuierliche Beschäftigungsaufbau sowie

die deutlichen Einkommensverbesserungen begünstigten die privaten Konsumausgaben. Die Zunahme des privaten Konsums wird durch den Zuwachs des verfügbaren Einkommens ermöglicht (+ 2,2 %). Die Bruttolöhne und -gehälter stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,9 % an. Die Nettolöhne und -gehälter nahmen ebenfalls deutlich zu (+ 3,6 % gegenüber dem Vorjahr). Zusätzlich stärkte der moderate Preisanstieg die Kaufkraft der Konsumenten. Der Beschäftigungsaufbau sowie die Lohnsteigerungen spiegeln sich auch in einer deutlichen Zunahme der Einnahmen aus der Lohnsteuer im Jahr 2014 wider. So lagen die Einnahmen aus der Lohnsteuer in der Bruttobetragung (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) im abgelaufenen Jahr um 4,8 % über dem Ergebnis des Vorjahres.

Im Jahresdurchschnitt sind die Investitionen im vergangenen Jahr um 3,1 % gewachsen. Allerdings neigten sie – trotz günstiger Fremd- und Innenfinanzierungsmöglichkeiten – in der zweiten Jahreshälfte zur Schwäche. Offensichtlich trugen hierzu Verunsicherungen vor dem Hintergrund geopolitischer Risiken bei wie auch die verhaltene weltwirtschaftliche Entwicklung. Die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen stiegen um 3,7 % gegenüber dem Vorjahr deutlich an, nachdem

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

sie in den beiden Jahren zuvor rückläufig waren. Die Ausweitung der Bauinvestitionen um 3,4 % wurde vor allem von einer spürbaren Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen geprägt. Aber auch die Investitionen in Nichtwohnbauten wurden merklich ausgeweitet.

Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresverlauf trotz eines schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds etwas an Dynamik. Die Exporte legten gegenüber dem Vorjahr real um 3,7 % zu. Die Importe verzeichneten einen etwas geringeren Anstieg (+ 3,3 %). Somit fielen die Impulse vom Außenbeitrag – der Differenz zwischen Exporten und Importen – leicht positiv aus (+ 0,4 Prozentpunkte).

Die konjunkturelle Erholung dürfte sich zu Beginn dieses Jahres fortsetzen. Dafür sprechen eine deutliche Verbesserung der ifo Geschäftserwartungen und die optimistischeren Einschätzungen der vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) befragten Finanzmarktanalysten. Zudem hellte sich gemäß der Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) auch die Stimmung der Konsumenten bis zuletzt auf. Aufgrund eines günstigeren Konjunkturbildes erwartet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit 1,5 % einen leicht höheren Anstieg des preisbereinigten BIP als noch im Herbst projiziert (+ 1,3 %). Das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr dürfte gemäß dieser Projektion weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen werden. Der preisbereinigte private Konsum steigt voraussichtlich um 1,0 % und setzt damit maßgebliche Wachstumsimpulse. Dabei profitieren die privaten Konsumausgaben von einer anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungszunahme. So dürften die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 3,2 % steigen und damit etwas stärker als im Vorjahr (+ 2,7 %). Die Bruttolöhne und -gehälter insgesamt erhöhen sich bei anhaltendem Beschäftigungsaufbau um 3,7 %. Die Nettolöhne und -gehälter nehmen etwas weniger stark als die entsprechende Bruttogröße zu (+ 2,6 %). Zur Erhöhung der monetären Sozialleistungen tragen insbesondere die regelgebundene

Anhebung der monetären Rentenleistungen sowie die volle Jahreswirkung der Einführung der höheren Mütterrente und die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren zur Mitte des vergangenen Jahres bei. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden sich – nach einem Rückgang im Jahr 2014 – in diesem Jahr um 1,5 % erhöhen. Die Vermögenseinkommen werden dabei weiterhin von dem außerordentlichen Zinsniveau belastet. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte expandieren zusammengenommen mit 2,7 % beschleunigt nach noch 2,2 % im Jahr 2014.

Die Bruttoanlageinvestitionen dürften gemäß der Jahresprojektion der Bundesregierung im Jahr 2015 verhalten zunehmen (preisbereinigt + 2,1 %), da trotz guter Finanzierungsbedingungen die Unsicherheiten aufgrund der geopolitischen Krisen weiter bestehen bleiben. Aktuelle Indikatoren wie die Auftrageingänge der Investitionsgüterindustrie im Inland sowie die nur allmähliche Verbesserung der internationalen Absatzperspektiven sprechen für eine langsame Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen (real + 1,9 %). Darüber hinaus sind die Produktionskapazitäten der deutschen Wirtschaft noch leicht unterausgelastet, sodass Investitionen zur Kapazitätsausweitung nur zögerlich getätigt werden. Aufgrund dessen werden die Bauinvestitionen im Jahr 2015 ebenfalls moderat ausgeweitet werden (preisbereinigt + 2,2 %). Hierbei dürfte sich der private Wohnungsbau – basierend auf einem robusten Arbeitsmarkt, Einkommenszuwächsen der privaten Haushalte und sehr niedrigen Zinsen – günstiger entwickeln als der private Nichtwohnungsbau. Stützend dürften positive Impulse der staatlichen Investitionen wirken.

Aufgrund der weiter vorhandenen geopolitischen Risiken und des wenig dynamischen Wachstums der Weltwirtschaft werden sich die preisbereinigten Exporte in diesem Jahr voraussichtlich mit etwa der gleichen Rate wie im Jahr 2014 moderat erhöhen (+ 3,6 %). Dabei sind leicht positive Impulse von der Erholung im Euroraum zu erwarten. Auch



**█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

**Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten**

Arbeitsmarkt	2014		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Okt 14	Nov 14	Dez 14	Okt 14	Nov 14	Dez 14
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-24	-16	-27	-68	-89	-110
Erwerbstätige, Inland sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	42,65	+0,9	+44	+11	.	+420	+411	.
	30,17	+1,9	+42	.	.	+524	.	.

Preisindizes 2010 = 100	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Okt 14	Nov 14	Dez 14	Okt 14	Nov 14	Dez 14
Importpreise	103,9	-2,2	-0,3	-0,8	-1,7	-1,2	-2,1	-3,7
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	105,9	-1,0	-0,2	+0,0	-0,7	-1,0	-0,9	-1,7
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	-0,3	+0,0	+0,0	+0,8	+0,6	+0,2

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14	Dez 14	Jan 15
Klima	+11,8	+9,1	+5,8	+3,8	+0,1	+2,4	+4,2	+6,6
Geschäftslage	+18,0	+15,4	+10,7	+10,5	+5,5	+7,6	+8,8	+12,3
Geschäftserwartungen	+5,9	+3,0	+1,1	-2,6	-5,1	-2,6	-0,3	+1,0

Jahresdurchschnitt Stand Januar 2014, Quartale Stand November 2013.

<sup>1</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

<sup>2</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar dürfte die Exporttätigkeit begünstigen. Die Zunahme der Ausfuhren und die merkliche Ausweitung der Inlandsnachfrage, insbesondere des privaten Konsums, tragen zum Anstieg der Importe um 4,1 % bei. Insgesamt wird vom Außenbeitrag allenfalls ein geringer rechnerisch positiver Wachstumsimpuls erwartet.

Das Konjunkturbild, das der Jahresprojektion der Bundesregierung zugrundeliegt, basiert insbesondere auf den zum Jahresbeginn vorliegenden Wirtschaftsdaten und den daraus abgeleiteten Einschätzungen zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Schlussquartal. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erste Ergebnisse der BIP-Entwicklung im 4. Quartal 2014 erst am 13. Februar 2015.

Die nominalen Warenausfuhren setzten im Oktober/November in saisonbereinigter Rechnung – trotz eines Rückgangs – ihren Aufwärtstrend fort. Bei den Einfuhren konnte im November der Rückgang des Vormonats nahezu aufgeholt werden. Sie zeigten daher im Zweimonatsvergleich eine Seitwärtsbewegung.

Nach Ursprungswerten überschritten sowohl die Warenexporte als auch die Warenimporte das Vorjahresniveau merklich. Im Zeitraum Januar bis November nahmen die Ausfuhren um 3,4 % und die Einfuhren um 2,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis zu. Dabei wurde der Handel mit dem Nicht-Euroraum der EU kräftig ausgeweitet (Einfuhren + 6,3 % und Ausfuhren + 9,6 % jeweils gegenüber dem Vorjahr). Der Außenhandel mit den Ländern des Euroraums

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

erholte sich. Die Exporte stiegen um 2,6 % und die Importe um 2,9 %. Die Handelstätigkeit mit den Drittländern neigte zwar noch etwas zur Schwäche, zeigt aber eine Besserungstendenz. So nahmen die nominalen Wareneinfuhren um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr zu, nachdem sie im Jahr 2013 im gleichen Zeitraum noch leicht rückläufig waren. Die nominalen Wareneinfuhren waren nach einem kräftigen Rückgang im Jahr 2013 nur noch leicht im Minus (-0,5 %). Insbesondere in die wichtigsten deutschen Handelspartnerländer wie z. B. Frankreich, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich sowie Spanien und Italien wurde ein wesentlich höherer Wert an Waren exportiert als im Jahr 2013. Zugleich zogen auch die Importe in diese Länder deutlich an.

Der Leistungsbilanzüberschuss lag kumuliert über den Zeitraum Januar bis November 2014 bei 190,8 Mrd. € und damit 22,8 Mrd. € über dem Vorjahresniveau. Dies resultierte vor allem aus einem höheren Überschuss im Warenhandel. Dabei spielten insbesondere der niedrige Ölpreis und die Euroabwertung eine wichtige Rolle. So führte der Rückgang des Ölpreises insbesondere zu einer Verbilligung der Importe von Energiegütern nach Deutschland. Darüber hinaus begünstigte die Euroabwertung über eine höhere Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gegenüber Konkurrenten im Dollar-Raum die Exporttätigkeit.

Eine Vielzahl von Faktoren spricht für eine moderate Ausweitung der Ausfuhren in den kommenden Monaten. So geht der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner Prognose vom Januar dieses Jahres für 2015 von einer nur geringfügig höheren Dynamik der Weltkonjunktur aus als im Vorjahr. Dabei erholt sich der Euroraum allmählich, während die Entwicklung in den Schwellenländern nicht an Dynamik gewinnt. So erwartet der IWF z. B. für China eine Wachstumsrate von knapp unter 7 % in diesem Jahr nach einem BIP-Anstieg um 7,8 % und 7,4 % in den Jahren 2013 und 2014. Die Auslandsaufträge

aus dem Euroraum und den Ländern außerhalb der Euroländer sind jedoch deutlich aufwärtsgerichtet. Darüber hinaus sind die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo Umfrage) den vierten Monat in Folge angestiegen. Die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar dürfte über eine höhere preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Exportausweitung begünstigen. Risiken liegen insbesondere in dem nach wie vor schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld.

Die Industrie scheint ihre Schwächephase überwunden zu haben. Die saisonbereinigte Industrieproduktion stieg im November den dritten Monat in Folge gegenüber dem jeweiligen Vormonat an und zeigt damit eine leichte Aufwärtsbewegung. Diese resultiert im Zweimonatsvergleich aus allen drei Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter). Den höchsten Anstieg verzeichneten dabei die Investitionsgüterhersteller.

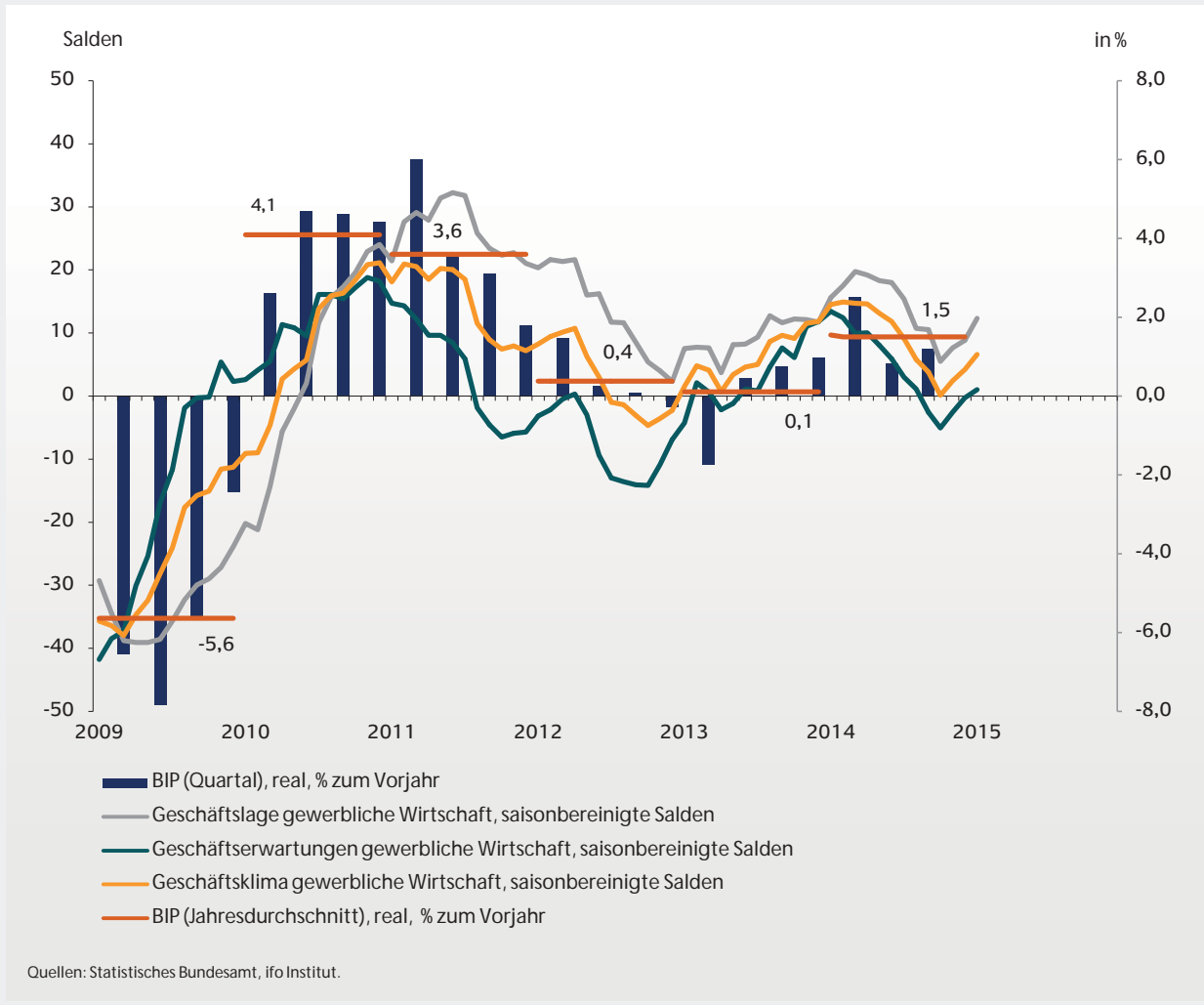
Sie konnten im Zweimonatsvergleich auch eine deutliche Zunahme der Umsätze durch den Verkauf ihrer Produkte auf ausländischen und inländischen Märkten verbuchen. Zu dem Plus der Auslandsumsätze trugen sowohl die Verbesserung der Geschäfte mit dem Euroraum als auch mit den Ländern außerhalb des Euroraums bei.

Die Auftragseingänge in der Industrie zeigen – trotz eines Rückgangs im November – in saisonbereinigter Betrachtung eine Aufwärtsbewegung. Hierbei gab es im Zweimonatsvergleich gleichermaßen positive Impulse von Bestellungen aus dem Inland und dem Ausland. Insbesondere die Auftragseingänge im Bereich Kraftwagen und -teile legten kräftig zu (Inland + 13,6 %, Ausland + 7,4 % jeweils saisonbereinigt gegenüber Vorperiode). Jedoch neigt der Maschinenbau vor allem in Inland noch zur Schwäche. Der leichte Aufwärtstrend der Auftragseingänge in der Industrie spricht für ein günstiges Ergebnis der industriellen Produktion zum Ende des 4. Quartals.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

**BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima**



Auf positive Impulse von der Industrie im Schlussquartal und zu Beginn dieses Jahres weist auch die Verbesserung der Stimmung in den Unternehmen hin. So stiegen die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe den dritten Monat und die ifo Produktionspläne den zweiten Monat in Folge. Auf bessere Geschäfte deuten auch die – nach vorläufigen Berechnungen – Einschätzungen der Einkaufsmanager vom Januar hin.

Die Bauproduktion zeigte nach Einbußen im November im Zweimonatsvergleich eine Seitwärtsbewegung (saisonbereinigt im Vergleich zur Vorperiode). Dämpfend wirkte das rückläufige Ausbaugewerbe

(- 0,8 %). Dagegen legten die Hochbau- und Tiefbauleistungen (+ 1,0 % und + 0,9 %) leicht zu. Von der Bauproduktion sind daher wahrscheinlich im Schlussquartal kaum Wachstumsimpulse ausgegangen. In den nächsten Monaten dürfte weiterhin mit einer moderaten Ausweitung der Bauproduktion zu rechnen sein. Die ifo Geschäftserwartungen verbesserten sich im Januar etwas. Die Bauproduktion dürfte in den nächsten Monaten vor allem durch die Zunahme der Nachfrage im Wohnungsbau gestützt werden. So legten die saisonbereinigten Auftragseingänge in diesem Bereich im September/Okttober um 11,4 % gegenüber Juli/August zu. Auch die Baugenehmigungen im

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Wohnungsbau zeigen einen Aufwärtstrend. Hinsichtlich der Nichtwohnbauten sind leichte Verbesserungen zu beobachten.

Der private Konsum dürfte auch im Schlussquartal zum BIP-Anstieg beigetragen haben. Der reale Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge konnte im Zweimonatsdurchschnitt (Oktober/November) ein Plus von saisonbereinigt 1,5 % verzeichnen. Die Neuzulassungen privater Kraftfahrzeuge waren im gleichen Zeitraum allerdings rückläufig (-3,2 %). Die Verbraucherstimmung ist sehr gut. Gemäß GfK-Umfrage stieg das Konsumklima im Schlussquartal kontinuierlich an und befindet sich damit auf einem hohen Niveau. Dabei hat die Anschaffungsneigung weiter zugenommen. Dies wurde begünstigt durch die niedrigen Zinsen, die wiederum die Sparneigung erneut auf ein historisches Tief fallen ließen. Die Konjunkturerwartung erholte sich im Dezember, nachdem sie sich fünf Monate in Folge verschlechtert hatte. Die Einkommenserwartungen waren zuletzt leicht rückläufig, befinden sich aber nach wie vor auf einem hohen Niveau. Der RWI-Konsumindikator deutet ebenfalls auf eine positive Entwicklung des privaten Konsums im Schlussquartal hin. Die günstigen wirtschaftlichen Bedingungen wie der kontinuierliche Anstieg der Beschäftigung und der geringe Preisauftrieb begünstigten die verfügbaren Einkommen und somit den privaten Konsum. Dennoch trübte sich gemäß ifo Geschäftsklimaindex im Einzelhandel das Geschäftsklima im Dezember ein. Im Januar 2015 verbesserten sich die Einschätzungen zur Lage und den Erwartungen jedoch kräftig. Insgesamt stellt der private Konsum eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Aktivität dar. Diese Entwicklung dürfte sich im Jahr 2015 fortsetzen. Allerdings bestehen trotz der guten inländischen Rahmenbedingungen laut GfK-Umfrage weiterhin Verunsicherungen infolge der geopolitischen Krisen.

Der Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2014 als sehr robust erwiesen. So erreichte die Erwerbs-

tätigenzahl einen neuen Höchstwert von 42,65 Millionen Personen. Dies ist auf einen Anstieg um 371 000 Personen beziehungsweise 0,9 % gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete im Jahresdurchschnitt ebenfalls einen Zuwachs von 559 000 Personen beziehungsweise 1,9 % gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt hat der Beschäftigungsaufbau gegenüber dem Vorjahr an Dynamik gewonnen. Nach Wirtschaftszweigen wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Bereich Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Heime und Sozialwesen sowie Metall- und Elektroindustrie am stärksten ausgeweitet. Beschäftigungsverluste gab es u. a. bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern.

Die Anzahl der arbeitslosen Personen ist auf 2,90 Millionen gesunken (-52 000 Personen beziehungsweise 2 % gegenüber dem Vorjahr). Zusammen mit dem Jahr 2012 hat die Arbeitslosigkeit somit ihren niedrigsten Stand seit dem Jahr 1991 erreicht. Die Arbeitslosenquote fiel um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 6,7 %. Arbeitslose profitieren allerdings nur teilweise von dem Beschäftigungsaufbau, da ihre Profile in berufsfachlicher, qualifikatorischer und regionaler Hinsicht oftmals nur unzureichend zur Arbeitskräftenachfrage passen. Der Zuwachs an Beschäftigung speist sich vor allem aus dem Anstieg des Potenzials an Erwerbspersonen aufgrund von Zuwanderung und höherer Erwerbsneigung insbesondere von Frauen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten deutschen Frauen hat um 1,6 % auf 12,95 Millionen Personen zugenommen. Im Vergleich hierzu fiel der Anstieg bei den Männern mit 0,9 % wesentlich geringer aus. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer ist um 9,5 % auf 2,56 Millionen gestiegen. Insbesondere Zuwanderer aus Süd- und Osteuropa traten verstärkt in den deutschen Arbeitsmarkt ein.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich auch im Jahr 2015 fortsetzen. So signalisiert der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit nach wie vor eine hohe Arbeitsnachfrage. Auch wollen die befragten Unternehmen nach dem ifo Beschäftigungsbarometer weiterhin neues Personal einstellen. In aktuellen Prognosen nationaler und internationaler Institutionen für das Jahr 2015 wird von einem weiterhin robusten Arbeitsmarkt in Deutschland ausgegangen. Die Arbeitslosigkeit dürfte leicht rückläufig sein, während die Erwerbstätigkeit weiterhin – wenn auch etwas moderater – ansteigt.

Gemäß der Jahresprojektion der Bundesregierung wird in diesem Jahr mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um 40 000 Personen gerechnet. Die Arbeitslosenquote sinkt im Jahr 2015 um 0,1 Prozentpunkte auf 6,6 %. Bei den Erwerbstätigen erwartet die Bundesregierung einen Anstieg um 170 000 Personen. Der Anstieg dürfte aufgrund des bereits erreichten hohen Niveaus moderater ausfallen als in den Vorjahren.

Im Jahr 2014 verlief die Preisniveaumentwicklung in sehr ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisindex (VPI) erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 2014 um 0,9 %. Dies war die niedrigste Inflationsrate seit dem Jahr 2009 (+ 0,3 %). Der geringe Preisniveaustieg ist vor allem auf einen deutlichen Rückgang der Preise für Energiegüter, insbesondere für Erdöl und Mineralölerzeugnisse auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Daher verbilligte sich Energie auf der Verbraucherstufe um 2,1 % gegenüber dem Vorjahr. Ohne Berücksichtigung von Energiepreisen überschritt der VPI das Vorjahresniveau um 1,3 %. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise (+ 1,0 %) lag leicht

über der Gesamtinflation. Die Kerninflation, welche die volatile Preisniveaumentwicklung von Energie und Nahrungsmitteln ausschließt, überschritt im Jahresdurchschnitt 2014 mit 1,4 % weiterhin ihren langjährigen Durchschnitt.

Im Dezember gaben die Rohölpreise nochmals kräftig nach, was sich bei den Verbraucherpreisen für Energiegüter in einem deutlichen Rückgang niederschlug (- 6,6 %). Das Preisniveau pro Barrel der Sorte Brent war im Dezember mit rund 60 US-Dollar nur noch nahezu halb so hoch wie im Dezember 2013. Trotz Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beschleunigte sich jedoch der Rückgang der Importpreise (Dezember), was neben rückläufigen Preisen für Rohöl und Mineralölerzeugnisse auch auf eine Verbilligung von Strom- und Erdgasimporten zurückzuführen war.

Die bis zuletzt anhaltende rückläufige Preisniveaumentwicklung für Energieprodukte auf dem Weltmarkt dürfte zum einen auf eine schwache weltwirtschaftliche Entwicklung hindeuten. Zum anderen dürfte ein weltweites Überangebot an Öl die Preise ebenfalls gedrückt haben. Auf der Verbraucherstufe ist auch in den kommenden Monaten mit einer moderaten Preisniveaumentwicklung zu rechnen. Diese stärkt über Reallohnzuwächse die Kaufkraft der Verbraucher, wovon der private Konsum profitiert. Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion – angesichts des sehr niedrigen Ölpreises – von einem moderaten Anstieg des Verbraucherpreisindex in diesem Jahr aus (+ 0,8 % gegenüber dem Vorjahr). Bei einer Kerninflation von 1,4 %, die über dem zehnjährigen Durchschnitt von 1,2 % liegt, zeichnen sich jedoch keine deflationären Tendenzen ab.



## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2014

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Dezember 2014 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 8,3 % gestiegen. Diese hohe Zuwachsrate ergab sich allerdings u. a. auch aus der Rückzahlung von Kernbrennstoffsteuer aufgrund des Urteils des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 25. November 2014 zur Aussetzung der Vollziehung. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 % zu. Basis dieser Entwicklung war die gute Entwicklung des Steueraufkommens bei der Lohnsteuer (+ 5,3 %) sowie bei den gewinnabhängigen Steuern (veranlagte Einkommensteuer + 8,6 %; Körperschaftsteuer + 8,6 %). Zudem trugen im Monat Dezember 2014 einmalige Sondereffekte bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 35,4 %) zum guten Ergebnis bei. Die Steuern vom Umsatz wiesen nach dem starken Vormonat mit - 0,4 % einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf. Das Aufkommen der Bundessteuern weist im Dezembervergleich eine Zuwachsrate von 21,2 % auf. Das Ergebnis ist hier durch die Kernbrennstoffsteuer stark überzeichnet. Die Ländersteuern konnten den zuletzt gezeigten Trend fortsetzen und stiegen nochmals deutlich um 18,1%. Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 12,3 % über dem Vorjahreswert.

### Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Dezember 2014 um 12,2 % über dem Vorjahresniveau. Neben dem Anstieg der gemeinschaftlichen Steuern trug hierzu der durch die Entwicklung bei der Kernbrennstoffsteuer verursachte außergewöhnliche Anstieg der Bundessteuern bei. Die EU-Eigenmittelabrufe haben sich um 0,5 % verringert; bei den Bundesergänzungszuweisungen an die Länder ergab sich ein Rückgang um 3,1%.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Monat Dezember 2014 mit 5,1% deutlich gegenüber dem Vorjahresmonat. Ebenso wie der Bund partizipieren die Länder an der guten Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Zudem zeigen auch die reinen Ländersteuern im Dezember 2014 mit 18,1% ein kräftiges Wachstum. Der leichte Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen um 3,1 % wirkte dämpfend auf die Einnahmen der Länder. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 5,6 %.


### Entwicklung im Haushaltsjahr 2014

Im Haushaltsjahr 2014 stieg das Steueraufkommen von Bund und Ländern (ohne reine Gemeindesteuern) um 4,0 %. Die gemeinschaftlichen Steuern konnten sich 2014 um 4,3 % verbessern; die Bundessteuern um 1,3 %. Die Ländersteuern legten um 11,7 % zu. Die Zölle stiegen um 7,6 %.

### Gemeinschaftliche Steuern

Eine anhaltend gute Beschäftigungslage und Lohnsteigerungen waren die Basis für wachsende Einnahmen bei der Lohnsteuer. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im Berichtsmonat Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 %. Hiervon abzuziehen ist das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld, welches im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 1,9 % etwas höher ausfiel. Im Ergebnis stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Berichtsmonat Dezember 2014 um 5,3 %. Im Haushaltsjahr 2014 sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer um + 6,2 % gewachsen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer zeigt sich im Berichtsmonat Dezember 2014 im direkten Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung des Bruttoaufkommens um 8,2 %. Die im Dezember fällige vierte

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2014	Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Dezember	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2014 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	21 849	+5,3	167 983	+6,2	167 850	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	12 511	+8,6	45 613	+7,9	44 750	+5,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 055	+35,4	17 423	+1,0	16 610	-3,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	513	-24,0	7 812	-9,8	7 943	-8,3
Körperschaftsteuer	6 744	+8,6	20 044	+2,7	19 270	-1,2
Steuern vom Umsatz	17 180	-0,4	203 110	+3,2	202 900	+3,1
Gewerbesteuerumlage	836	+1,8	3 869	+1,8	3 896	+2,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	756	+1,2	3 273	+0,7	3 296	+1,4
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>62 444</b>	<b>+5,0</b>	<b>469 127</b>	<b>+4,3</b>	<b>466 515</b>	<b>+3,7</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	8 420	+1,7	39 758	+1,0	39 900	+1,4
Tabaksteuer	1 992	+20,8	14 612	+5,7	14 470	+4,7
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	217	+0,3	2 060	-2,0	2 050	-2,5
Versicherungsteuer	524	+2,3	12 046	+4,3	12 060	+4,4
Stromsteuer	498	+16,5	6 638	-5,3	6 650	-5,1
Kraftfahrzeugsteuer	520	-8,2	8 501	+0,1	8 490	+0,0
Luftverkehrssteuer	118	+13,1	990	+1,2	980	+0,2
Kernbrennstoffsteuer	2 319	X	708	-44,9	1 060	-17,5
Solidaritätszuschlag	2 402	+7,1	15 047	+4,6	14 850	+3,3
übrige Bundessteuern	128	-5,2	1 445	-1,9	1 458	-1,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>17 139</b>	<b>+21,2</b>	<b>101 804</b>	<b>+1,3</b>	<b>101 968</b>	<b>+1,5</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	463	+4,2	5 452	+17,7	5 389	+16,3
Grunderwerbsteuer	837	+28,9	9 339	+11,3	9 150	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	134	+15,8	1 673	+2,3	1 682	+2,9
Biersteuer	50	+16,5	684	+2,3	682	+2,0
sonstige Ländersteuern	38	+3,2	406	+3,8	405	+3,5
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 523</b>	<b>+18,1</b>	<b>17 556</b>	<b>+11,7</b>	<b>17 308</b>	<b>+10,1</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	373	+12,3	4 552	+7,6	4 500	+6,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	310	+162,7	4 015	+92,7	4 040	+94,0
BNE-Eigenmittel	3 152	-6,3	22 419	-9,6	23 130	-6,7
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>3 835</b>	<b>+0,6</b>	<b>30 986</b>	<b>-0,4</b>	<b>31 670</b>	<b>+1,8</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>40 179</b>	<b>+12,2</b>	<b>270 746</b>	<b>+4,2</b>	<b>268 939</b>	<b>+3,5</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>31 906</b>	<b>+5,1</b>	<b>254 276</b>	<b>+4,1</b>	<b>252 789</b>	<b>+3,5</b>
<b>EU</b>	<b>3 835</b>	<b>+0,6</b>	<b>30 986</b>	<b>-0,4</b>	<b>31 670</b>	<b>+1,8</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>5 559</b>	<b>+5,6</b>	<b>37 031</b>	<b>+5,7</b>	<b>36 893</b>	<b>+5,3</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>81 479</b>	<b>+8,3</b>	<b>593 039</b>	<b>+4,0</b>	<b>590 291</b>	<b>+3,5</b>

<sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup>Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup>Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

<sup>4</sup>Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2014.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2014

Rate der Vorauszahlungen wies mit einem Plus von 7 % einen kräftigen Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat auf. Die Abzugsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage beeinflussen das Ergebnis nur unerheblich. Lediglich die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz haben mit einem Zuwachs von + 3,3 % betragsmäßige Relevanz. Das Kassenaufkommen stieg somit um 8,6 %. Im Haushaltsjahr 2014 war nunmehr eine Erhöhung der Kasseneinnahmen um insgesamt 7,9 % zu verzeichnen.

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer stieg im Dezember 2014 um 8,2 % gegenüber Dezember 2013. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer verzeichneten mit einem Anstieg von 14 % einen noch größeren Zuwachs als die Vorauszahlungen auf die veranlagte Einkommensteuer. Aufgrund der durch einen Sonderfall im Vorjahresmonat überhöhten Basis schlug sich dieser Zuwachs jedoch nicht voll im Bruttoaufkommen nieder. Nach Abzug der Investitionszulage ergibt sich eine Steigerung des Kassenaufkommens von 8,6 %. Im Haushaltsjahr 2014 stieg das Steueraufkommen der Körperschaftsteuer um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Bedingt durch Sondereffekte verzeichnete das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Dezember 2014 im direkten Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 31,9 %. Nach Abzug der Erstattungen des Bundeszentralamts für Steuern ergab sich ein Zuwachs des Nettoaufkommens von 35,4 %. Die schwache Aufkommensentwicklung bis September 2014 (kumuliert - 6,4 %) wurde durch aufkommens-erhöhende Sondereffekte im Oktober und nunmehr im Dezember wieder ausgeglichen. Insgesamt stieg im Haushaltsjahr 2014 das Gesamtaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag moderat um 1,0 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2013.

Die Entwicklung der Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist weiterhin rückläufig. Das Steueraufkommen sank im Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 24,0 %. Im Haushaltsjahr 2014 ergab sich ein Minus von 9,8 %. Neben dem weiterhin anhaltend niedrigen Zinsniveau, welches zu einem allmählichen Rückgang des durchschnittlichen Zinsniveaus im Bestand an festverzinslichen Wertpapieren führt und damit die Steuereinnahmen auf Zinserträge mindert, könnte auch die hohe Volatilität am Aktienmarkt zu geringeren Einnahmen aus der Besteuerung der Wertpapiergeschäfte privater Anleger geführt haben.

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz lagen mit 17,2 Mrd. € im Berichtsmonat Dezember 2014 nahezu auf Vorjahresniveau (- 0,4 %). Die schwache Aufkommensentwicklung im Dezember steht in Zusammenhang mit dem starken Zuwachs im Vormonat November (+ 10,9 %) – augenscheinlich liegen dieser Entwicklung intertemporäre Verschiebungen bei der Anmeldung und Abführung der Steuern durch die Unternehmen zugrunde. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Einfuhrumsatzsteuer um 0,5 %, wohingegen das Aufkommen der (Binnen-) Umsatzsteuer um 0,7 % zurückblieb. Im Haushaltsjahr 2014 wiesen die Steuern vom Umsatz insgesamt einen Zuwachs von 3,2 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 aus.

### Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern im Dezember 2014 stieg mit + 21,2 % im Vergleich zum Vorjahr stark an. Entscheidenden Einfluss hatte hierbei der am 23. Dezember 2014 veröffentlichte Beschluss des BFH vom 25. November 2014: Das Gericht hatte entschieden, dass für die anhängigen Rechtstreitigkeiten um die Kernbrennstoffsteuer keine Aussetzung der Vollziehung durch die

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2014

Bundesfinanzverwaltung zu gewähren ist. Im Dezember wurde daraufhin von den betroffenen Unternehmen kurzfristig ein Betrag von 2,3 Mrd. € ausstehender Kernbrennstoffsteuer an die Bundesfinanzverwaltung abgeführt. Die Einnahmen aus der Stromsteuer wuchsen - ausgehend von einer durch Auszahlungen im Rahmen des Spitzenausgleichs geminderten Basis - um 16,5 %. Zudem zeigten weitere Bundessteuern Zuwächse: die Energiesteuer (+ 1,7 %), die Branntweinsteuer (+ 0,3 %), die Versicherungsteuer (+ 2,3 %) sowie der Solidaritätszuschlag (+ 7,1 %). Der starke Zuwachs bei der Tabaksteuer (+ 20,8 %) beruht ebenfalls auf einem Basiseffekt. Einnahmen in Höhe von circa 0,3 Mrd. €, die dem Dezember 2013 zuzurechnen waren, wurden erst im Januar 2014 gebucht und haushaltswirksam. Die Vergleichsbasis ist somit unterzeichnet. Im Haushaltsjahr 2014

stiegen die Bundessteuern um 1,3 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2013.

### Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat Dezember 2014 einen deutlichen Zuwachs von 18,1 %. Dieser Anstieg basiert auch weiterhin auf der anhaltend positiven Entwicklung der Grunderwerbsteuer mit einem Plus von 28,9 %. Im Haushaltsjahr 2014 stieg das Aufkommen der Ländersteuern um 11,7 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2013.

Die Gemeinden profitierten – ebenso wie Bund und Länder - von der guten Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Ihr Anteil am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern wuchs im Dezember 2014 um 5,6 % und stieg im Haushaltsjahr 2014 um 5,7 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2013.

## ▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2014

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2014

## Finanzierungssaldo

Nach den vorläufigen Daten zum Abschluss des Bundeshaushalts 2014 ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) und Ausgaben für das vergangene Jahr ein Finanzierungsdefizit von 0,3 Mrd. €. Die Finanzierung dieses Defizits erfolgte einzig über Münzeinnahmen aus Umlaufmünzen in Höhe von 0,3 Mrd. €, sodass keine Nettokreditaufnahme notwendig wurde. Damit hat der Bund im Haushalt 2014 erstmals seit 1969 keine neuen Schulden aufgenommen. Im Haushaltsplan 2014 war noch eine Neuverschuldung von 6,5 Mrd. € vorgesehen.

## Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushaltsjahr 2014 auf 295,5 Mrd. €. Sie lagen damit um 1,0 Mrd. € niedriger als im Haushaltsplan veranschlagt. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 mit Gesamtausgaben in Höhe von 307,8 Mrd. € sanken die Ausgaben um 12,4 Mrd. € (- 4,0%).

## Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes (ohne Umlaufmünzen) addierten sich im Haushaltsjahr 2014 auf 295,1 Mrd. €. Sie übertrafen damit die Planung um 5,4 Mrd. € und lagen um 9,7 Mrd. € (+ 3,4 %) über dem Ergebnis von 2013. Die Einnahmesteigerung ist im Wesentlichen auf das gute Ergebnis bei den Steuereinnahmen zurückzuführen. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen 2014 gegenüber 2013 um 11,0 Mrd. € (+ 4,2 %) auf 270,8 Mrd. €. Sie lagen um 2,6 Mrd. € über dem Soll. Die Verwaltungseinnahmen (ohne Umlaufmünzen) übertrafen die Haushaltsplanungen für 2014 um 2,8 Mrd. €. Das Ergebnis des Vorjahres konnte jedoch nicht wieder erreicht werden.

## Sondervermögen des Bundes

Das zur Beseitigung von Hochwasserschäden errichtete Sondervermögen Aufbauhilfe wurde im Sommer 2013 mit Mitteln in Höhe von 8 Mrd. € ausgestattet. Aus dem Sondervermögen wurden bis zum 31. Dezember 2014 rund 1,4 Mrd. € verausgabt, davon rund 0,8 Mrd. € im Jahr 2014. Die Mittelbewilligungen an die Antragsteller lassen jedoch einen deutlich höheren Bedarf erkennen.

Der Energie- und Klimafonds (EKF) hat im Jahr 2014 Einnahmen in Höhe von rund 1,3 Mrd. € (inklusive Rücklage) verbucht, davon rund 0,7 Mrd. € aus Erlösen aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikaten und 0,5 Mrd. € aus der Zuweisung aus dem Bundeshaushalt. Dem standen Programmausgaben in entsprechender Höhe gegenüber. Im Jahr 2014 wurden der Rücklage keine Beträge zugeführt.

Zum 31. Dezember 2014 stehen beim Finanzmarktstabilisierungsfonds FMS (SoFFin) keine Liquiditätsgarantien für Unternehmen des Finanzsektors sowie Rekapitalisierungsmaßnahmen für vier Unternehmen in Höhe von 16,8 Mrd. € aus. Unter Berücksichtigung aller laufenden beziehungsweise ausgelaufenen Transaktionen wurde die Kreditermächtigung des SoFFin per Ende September 2014 in Höhe von 25,2 Mrd. € genutzt.

Der Bund hat mit dem Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in den vergangenen Jahren für den investiven Ausbau der Kindertagesbetreuung im Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau insgesamt rund 2,7 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Von den im Jahr 2014 zur Verfügung stehenden Mitteln von rund 560 Mio. €

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2014

wurden rund 360 Mio. € verausgabt. Die verbleibenden Mittel werden in das Folgejahr übertragen. Im Jahr 2014 stellte der Bund im

Rahmen der jährlichen zusätzlichen Mittel für Betriebskosten einen Betrag von 807,5 Mio. € zur Verfügung.

**Entwicklung des Bundeshaushalts**


	Ist 2013	Soll 2014	Ist - Entwicklung <sup>1</sup> Dezember 2014
<b>Ausgaben (Mrd. €)</b>	<b>307,8</b>	<b>296,5</b>	<b>295,5</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-4,0
<b>Einnahmen (Mrd. €)</b>	<b>285,5</b>	<b>289,8</b>	<b>295,1</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+3,4
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>259,8</b>	<b>268,2</b>	<b>270,8</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+4,2
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>-22,3</b>	<b>-6,7</b>	<b>-0,3</b>
Finanzierung durch:	<b>22,3</b>	<b>6,7</b>	<b>0,3</b>
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	0,0
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	0,3
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo <sup>2</sup> (Mrd. €)	22,1	6,5	0,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

<sup>2</sup>(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.


 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2014

## Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2013		Soll 2014		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember 2013	Januar bis Dezember 2014	
					in Mio. €		
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>72 647</b>	<b>23,6</b>	<b>69 602</b>	<b>22,6</b>	<b>72 647</b>	<b>69 720</b>	<b>-4,0</b>
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6 324	2,1	5 899	6 380	+8,1
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	32 269	32 594	+1,0
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 949	4,5	13 205	13 738	+4,0
Finanzverwaltung	3 865	1,3	4 004	1,3	3 865	3 932	+1,7
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>18 684</b>	<b>6,1</b>	<b>19 304</b>	<b>6,3</b>	<b>18 684</b>	<b>18 822</b>	<b>+0,7</b>
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 708	0,9	2 686	2 635	-1,9
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 598	3,4	10 150	10 214	+0,6
<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>145 706</b>	<b>47,3</b>	<b>147 876</b>	<b>48,0</b>	<b>145 706</b>	<b>148 783</b>	<b>+2,1</b>
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 691	32,4	98 701	99 489	+0,8
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 400	10,2	32 680	32 510	-0,5
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 200	6,2	19 484	19 725	+1,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	4 685	4 162	-11,2
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 548	2,1	7 343	2,4	6 548	7 396	+13,0
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 300	0,7	2 340	2 175	-7,1
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 633</b>	<b>0,5</b>	<b>2 008</b>	<b>0,7</b>	<b>1 633</b>	<b>1 889</b>	<b>+15,7</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 304</b>	<b>0,7</b>	<b>2 192</b>	<b>0,7</b>	<b>2 304</b>	<b>2 010</b>	<b>-12,8</b>
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 680	0,5	1 660	1 530	-7,9
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>904</b>	<b>0,3</b>	<b>960</b>	<b>0,3</b>	<b>904</b>	<b>862</b>	<b>-4,6</b>
<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>3 900</b>	<b>1,3</b>	<b>4 180</b>	<b>1,4</b>	<b>3 900</b>	<b>4 076</b>	<b>+4,5</b>
regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	796	710	-10,9
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 492	1 580	+5,9
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>16 406</b>	<b>5,3</b>	<b>16 421</b>	<b>5,3</b>	<b>16 406</b>	<b>15 993</b>	<b>-2,5</b>
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	7 399	7 852	+6,1
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 553	1,5	4 597	4 274	-7,0
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>46 017</b>	<b>14,9</b>	<b>33 957</b>	<b>11,0</b>	<b>46 017</b>	<b>33 718</b>	<b>-26,7</b>
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,0	31 302	25 916	-17,2
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>307 843</b>	<b>100,0</b>	<b>296 500</b>	<b>96,3</b>	<b>307 843</b>	<b>295 486</b>	<b>-4,0</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage


Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2014

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2013		Soll 2014		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember 2013	Januar bis Dezember 2014	
					in Mio. €		
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>274 366</b>	<b>89,1</b>	<b>268 544</b>	<b>90,6</b>	<b>274 366</b>	<b>266 210</b>	<b>-3,0</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>28 575</b>	<b>9,3</b>	<b>28 907</b>	<b>9,7</b>	<b>28 575</b>	<b>29 209</b>	<b>+2,2</b>
Aktivbezüge	20 938	6,8	21 119	7,1	20 938	21 280	+1,6
Versorgung	7 637	2,5	7 788	2,6	7 637	7 928	+3,8
<b>laufender Sachaufwand</b>	<b>23 152</b>	<b>7,5</b>	<b>24 196</b>	<b>8,2</b>	<b>23 152</b>	<b>23 174</b>	<b>+0,1</b>
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 289	0,4	1 453	1 352	-7,0
militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 989	3,4	8 550	8 814	+3,1
sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	12 918	4,4	13 148	13 008	-1,1
<b>Zinsausgaben</b>	<b>31 302</b>	<b>10,2</b>	<b>27 618</b>	<b>9,3</b>	<b>31 302</b>	<b>25 916</b>	<b>-17,2</b>
<b>laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>190 781</b>	<b>62,0</b>	<b>187 196</b>	<b>63,1</b>	<b>190 781</b>	<b>187 308</b>	<b>-1,8</b>
an Verwaltungen	27 273	8,9	20 718	7,0	27 273	21 108	-22,6
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 478	56,1	163 508	166 200	+1,6
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26 707	9,0	25 024	25 517	+2,0
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 471	9,3	27 055	28 029	+3,6
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104 320	35,2	103 693	104 719	+1,0
<b>sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>555</b>	<b>0,2</b>	<b>628</b>	<b>0,2</b>	<b>555</b>	<b>604</b>	<b>+8,8</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>33 477</b>	<b>10,9</b>	<b>29 853</b>	<b>10,1</b>	<b>33 477</b>	<b>29 275</b>	<b>-12,6</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>25 582</b>	<b>8,3</b>	<b>22 044</b>	<b>7,4</b>	<b>25 582</b>	<b>21 411</b>	<b>-16,3</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	14 772	4,8	16 264	5,5	14 772	15 971	+8,1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 294	0,4	2 032	1 024	-49,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	8 778	4 416	-49,7
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 895</b>	<b>2,6</b>	<b>7 809</b>	<b>2,6</b>	<b>7 895</b>	<b>7 865</b>	<b>-0,4</b>
Baumaßnahmen	6 264	2,0	6 273	2,1	6 264	6 419	+2,5
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	996	0,3	1 020	983	-3,6
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	611	463	-24,2
<b>Globalansätze</b>	-	X	<b>-1 897</b>	<b>-0,6</b>	-	-	X
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>307 843</b>	<b>100,0</b>	<b>296 500</b>	<b>100,0</b>	<b>307 843</b>	<b>295 486</b>	<b>-4,0</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2014

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2013		Soll 2014		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember 2013	Januar bis Dezember 2014	
					in Mio. €	in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>259 807</b>	<b>91,0</b>	<b>268 197</b>	<b>92,6</b>	<b>259 807</b>	<b>270 774</b>	<b>+4,2</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	220 890	76,2	213 199	222 376	+4,3
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111 310	38,4	107 340	112 976	+5,3
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	71 273	24,6	67 174	71 420	+6,3
veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	19 316	6,7	17 969	19 385	+7,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	8 000	2,8	8 631	8 712	+0,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 696	1,3	3 812	3 437	-9,8
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	9 025	3,1	9 754	10 022	+2,7
Steuern vom Umsatz	104 283	36,5	107 951	37,3	104 283	107 796	+3,4
Gewerbsteuerumlage	1 575	0,6	1 629	0,6	1 575	1 603	+1,8
Energiesteuer	39 364	13,8	39 450	13,6	39 364	39 758	+1,0
Tabaksteuer	13 820	4,8	14 300	4,9	13 820	14 612	+5,7
Solidaritätszuschlag	14 378	5,0	14 900	5,1	14 378	15 047	+4,7
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 950	4,1	11 553	12 046	+4,3
Stromsteuer	7 009	2,5	6 850	2,4	7 009	6 638	-5,3
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 400	2,9	8 490	8 501	+0,1
Kernbrennstoffsteuer	1 285	0,5	1 300	0,4	1 285	708	-44,9
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 062	0,7	2 104	2 061	-2,0
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 040	0,4	1 021	1 016	-0,5
Luftverkehrssteuer	978	0,3	980	0,3	978	990	+1,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 450	-3,6	-10 792	-10 681	-1,0
BNE-Eigenmittel der EU	-24 787	-8,7	-23 480	-8,1	-24 787	-22 419	-9,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-2 083	-4 015	+92,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-7 191	-7 299	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-8 992	-8 992	+0,0
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>25 645</b>	<b>9,0</b>	<b>21 585</b>	<b>7,4</b>	<b>25 645</b>	<b>24 373</b>	<b>-5,0</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 886	1,7	6 847	2,4	4 886	6 913	+41,5
Zinseinnahmen	191	0,1	245	0,1	191	237	+24,1
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 978	2,1	2 380	0,8	5 978	2 809	-53,0
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>285 452</b>	<b>100,0</b>	<b>289 782</b>	<b>100,0</b>	<b>285 452</b>	<b>295 147</b>	<b>+3,4</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014

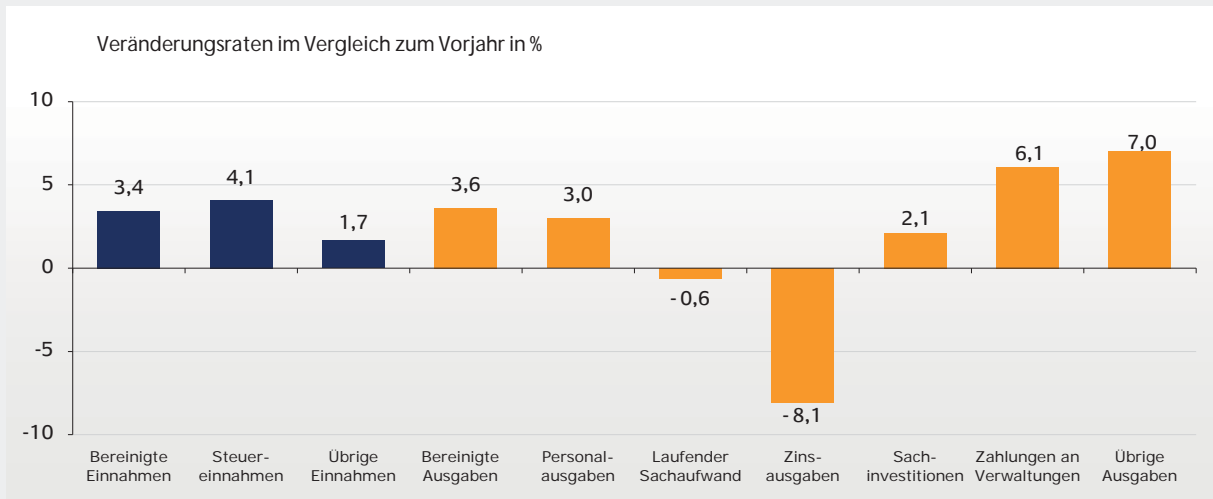
## Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014

Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich November 2014 vor.

Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,4 %, während sich die Ausgaben um 3,6 % erhöhten.

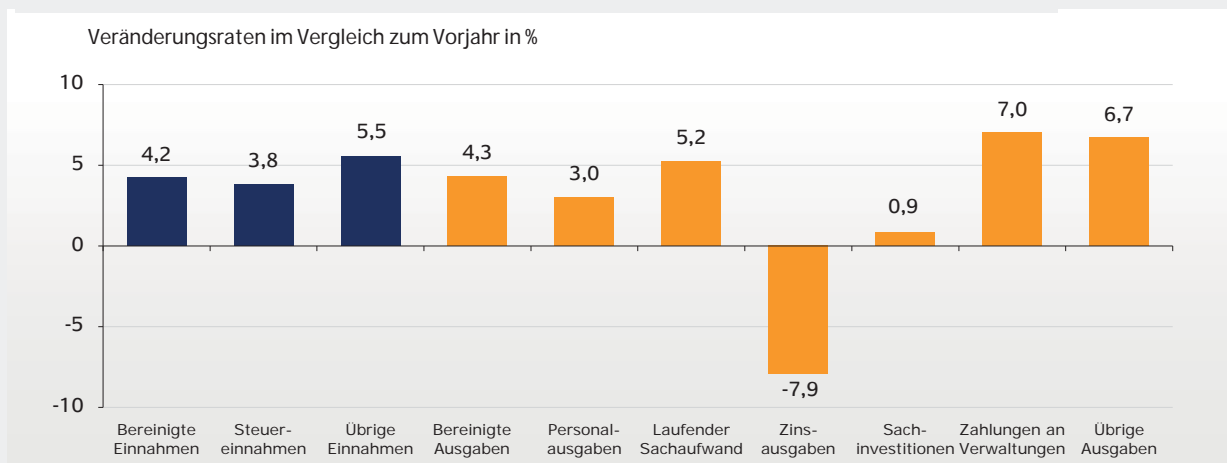
Die Steuereinnahmen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 % zu. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug Ende November - 9,4 Mrd. € und lag damit 0,8 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Derzeit planen die Länder für das Haushaltsjahr 2014 ein Defizit von - 11,0 Mrd. €.

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014, Flächenländer (West)

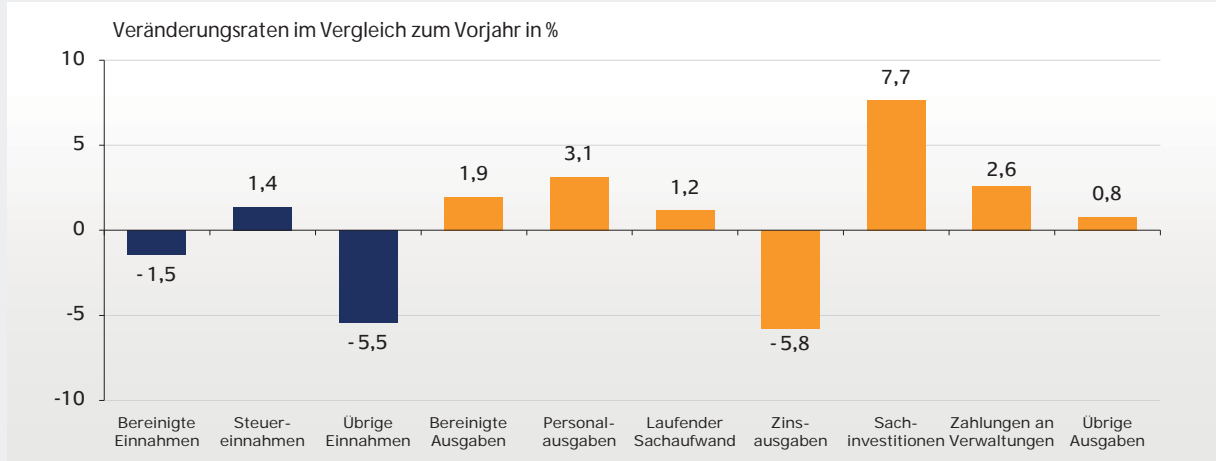


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

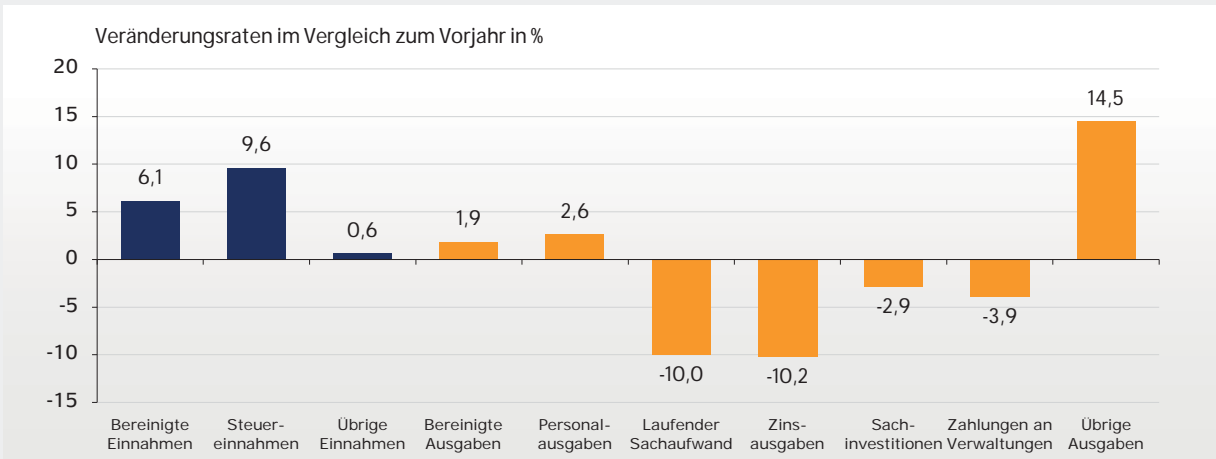
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014

**Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014, Flächenländer (Ost)**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014, Stadtstaaten**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Dezember durchschnittlich 1,30 % (1,50 % im November).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Dezember 0,54 % (0,70 % Ende November).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Dezember auf 0,08 % (0,08 % Ende November).

Der Rat der Europäischen Zentralbank beschloss in seiner Sitzung am 22. Januar 2015, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und

den Zinssatz für die Einlagefazilität bei -0,20 % zu belassen.

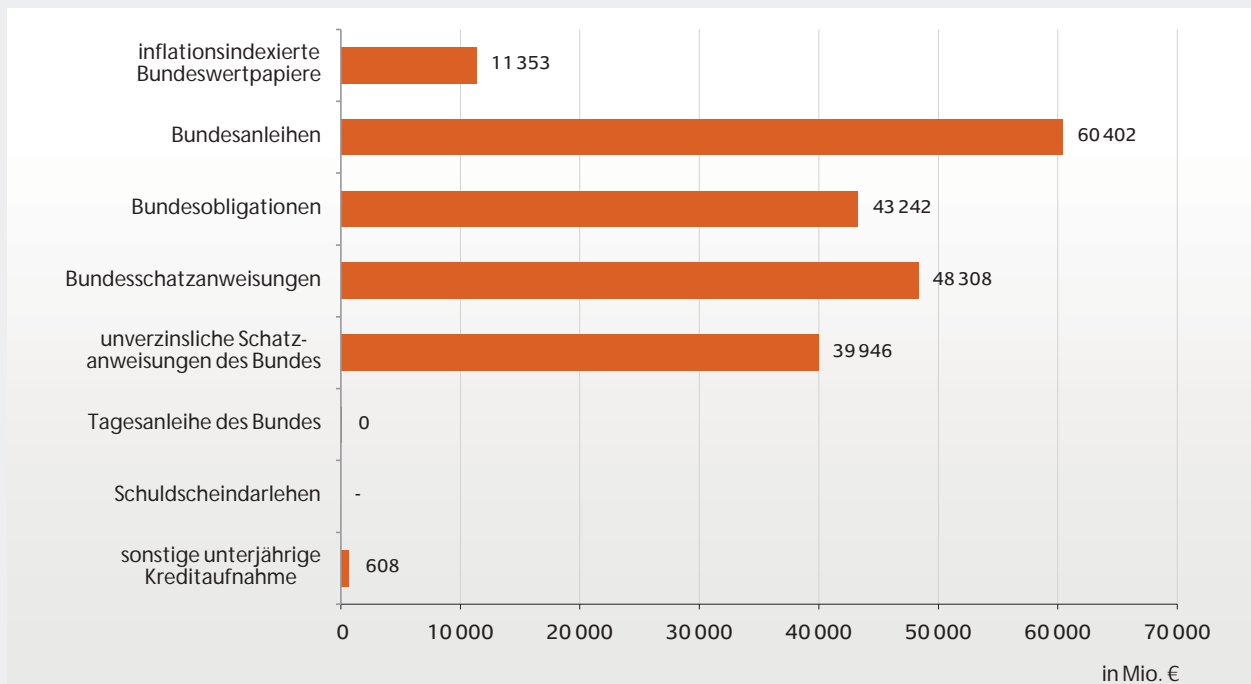
Der deutsche Aktienindex betrug 9 806 Punkte am 30. Dezember (9 981 Punkte am 28. November). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 251 Punkten am 28. November auf 3 136 Punkte am 30. Dezember.

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im November bei 3,1 % nach 2,5 % im Oktober und 2,5 % im September.

Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von September bis November 2014 bei 2,7 %, verglichen mit 2,3 % in der Zeit von August bis Oktober 2014.

Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis November 2014<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bruttoemissionen ohne Rückhaltsquote und Aufbau von Eigenbeständen.  
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 1137 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat November auf - 1,4 % (- 1,6 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,47 % im November gegenüber 1,23 % im Oktober.

**Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders**

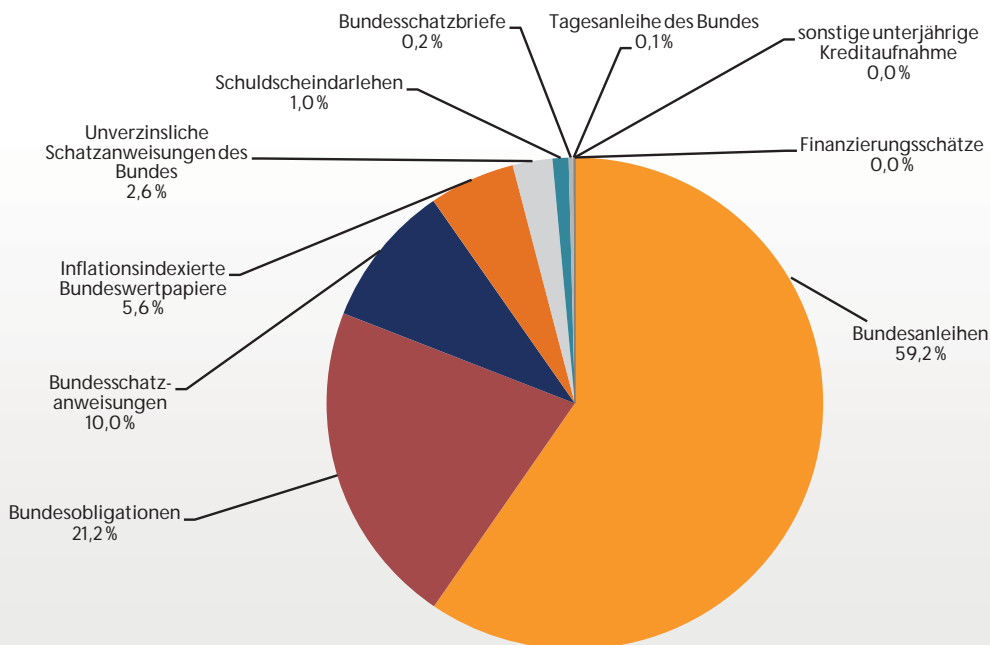
Von Januar bis November 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen insgesamt 203,9 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 194,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 11,0 Mrd. € emittiert, am Sekundärmarkt Bundes-

wertpapiere in Höhe von 1,7 Mrd. € gekauft und 0,6 Mrd. € sonstige Kreditaufnahme getätigt. Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 220,0 Mrd. € (davon 193,6 Mrd. € Tilgungen und 26,4 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 16,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 200,4 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushaltes und von 3,2 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und 0,3 Mrd. € für die Finanzierung des Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

**Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. November 2014**



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1167,8 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 48,4 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014**  
in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
inflationsexponierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	25,0	-	-	-	-	-	49,0
Bundessobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-	17,0	-	-	36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	-	45,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	3,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	-	60,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	-	1,8
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,0
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	0,2
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0	-	0,1	-	-	-	0,0	-	-	0,1
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-	-	0,1	-	-	0,4	-	-	-	1,5
sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-0,0
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen</b>	<b>31,2</b>	<b>7,2</b>	<b>22,1</b>	<b>25,2</b>	<b>6,1</b>	<b>18,3</b>	<b>30,2</b>	<b>5,2</b>	<b>20,7</b>	<b>22,3</b>	<b>5,2</b>	-	<b>193,6</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014**  
in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	9,5	1,1	-0,1	2,4	0,1	0,2	11,1	0,2	1,0	0,9	-0,1	-	26,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014**  
**Kapitalmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	1. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	8. Oktober 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137479 WKN 113747	Aufstockung	15. Oktober 2014	2 Jahre/fällig 16. September 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. September 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	22. Oktober 2014	30 Jahre/fällig 15. Mai 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	29. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	5. November 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN113748	Neuemission	12. November 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Aufstockung	26. November 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Aufstockung	3. Dezember 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN113748	Aufstockung	10. Dezember 2014	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
<b>4. Quartal 2014 insgesamt</b>				<b>39 Mrd. €</b>	<b>39 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014  
Geldmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119345 WKN 111934	Neuemission	13. Oktober 2014	6 Monate/fällig 15. April 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119352 WKN 111935	Neuemission	27. Oktober 2014	12 Monate/fällig 28. Oktober 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
<b>4. Quartal 2014 insgesamt</b>				<b>4 Mrd. €</b>	<b>4 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2014  
Sonstiges**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau)	Volumen <sup>1</sup> Ist
inflationsexponierte Bundeswertpapiere insgesamt 2014	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag im Monat außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
<b>davon im 4. Quartal</b>					
inflationsexponierte Bundesanleihe ISIN DE0001030542 WKN 1030541	Aufstockung	14. Oktober 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	1 Mrd. €	1 Mrd. €
inflationsexponierte Bundesanleihe ISIN DE000103559 WKN 103055	Aufstockung	11. November 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2015	1 Mrd. €	1 Mrd. €

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.



**Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage**

Termine, Publikationen

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

9./10. Februar 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Istanbul
12./13. Februar 2015	Europäischer Rat in Brüssel
16./17. Februar 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
9./10. März 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
16./17. März 2015	Deutsch-Chinesischer Finanzdialog in Berlin
19./20. März 2015	Europäischer Rat in Brüssel
31. März 2015	Deutsch-Französischer Ministerrat
17. April 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
17./19. April 2015	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
24./25. April 2015	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Riga
27. April 2015	Deutsch-Polnische Regierungskonsultationen in Warschau
11./12. Mai 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. - 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
Juli 2015	Kabinettsbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Termine, Publikationen

### Veröffentlichungskalender<sup>1</sup> der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Februar 2015	Januar 2015	20. Februar 2015
März 2015	Februar 2015	24. März 2015
April 2015	März 2015	23. April 2015
Mai 2015	April 2015	22. Mai 2015
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

<sup>1</sup>Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS)(siehe <http://dsbb.imf.org>).

### Publikationen des BMF

**Das BMF hat folgende Publikation neu herausgegeben:**

Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF „Öffentlich-rechtliche Medien – Aufgaben und Finanzierung“

**Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:**

Bundesministerium der Finanzen  
 Wilhelmstraße 97  
 10117 Berlin  
 broschueren@bmf.bund.de

**Zentraler Bestellservice:**

Telefon: 03018 272 2721  
 Telefax: 03018 10 272 2721

**Internet:**

<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
<http://www.bmf.bund.de>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Statistiken und Dokumentationen


<b>Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung</b> .....	<b>67</b>
1 Kreditmarktmittel .....	67
2 Gewährleistungen .....	68
3 Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	69
4 Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	71
5 Bundeshaushalt 2010 bis 2015.....	73
6 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015.....	74
7 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015 .....	76
8 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015.....	80
9 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts .....	82
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	84
11 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	86
12 Entwicklung der Staatsquote .....	87
13a Schulden der öffentlichen Haushalte.....	88
13b Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik .....	90
14 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte.....	91
15 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	92
16 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	93
17 Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	94
18 Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	95
19 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	96
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014 .....	97
 <b>Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte</b> .....	 <b>98</b>
Abb. 1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014 .....	98
1 Die Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014....	98
2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2014 .....	99
3 Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2014 .....	101

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

<b>Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....</b>	<b>105</b>
1 Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten .....	106
2 Produktionspotenzial und -lücken .....	107
3 Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum.....	108
4 Bruttoinlandsprodukt.....	109
5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt .....	111
6 Kapitalstock und Investitionen .....	115
7 Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität .....	116
8 Preise und Löhne.....	117
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>119</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	119
2 Preisentwicklung.....	120
3 Außenwirtschaft .....	121
4 Einkommensverteilung.....	122
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich.....	123
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich.....	124
7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich.....	125
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern.....	126
9 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	127
10 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote .....	128
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo .....	132

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel  
in Mio. €

	Stand: 31. Oktober 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. November 2014
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>				
inflationsexponierte Bundeswertpapiere	64 000	1 000	-	65 000
Bundesanleihen	687 405	4 000	-	691 405
Bundesschatzbriefe	2 838	-	151	2 686
Bundesschatzanweisungen	112 000	5 000	-	117 000
unverzinsliche Schatzanweisungen	34 989	-	4 996	29 993
Finanzierungsschätze	2	-	1	1
Tagesanleihe	1 205	0	10	1 195
Schuldscheindarlehen	12 101	-	-	12 101
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	395	-	-	395
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 158 934</b>			<b>1 167 776</b>
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	194 120			189 068
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	368 692			373 694
langfristig (mehr als 4 Jahre)	596 122			605 013
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>1 158 934</b>			<b>1 167 776</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

<sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.


Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	Belegung
		am 31. Dezember 2014	am 31. Dezember 2013
in Mrd. €			
Ausfuhren	165,0	138,9	133,8
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	65,0	45,5	42,4
FZ-Vorhaben	16,7	9,7	6,4
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	106,6	108,5
internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,2
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Operations – Haushalt Bund**

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
	in Mio. €/€ m					
<b>2014</b> Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534
<b>2013</b> Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
<b>2012</b> Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250




Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2011</b> Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861
<b>2010</b> Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14 368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74 930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	-653	-115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14 862	-137	-9 118



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt – Schulden Bund**

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
<b>2014</b> Dezember	-	-	-	-	-	458
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-	-
Oktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934	-	-
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459	-
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-	-
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-	-
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452	-
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-	-
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	-
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449	-
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	-
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-	-
<b>2013</b> Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443	-
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	-	-
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-	-
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	-
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	-
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	-
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	-
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-	-
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-	-
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	-
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	-
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-	-
<b>2012</b> Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	-
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	-
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	-
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	-
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	-
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	-
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	-
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	-
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	-
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	-
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	-
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	-

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt - Schulden Bund**

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)		Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
<b>2011</b> Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378	
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-	
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-	
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376	
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-	
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-	
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361	
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-	
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-	
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348	
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-	
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-	
<b>2010</b> Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343	
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-	
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-	
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336	
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-	
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-	
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335	
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-	
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-	
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311	
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-	
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-	

<sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung


**Tabelle 5: Bundeshaushalt 2010 bis 2015**  
 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
	in Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>303,7</b>	<b>296,2</b>	<b>306,8</b>	<b>307,8</b>	<b>295,5</b>	<b>299,1</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 3,9	- 2,4	+ 3,6	+ 0,3	- 4,0	+ 1,2
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>259,3</b>	<b>278,5</b>	<b>284,0</b>	<b>285,5</b>	<b>295,1</b>	<b>298,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,6	+ 7,4	+ 2,0	+ 0,5	+ 3,4	+ 1,2
darunter :						
Steuereinnahmen	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	277,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 0,7	+ 9,7	+ 3,2	+ 1,5	+ 4,2	+ 2,5
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>-44,4</b>	<b>-17,7</b>	<b>-22,8</b>	<b>-22,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
in % der Ausgaben	14,6	6,0	7,4	7,3	0,1	0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>2</sup> (-)</b>	<b>288,2</b>	<b>274,2</b>	<b>245,2</b>	<b>238,6</b>	<b>201,8</b>	<b>191,8</b>
<b>5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>5,0</b>	<b>3,1</b>	<b>9,9</b>	<b>7,9</b>	<b>-1,5</b>	<b>-3,3</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>239,2</b>	<b>260,0</b>	<b>232,6</b>	<b>224,4</b>	<b>200,3</b>	<b>188,5</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>-44,0</b>	<b>17,3</b>	<b>22,5</b>	<b>22,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
nachrichtlich :						
investive Ausgaben	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 3,8	- 2,7	+ 43,0	- 7,8	- 12,6	- 9,5
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> Gemäß § 13 Absatz 4 Nr. 3 BHO.<sup>2</sup> Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

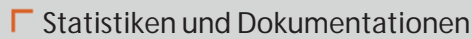
Stand: Januar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015


Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist					Soll
	in Mio. €					
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>28 196</b>	<b>27 856</b>	<b>28 046</b>	<b>28 575</b>	<b>29 209</b>	<b>29 779</b>
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 280	21 531
ziviler Bereich	9 443	9 274	9 289	9 599	9 997	11 025
militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248
ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2 619	2 699	2 832
militärischer Bereich	4 620	4 682	4 889	5 018	5 229	5 417
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>21 494</b>	<b>21 946</b>	<b>23 703</b>	<b>23 152</b>	<b>23 174</b>	<b>24 394</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	8 814	9 538
sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	13 008	13 439
<b>Zinsausgaben</b>	<b>33 108</b>	<b>32 800</b>	<b>30 487</b>	<b>31 302</b>	<b>25 916</b>	<b>25 593</b>
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	25 593
sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	25 593
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	25 874	25 551
an Ausland	8	-0	-	-	0	0
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>194 377</b>	<b>187 554</b>	<b>187 734</b>	<b>190 781</b>	<b>187 308</b>	<b>192 824</b>
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	21 108	22 802
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	14 133	15 916
Gemeinden	17	12	8	8	5	6
Sondervermögen	5 518	5 276	5 552	13 829	6 969	6 880
Zweckverbände	1	1	1	0	0	0
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 200	170 022
Unternehmen	24 212	23 882	24 225	25 024	25 517	26 420
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 665	26 718	26 307	27 055	28 029	28 770
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104 719	106 761
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 889	1 998
an Ausland	4 216	3 958	5 017	6 075	6 043	6 072
an Sonstige	3	2	2	5	5	2
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>277 175</b>	<b>270 156</b>	<b>269 971</b>	<b>273 811</b>	<b>265 607</b>	<b>272 590</b>


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015


Ausgabeart	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Ist					Soll
	in Mio. €					
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 660</b>	<b>7 175</b>	<b>7 760</b>	<b>7 895</b>	<b>7 865</b>	<b>7 832</b>
Baumaßnahmen	6 242	5 814	6 147	6 264	6 419	6 132
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	983	1 214
Gründerwerb	503	492	629	611	463	486
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>15 350</b>	<b>15 284</b>	<b>16 005</b>	<b>15 327</b>	<b>16 575</b>	<b>17 672</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 944	14 589	15 524	14 772	15 971	16 996
an Verwaltungen	5 209	5 243	5 789	4 924	4 854	4 981
Länder	5 142	5 178	5 152	4 873	4 786	4 895
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	68	86
Sondervermögen	-	-	581	-	0	1
an andere Bereiche	9 735	9 346	9 735	9 848	11 118	12 015
sonstige – Inland	6 599	6 060	6 234	6 393	5 886	7 025
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 232	4 990
sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	604	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	604	676
Unternehmen – Inland	0	260	4	7	5	30
sonstige – Inland	137	123	129	141	135	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>3 473</b>	<b>3 613</b>	<b>13 040</b>	<b>10 810</b>	<b>5 439</b>	<b>1 624</b>
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 024	1 554
an Verwaltungen	1	1	1	0	0	1
Länder	1	1	1	0	0	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553
sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	793	1 156
Ausland	1 587	1 710	1 666	1 435	230	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10 304	8 778	4 416	71
Inland	13	0	0	91	72	71
Ausland	797	788	10 304	8 687	4 343	0
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>26 483</b>	<b>26 072</b>	<b>36 804</b>	<b>34 032</b>	<b>29 879</b>	<b>27 128</b>
darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36 324	33 477	29 275	26 453
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>- 619</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>303 658</b>	<b>296 228</b>	<b>306 775</b>	<b>307 843</b>	<b>295 486</b>	<b>299 100</b>

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015


Funktion	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
in Mio. €							
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>65 882</b>	<b>60 146</b>	<b>26 422</b>	<b>19 275</b>	-	<b>14 449</b>
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	14 100	13 642	4 112	1 753	-	7 777
02	Auswärtige Angelegenheiten	10 095	5 619	564	223	-	4 832
03	Verteidigung	32 496	32 272	15 923	15 240	-	1 110
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 504	4 076	2 616	1 237	-	224
05	Rechtsschutz	477	463	302	112	-	49
06	Finanzverwaltung	4 210	4 074	2 906	711	-	457
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>20 670</b>	<b>17 172</b>	<b>530</b>	<b>1 209</b>	-	<b>15 433</b>
13	Hochschulen	4 971	3 956	12	10	-	3 934
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 499	3 494	-	237	-	3 257
15	Sonstiges Bildungswesen	326	253	11	69	-	173
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 060	8 882	507	881	-	7 495
19	Übrige Bereiche aus 1	815	587	1	13	-	573
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>153 144</b>	<b>152 493</b>	<b>224</b>	<b>263</b>	-	<b>152 006</b>
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	102 104	36	-	-	102 068
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 914	7 914	-	3	-	7 911
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 143	1 624	-	4	-	1 620
25	Arbeitsmarktpolitik	33 294	33 178	1	73	-	33 105
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	355	352	-	25	-	327
29	Übrige Bereiche aus 2	7 332	7 320	187	158	-	6 975
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>2 031</b>	<b>1 245</b>	<b>380</b>	<b>482</b>	-	<b>383</b>
31	Gesundheitswesen	615	569	221	247	-	101
32	Sport und Erholung	152	136	-	7	-	129
33	Umwelt- und Naturschutz	668	354	96	166	-	92
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	597	186	62	62	-	61
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 184</b>	<b>738</b>	-	<b>14</b>	-	<b>724</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 633	727	-	3	-	724
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	547	11	-	11	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	-	-	-	-	-
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>972</b>	<b>552</b>	<b>15</b>	<b>233</b>	-	<b>304</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	944	526	-	223	-	302
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	126	126	-	99	-	27
529	Übrige Bereiche aus 52	817	399	-	124	-	275
599	Übrige Bereiche aus 5	29	26	15	9	-	2

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach  
Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2015**

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>1 124</b>	<b>4 196</b>	<b>417</b>	<b>5 736</b>	<b>5 717</b>
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	347	112	-	458	458
02	Auswärtige Angelegenheiten	128	3 951	397	4 476	4 475
03	Verteidigung	157	47	20	225	206
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	343	85	-	428	428
05	Rechtsschutz	14	-	-	14	14
06	Finanzverwaltung	135	-	-	135	135
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>118</b>	<b>3 380</b>	<b>-</b>	<b>3 498</b>	<b>3 498</b>
13	Hochschulen	1	1 014	-	1 014	1 014
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	-	5	-	5	5
15	Sonstiges Bildungswesen	-	73	-	73	73
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	115	2 062	-	2 177	2 177
19	Übrige Bereiche aus 1	2	227	-	228	228
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>7</b>	<b>640</b>	<b>3</b>	<b>651</b>	<b>24</b>
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und ähnliches	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	517	1	519	9
25	Arbeitsmarktpolitik	-	116	-	116	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	2	12	12
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>440</b>	<b>346</b>	<b>-</b>	<b>786</b>	<b>786</b>
31	Gesundheitswesen	31	14	-	46	46
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	308	-	314	314
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	8	-	411	411
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>-</b>	<b>1 442</b>	<b>4</b>	<b>1 446</b>	<b>1 446</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	902	4	906	906
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	537	0	537	537
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	4	0	4	4
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>2</b>	<b>418</b>	<b>1</b>	<b>420</b>	<b>420</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	417	1	418	418
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	417	1	418	418
599	Übrige Bereiche aus 5	2	1	-	2	2


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 437</b>	<b>2 517</b>	<b>80</b>	<b>428</b>	-	<b>2 010</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	45	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 475	-	-	-	1 475
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	522	461	-	38	-	424
65	Handel und Tourismus	371	371	-	311	-	60
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 244	89	-	39	-	50
69	Regionale Fördermaßnahmen	619	17	-	16	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	94	93	80	13	-	-
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>16 926</b>	<b>4 294</b>	<b>1 090</b>	<b>2 093</b>	-	<b>1 111</b>
72	Straßen	7 610	1 134	-	993	-	141
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	960	563	326	-	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 961	83	-	5	-	78
75	Luftfahrt	276	225	60	24	-	142
799	Übrige Bereiche aus 7	2 159	1 892	468	745	-	679
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>32 853</b>	<b>33 433</b>	<b>1 038</b>	<b>398</b>	<b>25 593</b>	<b>6 404</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 623	5 623	-	-	-	5 623
82	Steuern und Finanzzuweisungen	819	781	-	-	-	781
83	Schulden	25 604	25 604	-	11	25 593	-
84	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	575	575	575	-	-	-
88	Globalposten	- 155	464	464	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	388	388	-	387	-	-
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>299 100</b>	<b>272 590</b>	<b>29 779</b>	<b>24 394</b>	<b>25 593</b>	<b>192 824</b>



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

Funktion	Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>2</b>	<b>768</b>	<b>1 150</b>	<b>1 920</b>	<b>1 890</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	45	-	45	45
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	26	-	26	26
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	61	-	61	61
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	5	1 150	1 155	1 155
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	602	-	602	602
699	Übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>6 139</b>	<b>6 443</b>	<b>50</b>	<b>12 632</b>	<b>12 632</b>
72	Straßen	5 044	1 433	-	6 476	6 476
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	961	-	-	961	961
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 878	-	4 878	4 878
75	Luftfahrt	1	-	50	51	51
799	Übrige Bereiche aus 7	134	133	-	267	267
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>-</b>	<b>38</b>	<b>-</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen und ähnliches	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>7 832</b>	<b>17 672</b>	<b>1 624</b>	<b>27 128</b>	<b>26 453</b>



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	
										Ist-Ergebnisse
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3	
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8	
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4	
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2	
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2	
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-	
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4	
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1	
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3	
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0	
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4	
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3	
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1	
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2	
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7	
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2	
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1	
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0	
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3	
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5	
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>2</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9	
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3	

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2015  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
									Soll
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	0,9
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	298,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	3,1
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	-0,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,9	2,2	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>1</sup>	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,6	12,5
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	25,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	2,7	-17,2	-7,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	8,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>1</sup>	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	44,7	45,7
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-7,2	11,5	-3,8	-2,7	43,1	-7,8	-12,6	-11,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	8,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>1</sup>	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	34,4	32,3
<b>Steuereinnahmen<sup>2</sup></b>	Mrd. €	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	277,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	-4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	4,2	3,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	92,9
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,3	41,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>1</sup>	%	-111,2	-38,0	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0
<b>Nachrichtlich: Schuldenstand<sup>1</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd. €	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0	.	.
darunter: Bund	Mrd. €	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3	.	.

<sup>1</sup> Stand Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.  
Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

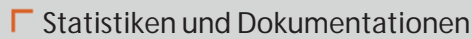
<sup>3</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	in Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	774,7	780,4
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	747,7	767,3
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	64,5	69,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	65,1	77,8
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	354,0	351,3
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	331,7	337,4
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,3
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,7
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-14,4	7,5
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-19,3	19,5
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,8	-0,8
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	4,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	7,0
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen. Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

<sup>1</sup> Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.


Stand: September 2014.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €			in %	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung


noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €		in %			
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 <sup>2</sup>	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014 <sup>2</sup>	640,9	333,2	307,7	52,0	48,0
2015 <sup>2</sup>	660,2	344,8	315,4	52,2	47,8
2016 <sup>2</sup>	683,7	360,9	322,8	52,8	47,2
2017 <sup>2</sup>	707,8	379,0	328,8	53,5	46,5
2018 <sup>2</sup>	734,6	398,3	336,3	54,2	45,8
2019 <sup>2</sup>	760,3	416,3	343,9	54,8	45,2

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>**  
 (Steuer- und Sozialbeitrags-einnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>			Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote
	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,3	22,7	16,6	38,0	22,1	15,3
2014	39,2	22,6	16,6	37½	22	15,3

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

2014: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.

<sup>3</sup> Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse. 2014: Schätzung.



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,0	28,5	17,5
1992	47,0	28,3	18,7
1993	47,8	28,5	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 <sup>4</sup>	48,1	28,1	20,0
1995	54,6	34,6	20,0
1996	48,8	28,0	20,9
1997	48,0	27,3	20,7
1998	47,6	27,1	20,6
1999	47,6	27,0	20,6
2000 <sup>5</sup>	47,1	26,5	20,6
2000	44,7	24,1	20,6
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,2	21,0
2003	47,8	26,4	21,4
2004	46,3	25,7	20,6
2005	46,1	25,9	20,2
2006	44,6	25,3	19,3
2007	42,7	24,3	18,4
2008	43,5	25,0	18,4
2009	47,4	27,1	20,4
2010	47,2	27,5	19,7
2011	44,6	25,8	18,8
2012	44,2	25,4	18,8
2013	44,3	25,4	19,0
2014	44,1	25,0	19,0

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

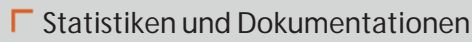
2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

2014: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabenkend.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (in Mio. €)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 749</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 364</b>	<b>1 552 371</b>	<b>1 577 881</b>	<b>1 694 368</b>
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i. w. S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i. w. S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i. w. S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i. w. S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i. w. S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 394 972	1 464 845	1 534 966	1 583 743	1 592 903	1 660 237	1 778 453
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	-
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493


 Statistiken und Dokumentationen

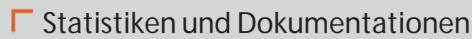
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (in Mio. €)						
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	.
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,9	4,9	5,0	4,7	4,4	4,3	4,6
Gesetzliche Sozialversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,1
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,6	66,8	66,3	63,5	64,9	72,4
	Schulden insgesamt (in €)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 217	2 268	2 298	2 390	2 510	2 558	2 457
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte**  
 Neue Systematik<sup>1</sup>

	2010	2011	2012	2013
	in Mio. €			
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>2</sup></b>	<b>2 011 677</b>	<b>2 025 438</b>	<b>2 068 289</b>	<b>2 037 956</b>
in Relation zum BIP in %	<b>80,6</b>	<b>77,6</b>	<b>77,6</b>	<b>72,5</b>
<b>Bund</b> (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapiersschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapiersschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
<b>Länder</b> (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 914
Wertpapiersschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
<b>Gemeinden</b> (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapiersschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 904
Zweckverbände <sup>3</sup> und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 215
<b>Gesetzliche Sozialversicherung</b> (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapiersschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33
<b>Schulden insgesamt (in €)</b>				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
<b>Maastricht-Schuldenstand</b>	<b>2 067 441</b>	<b>2 095 625</b>	<b>2 173 639</b>	<b>2 159 468</b>
in Relation zum BIP in %	<b>80,3</b>	<b>77,6</b>	<b>79,0</b>	<b>76,9</b>
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner (30. Juni)	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

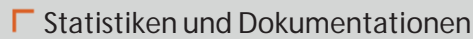
<sup>1</sup> Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

<sup>2</sup> Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

<sup>3</sup> Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

<sup>4</sup> Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	in Mrd. €			in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 <sup>4</sup>	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13,0	-0,5
2014	11,9	8,6	3,4	0,4	0,3	0,1	-5	0

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).


2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

2014: Erstes vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.

<sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

2014: Schätzung; bis 2011: Rechnungsergebnisse; 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandaanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	1995	2000 <sup>2</sup>	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<b>Deutschland</b>	<b>-9,3</b>	<b>1,0</b>	<b>-3,3</b>	<b>-4,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,0	-2,8	-2,8
Estland	-	-	-	0,2	-0,3	-0,5	-0,4	-0,6	-0,5
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,4	-2,9	-2,6	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,9	-4,1	-4,4	-4,5	-4,7
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,6	-12,2	-1,6	-0,1	1,3
Irland	-2,2	4,8	1,6	-32,4	-8,0	-5,7	-3,7	-2,9	-3,0
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,8	-3,0	-2,7	-2,2
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,8	-0,9	-1,1	-1,2	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,6	0,1	0,6	0,2	-0,4	-0,6
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,7	-2,7	-2,5	-2,6	-2,0
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8
Österreich	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-2,3	-1,5	-2,9	-1,8	-1,1
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,5	-4,9	-4,9	-3,3	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-3,7	-14,6	-4,4	-2,9	-2,7
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,6	-4,6	-3,9
Zypern	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,6	-2,4	-2,1
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,5	-1,2	-3,6	-3,7	-3,8
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,9	-0,7	-1,0	-2,3	-2,0
Kroatien	-	-	-3,7	-6,0	-5,6	-5,2	-5,6	-5,5	-5,6
Litauen	-	-	-0,5	-6,9	-3,2	-2,6	-1,2	-1,4	-0,8
Polen	-	-	-	-7,6	-3,7	-4,0	-3,4	-2,9	-2,8
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-3,0	-2,2	-2,1	-2,8	-2,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,3	-2,4	-1,8	-1,2
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,4	-2,1	-1,7
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,4	-2,9	-2,8	-2,5
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-8,3	-5,8	-5,4	-4,4	-3,4
EU	-	-	-	-6,4	-4,2	-3,2	-3,0	-2,7	-2,3
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,3	-3,9
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,8	-7,5	-6,4	-5,4

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

<sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen


Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>54,6</b>	<b>58,7</b>	<b>66,8</b>	<b>80,3</b>	<b>79,0</b>	<b>76,9</b>	<b>74,5</b>	<b>72,4</b>	<b>69,6</b>
Belgien	131,1	109,1	94,8	99,6	104,0	104,5	105,8	107,3	107,8
Estland	8,2	5,1	4,5	6,5	9,7	10,1	9,9	9,6	9,5
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	53,0	56,0	59,8	61,7	62,4
Frankreich	55,5	58,4	67,0	81,5	89,2	92,2	95,5	98,0	99,8
Griechenland	93,2	99,6	106,8	146,0	156,9	174,9	175,5	168,8	157,8
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,3	110,5	109,4	106,0
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	122,2	127,9	132,2	133,8	132,7
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,3	36,6	35,1
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,4	23,6	23,0	24,3	25,4
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,9	69,8	71,0	71,0	69,8
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	69,7	70,3	69,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,7	81,2	87,0	86,1	84,0
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	124,8	128,0	127,7	125,1	123,7
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	52,1	54,6	54,1	54,9	54,7
Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	53,4	70,4	82,2	82,9	80,6
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	98,1	101,2	102,1
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	115,2	111,6
Euroraum	70,6	67,9	69,1	83,8	90,8	93,1	94,5	94,8	93,8
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	25,3	26,8	30,2
Dänemark	71,3	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	44,1	45,1	45,6
Kroatien	-	-	38,6	52,8	64,4	75,7	81,7	84,9	89,0
Litauen	11,5	23,6	18,3	36,3	39,9	39,0	41,3	41,6	41,3
Polen	48,4	36,4	46,6	53,6	54,4	55,7	49,1	50,2	50,1
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	37,9	39,4	40,4	41,1
Schweden	69,9	51,3	48,2	36,7	36,4	38,6	40,3	40,1	39,4
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,5	45,7	44,4	44,7	45,2
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	76,9	76,4	75,2
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,5	76,4	85,5	87,2	89,0	89,5	89,9
EU	-	-	61,8	78,4	85,0	87,1	88,1	88,3	87,6
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	105,1	104,6	104,4
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	237,3	244,0	246,1	248,0	248,8

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.  
Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>


Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>23,1</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,1</b>	<b>22,1</b>	<b>22,4</b>	<b>22,2</b>	<b>21,3</b>	<b>21,9</b>	<b>22,5</b>	<b>22,7</b>
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.



 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,6</b>	<b>34,3</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>36,3</b>	<b>34,9</b>	<b>35,3</b>	<b>36,1</b>	<b>35,0</b>	<b>35,7</b>	<b>36,5</b>	<b>36,7</b>
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.



Übersichten zur Finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>54,6</b>	<b>44,7</b>	<b>46,1</b>	<b>44,6</b>	<b>42,7</b>	<b>43,5</b>	<b>47,4</b>	<b>47,2</b>	<b>44,6</b>	<b>44,2</b>	<b>44,3</b>	<b>44,3</b>	<b>44,6</b>	<b>44,3</b>
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,2	54,8	54,4	53,8	53,4	53,3
Estland	–	–	–	–	–	–	–	40,4	38,0	39,7	38,9	38,9	39,5	39,4
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,3	57,8	58,9	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,7	57,1	57,9	58,1	57,8
Griechenland	–	–	–	44,8	46,8	50,5	54,0	52,1	53,7	53,8	59,2	48,5	45,9	43,5
Irland	40,9	31,1	33,5	34,1	36,0	42,0	47,6	66,1	46,1	42,2	40,5	38,7	36,8	36,3
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,4	50,5	50,8	50,4	49,7
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,2	38,9	36,6	35,7	35,4	34,9	34,0
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,0	43,9	42,3	43,4	43,8	44,0	44,0	43,7
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,7	42,5	43,5	44,2	43,3
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	47,3	46,8	46,2
Österreich	54,9	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,9	51,0	50,9	52,8	51,9	51,3
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,5	47,7	47,1
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,4	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	40,9	40,5	39,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,2	49,8	48,1	59,7	49,6	47,4	46,6
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,9	43,1	42,1
Zypern	30,9	34,3	39,5	39,0	38,0	38,7	42,5	42,5	42,8	42,1	41,4	42,1	41,5	39,9
Bulgarien	41,3	40,3	37,1	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	40,9	41,2	41,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,9	58,8	56,7	57,0	56,1	54,8
Kroatien	–	–	45,0	44,9	44,7	44,3	47,2	46,8	48,2	46,9	47,0	48,1	48,5	48,7
Litauen	–	–	34,1	34,3	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	35,8	34,8	34,2
Polen	–	–	–	–	–	–	–	45,9	43,9	42,9	42,2	41,6	41,5	41,1
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,2	36,4	35,1	35,2	35,1	35,1
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,2	52,9	52,5	52,1
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,5	43,8	42,0	41,7	42,4	41,7
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,7	49,9	48,7	49,7	50,2	49,2	46,4
Vereinigtes Königreich	41,9	37,9	42,5	42,7	42,6	46,2	49,3	48,3	46,5	46,7	45,3	43,9	42,8	41,8
Euroraum <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	50,4	49,0	49,4	49,4	49,3	49,0	48,5
EU-28	–	–	–	–	–	–	–	49,9	48,5	48,9	48,5	48,2	47,8	47,1
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,6	38,5	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,6	42,5	42,0	41,6

<sup>1</sup> Einschließlich Litauen.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2014.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

1	EU-Haushalt 2013				EU-Haushalt 2014			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
2	3	4	5	6	7	8	9	
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>151 718,0</b>	<b>100,0</b>	<b>144 465,6</b>	<b>100,0</b>	<b>142 640,5</b>	<b>100,0</b>	<b>135 504,6</b>	<b>100,0</b>

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.  
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	-22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	-749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	-25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	-46,4	-46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>-6,0</b>	<b>-6,2</b>	<b>-9 077,6</b>	<b>-8 961,0</b>

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.  
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

Statistiken und Dokumentationen

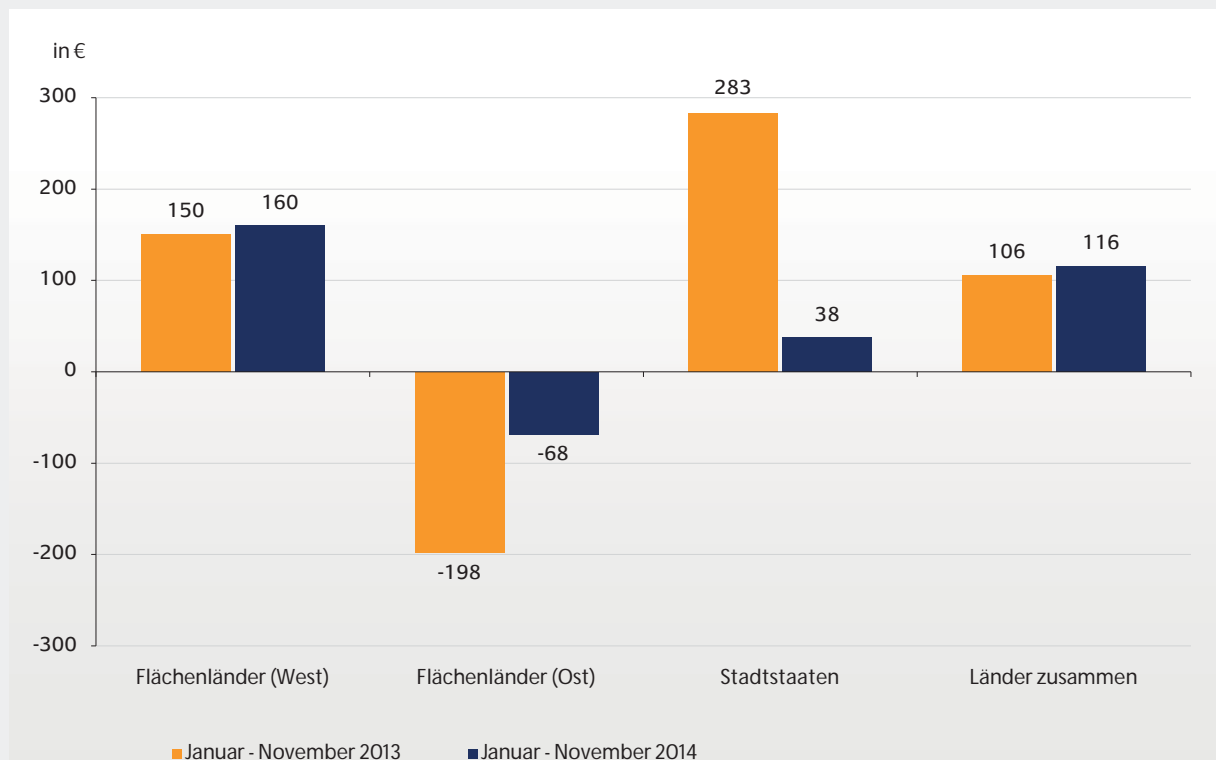
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

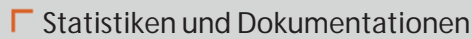
# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>222 514</b>	<b>200 474</b>	<b>53 205</b>	<b>48 011</b>	<b>38 475</b>	<b>36 091</b>	<b>307 461</b>	<b>277 979</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	174 054	153 483	31 099	28 937	24 635	22 873	229 788	205 292
übrige Einnahmen	48 461	46 991	22 105	19 074	13 841	13 218	77 674	72 687
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>231 656</b>	<b>210 470</b>	<b>54 119</b>	<b>47 157</b>	<b>39 383</b>	<b>36 310</b>	<b>318 425</b>	<b>287 341</b>
darunter:								
Personalausgaben	90 390	83 371	13 471	12 182	11 547	11 743	115 408	107 296
laufender Sachaufwand	15 114	13 238	3 907	3 428	8 806	7 649	27 826	24 315
Zinsausgaben	12 034	10 353	2 445	1 977	3 734	2 908	18 213	15 237
Sachinvestitionen	4 436	3 042	1 739	1 310	909	557	7 084	4 909
Zahlungen an Verwaltungen	68 865	61 333	19 018	17 090	818	824	81 968	72 650
übrige Ausgaben	40 817	39 132	13 539	11 172	13 569	12 630	67 925	62 934
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-9 142</b>	<b>-9 996</b>	<b>-914</b>	<b>854</b>	<b>- 898</b>	<b>- 219</b>	<b>-10 954</b>	<b>-9 361</b>

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014





Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		November 2013			Oktober 2014			November 2014		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>223 768</b>	<b>245 476</b>	<b>452 276</b>	<b>208 955</b>	<b>232 297</b>	<b>425 827</b>	<b>229 707</b>	<b>252 267</b>	<b>464 550</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	219 403	235 449	454 852	206 243	223 989	430 233	226 762	242 775	469 537
111	Steuereinnahmen	203 582	180 638	384 219	190 101	173 096	363 197	208 649	187 128	395 777
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 051	44 922	46 973	2 032	42 892	44 924	2 280	46 472	48 752
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 267	2 267	-	2 552	2 552	-	2 552	2 552
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	4 365	10 027	14 391	2 711	8 308	11 019	2 945	9 492	12 437
121	Veräußerungserlöse	2 429	237	2 666	1 100	796	1 896	1 158	811	1 969
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 280	70	2 350	886	675	1 561	930	676	1 607
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	478	5 748	6 226	387	4 261	4 648	381	5 256	5 637
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>260 699</b>	<b>250 310</b>	<b>494 041</b>	<b>227 810</b>	<b>233 741</b>	<b>446 125</b>	<b>251 113</b>	<b>259 562</b>	<b>493 251</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	238 317	229 334	467 651	208 174	214 149	422 323	228 459	237 351	465 810
211	Personalausgaben	24 414	93 143	117 557	22 430	86 720	109 150	24 943	96 029	120 972
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 202	27 964	35 165	6 755	26 668	33 423	7 480	29 535	37 015
212	Laufender Sachaufwand	16 152	21 925	38 077	14 230	19 544	33 773	16 147	21 930	38 077
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	9 739	14 109	23 848	8 629	13 170	21 798	9 692	14 772	24 464
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	30 202	15 550	45 752	24 087	13 080	37 167	24 816	14 256	39 072
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	23 496	56 188	79 685	14 748	55 038	69 785	16 641	60 500	77 141
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	- 195	- 195	-	73	73	-	170	170
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	52 468	52 473	5	51 042	51 046	5	56 109	56 114
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	22 382	20 976	43 357	19 636	19 591	39 227	22 654	22 212	44 866
221	Sachinvestitionen	5 315	4 081	9 396	4 736	3 637	8 372	5 620	4 236	9 855
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 705	7 213	10 918	2 892	6 551	9 442	3 712	7 463	11 174
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	21 903	20 395	42 298	19 120	19 074	38 194	22 128	21 672	43 800

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen


Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		November 2013			Oktober 2014			November 2014		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-41 873 <sup>2</sup></b>	<b>-8 546</b>	<b>-50 419</b>	<b>-21 363 <sup>2</sup></b>	<b>-7 295</b>	<b>-28 658</b>	<b>-21 297 <sup>2</sup></b>	<b>-9 361</b>	<b>-30 658</b>
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	231 049	73 153	304 202	173 313	62 366	235 679	191 615	69 112	260 726
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	212 905	82 003	294 909	181 070	72 147	253 216	188 827	79 632	268 459
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	18 144	-8 850	9 293	-7 756	-9 781	-17 537	2 788	-10 520	-7 732
	<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-2 484	5 656	3 172	-3 167	8 140	4 974	9 465	8 846	18 311
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 272	14 272	-	15 876	15 876	-	15 632	15 632
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	2 485	-6 408	-3 924	3 172	-5 872	-2 700	-9 464	-5 282	-14 746

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.<sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

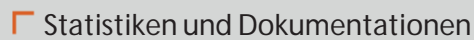


Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2014

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>37 024</b>	<b>44 796<sup>a</sup></b>	<b>9 352</b>	<b>19 730</b>	<b>6 479</b>	<b>23 852</b>	<b>51 927</b>	<b>12 685</b>	<b>3 220</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	35 869	43 227 <sup>b</sup>	8 773	19 304	6 082	22 893	50 316	12 256	3 164
111	Steuereinnahmen	27 718	34 428	5 645	15 782	3 840	17 536 <sup>4</sup>	40 257	9 031	2 334
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 378	4 463	2 501	2 442	1 966	3 152	7 283	2 452	726
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	181	-	-	44	358	112	54
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	416	-	435	230	626	220	126
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 155	1 568 <sup>c</sup>	580	427	397	959	1 611	429	56
121	Veräußerungserlöse	406	0	9	12	5	216	14	39	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	405	-	0	-	-	215	0	38	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	596	923	239	402	173	623	962	225	45
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>37 660</b>	<b>46 172<sup>d</sup></b>	<b>9 198</b>	<b>21 145</b>	<b>6 242</b>	<b>24 645</b>	<b>55 211</b>	<b>14 302</b>	<b>3 602</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	34 242	40 607 <sup>e</sup>	8 172	19 576	5 415	23 336	50 827	13 090	3 334
211	Personalausgaben	15 297	19 364	2 295	7 952	1 686	9 750 <sup>2</sup>	20 518 <sup>2</sup>	5 512	1 421
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 125	5 764	234	2 697	127	3 304	7 362	1 866	584
212	laufender Sachaufwand	1 846	3 300	556	1 613	412	1 601	3 201	1 028	173
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 666	2 588	472	1 258	350	1 271	2 328	790	149
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 557	829 <sup>a</sup>	401	1 163	270	1 456	3 292	885	450
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 438	12 758	3 358	5 625	2 061	6 589	14 255	3 734	560
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	2 398	4 415	-	1 307	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 958	8 183	2 872	4 148	1 722	6 422	13 380	3 678	551
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 418	5 565 <sup>f</sup>	1 027	1 569	827	1 309	4 384	1 212	268
221	Sachinvestitionen	614	1 315	71	474	241	201	265	56	32
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 208	1 603	375	627	340	231	1 716	401	61
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 377	4 307	1 027	1 518	827	1 308	4 215	1 183	253

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte


**noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2014**

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
3	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 636</b>	<b>-1 377<sup>g</sup></b>	<b>154</b>	<b>-1 415</b>	<b>237</b>	<b>- 793</b>	<b>-3 285</b>	<b>-1 617</b>	<b>- 382</b>
<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	5 413	1 611 <sup>h</sup>	1 545	4 271	1 157	6 554	17 065	5 862	1 373
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	9 053	2 868 <sup>h</sup>	3 222	5 205	1 270	7 142	16 213	6 421	1 412
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 640	-1 257	-1 677	-934	- 113	-588	852	-559	-39
<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	3 042	-	58	-	995	34
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 275	509	16	1 427	559	1 943	2 607	2	281
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-19	0	-617	-922	810	-295	1 659	-994	-140

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.<sup>2</sup> Ohne Dezember-Bezüge.<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 1.108,8 Mio. €, b 788,8 Mio. €, c 320,0 Mio. €, d 1.394,5 Mio. €, e 301,9 Mio. €, f 1.092,6 Mio. €, g -285,7 Mio. €, h 92,0 Mio. €.<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsöckel) in Höhe von 2,9 Mio. €.





Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2014

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>15 358</b>	<b>8 737</b>	<b>8 594</b>	<b>8 084</b>	<b>21 135</b>	<b>4 143</b>	<b>10 845</b>	<b>277 979</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	14 081	8 306	8 388	7 684	20 352	4 040	10 697	267 448
111	Steuereinnahmen	9 313	5 094	6 399	5 044	11 829	2 252	8 791	205 292
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 150	2 713	1 461	2 322	6 707	1 421	967	51 103
1121	darunter: Allgemeine BEZ	427	182	90	177	830	150	39	2 644
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 015	528	152	514	3 100	622	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 277	431	206	401	783	104	148	10 531
121	Veräußerungserlöse	0	3	3	16	88	0	11	824
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	4	10	-	-	676
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	457	328	129	230	231	74	73	5 710
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>14 771</b>	<b>8 836</b>	<b>9 086</b>	<b>8 110</b>	<b>21 035</b>	<b>4 584</b>	<b>10 724</b>	<b>287 341</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 539	7 918	8 667	7 255	19 961	4 019	9 954	260 929
211	Personalausgaben	3 680	2 270	3 557	2 251	6 962	1 360	3 421	107 296
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	244	207	1 307	180	1 834	474	1 269	32 577
212	laufender Sachaufwand	948	916	478	597	5 309	713	1 627	24 315
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	647	281	404	337	2 302	324	1 231	16 398
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	247	545	722	514	1 713	525	669	15 237
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 724	2 399	2 736	2 477	300	154	170	64 354
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	33	170
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4 000	1 965	2 643	2 094	4	13	1	59 633
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 232	918	419	855	1 074	565	769	26 411
221	Sachinvestitionen	589	191	86	217	217	52	288	4 909
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	766	331	146	258	118	107	8	8 297
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 233	918	418	855	998	556	769	24 760

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.


 Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €							
		Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>587</b>	<b>- 99</b>	<b>- 492</b>	<b>- 26</b>	<b>100</b>	<b>- 441</b>	<b>122</b>	<b>-9 361</b>
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	4 548	3 348	1 282	7 244	4 838	3 001	69 112
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	840	4 235	3 769	1 763	8 363	4 910	2 946	79 632
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 840	313	- 421	- 482	- 1 119	- 72	55	- 10 520
	<b>Zum Ende des Monats bestehende schwebende Schulden und Kassenbestände</b>								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	523	2 674	-	-	245	1 175	100	8 846
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 783	93	-	-	462	626	1 050	15 632
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 2 724	- 897	- 98	- 234	- 992	178	- 5 282

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.<sup>2</sup> Ohne Dezember-Bezüge.<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 1.108,8 Mio. €, b 788,8 Mio. €, c 320,0 Mio. €, d 1.394,5 Mio. €, e 301,9 Mio. €, f 1.092,6 Mio. €, g -285,7 Mio. €, h 92,0 Mio. €.<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 2,9 Mio. €.

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

## Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 28. Januar 2015

### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar.<sup>1</sup> Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke<sup>2</sup> sowie methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission.<sup>3</sup>
2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2015 der Bundesregierung.

Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig

<sup>1</sup> Siehe unter: <https://circabc.europa.eu/>.

<sup>2</sup> Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries“, OECD Economics Department Working Papers 434.

<sup>3</sup> Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The Cyclically-Adjusted Budget Balance used in the EU Fiscal Framework: An Update“, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478.

Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern können auch dazu genutzt werden, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturrell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturrell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsemielastizität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
	in Mrd. € (nominal)				in Mrd. € (nominal)
2015	3 032,9	3 013,1	-19,7	0,205	-4,0
2016	3 125,2	3 113,0	-12,2	0,205	-2,5
2017	3 224,8	3 213,5	-11,3	0,205	-2,3
2018	3 323,9	3 317,2	-6,7	0,205	-1,4
2019	3 424,2	3 424,2	0,0	0,205	0,0

<sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 505,2	.	860,0	.	34,7	2,3	19,8	2,3
1981	1 539,2	+2,3	916,1	+6,5	8,9	0,6	5,3	0,6
1982	1 571,0	+2,1	977,9	+6,7	-29,0	-1,8	-18,0	-1,8
1983	1 603,1	+2,0	1 025,9	+4,9	-36,9	-2,3	-23,6	-2,3
1984	1 636,3	+2,1	1 068,0	+4,1	-25,8	-1,6	-16,8	-1,6
1985	1 670,3	+2,1	1 113,3	+4,2	-22,3	-1,3	-14,9	-1,3
1986	1 707,8	+2,2	1 172,5	+5,3	-22,1	-1,3	-15,2	-1,3
1987	1 747,2	+2,3	1 214,9	+3,6	-37,9	-2,2	-26,4	-2,2
1988	1 790,0	+2,5	1 265,7	+4,2	-17,4	-1,0	-12,3	-1,0
1989	1 839,2	+2,7	1 337,9	+5,7	2,5	0,1	1,8	0,1
1990	1 893,3	+2,9	1 424,1	+6,4	45,2	2,4	34,0	2,4
1991	1 950,8	+3,0	1 512,6	+6,2	86,7	4,4	67,2	4,4
1992	2 009,6	+3,0	1 640,5	+8,5	67,1	3,3	54,8	3,3
1993	2 062,3	+2,6	1 753,2	+6,9	-5,4	-0,3	-4,6	-0,3
1994	2 105,8	+2,1	1 828,9	+4,3	1,6	0,1	1,4	0,1
1995	2 144,0	+1,8	1 898,8	+3,8	-0,9	0,0	-0,8	0,0
1996	2 179,3	+1,6	1 942,0	+2,3	-19,4	-0,9	-17,3	-0,9
1997	2 212,8	+1,5	1 976,7	+1,8	-13,4	-0,6	-12,0	-0,6
1998	2 246,0	+1,5	2 018,3	+2,1	-3,4	-0,2	-3,1	-0,2
1999	2 281,8	+1,6	2 057,0	+1,9	5,4	0,2	4,9	0,2
2000	2 319,1	+1,6	2 080,9	+1,2	36,4	1,6	32,6	1,6
2001	2 356,1	+1,6	2 141,1	+2,9	39,3	1,7	35,7	1,7
2002	2 391,0	+1,5	2 202,1	+2,8	4,6	0,2	4,2	0,2
2003	2 423,0	+1,3	2 258,6	+2,6	-44,6	-1,8	-41,6	-1,8
2004	2 454,6	+1,3	2 312,9	+2,4	-48,1	-2,0	-45,4	-2,0
2005	2 486,0	+1,3	2 357,1	+1,9	-62,6	-2,5	-59,3	-2,5
2006	2 518,3	+1,3	2 394,9	+1,6	-4,9	-0,2	-4,7	-0,2
2007	2 549,2	+1,2	2 465,3	+2,9	46,3	1,8	44,8	1,8
2008	2 576,4	+1,1	2 512,7	+1,9	46,5	1,8	45,3	1,8
2009	2 594,7	+0,7	2 575,5	+2,5	-119,7	-4,6	-118,8	-4,6
2010	2 614,9	+0,8	2 614,9	+1,5	-38,7	-1,5	-38,7	-1,5
2011	2 641,2	+1,0	2 671,2	+2,2	27,5	1,0	27,9	1,0
2012	2 672,4	+1,2	2 743,4	+2,7	6,3	0,2	6,5	0,2
2013	2 706,7	+1,3	2 835,8	+3,4	-25,1	-0,9	-26,3	-0,9
2014	2 743,8	+1,4	2 926,4	+3,2	-21,8	-0,8	-23,2	-0,8
2015	2 781,5	+1,4	3 032,9	+3,6	-18,1	-0,7	-19,7	-0,7
2016	2 819,6	+1,4	3 125,2	+3,0	-11,0	-0,4	-12,2	-0,4
2017	2 855,9	+1,3	3 224,8	+3,2	-10,0	-0,4	-11,3	-0,4
2018	2 889,4	+1,2	3 323,9	+3,1	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2
2019	2 921,8	+1,1	3 424,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,0	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,7	1,8	0,1	0,9
1990	+2,9	1,9	0,1	0,9
1991	+3,0	1,8	0,1	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	0,0	0,5
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,2	0,4
2012	+1,2	0,4	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,3
2015	+1,4	0,6	0,4	0,4
2016	+1,4	0,6	0,4	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4
2018	+1,2	0,7	0,0	0,4
2019	+1,1	0,7	0,0	0,4


<sup>1</sup> Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 722,0	+1,5	2 903,2	+3,3
2015	2 763,4	+1,5	3 013,1	+3,8
2016	2 808,6	+1,6	3 113,0	+3,3
2017	2 845,8	+1,3	3 213,5	+3,2
2018	2 883,6	+1,3	3 317,2	+3,2
2019	2 921,8	+1,3	3 424,2	+3,2

<sup>1</sup> Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).





 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	53 556	.	.	61,2	32 340	.
1961	53 590	+0,1	.	61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2	.	61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4	.	61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3	.	61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56 386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56 913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
1982	58 644	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1983	58 751	+0,2	62,2	62,4	33 494	-0,9
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0	63,8	64,0	34 257	+1,4
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34 915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,9	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994	61 780	+0,5	66,9	66,5	37 798	+0,0
1995	61 966	+0,3	66,9	66,4	37 958	+0,4
1996	62 092	+0,2	67,0	66,7	37 969	+0,0
1997	62 134	+0,1	67,3	67,1	37 947	-0,1
1998	62 133	-0,0	67,7	67,7	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 264	+0,1	68,4	69,1	39 917	+2,3
2001	62 390	+0,2	68,6	68,7	39 809	-0,3
2002	62 562	+0,3	68,9	68,7	39 630	-0,4
2003	62 682	+0,2	69,1	68,6	39 200	-1,1
2004	62 737	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3
2005	62 771	+0,1	69,5	69,8	39 326	-0,0
2006	62 767	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8
2007	62 722	-0,1	69,9	69,8	40 325	+1,7
2008	62 622	-0,2	70,1	70,1	40 856	+1,3
2009	62 396	-0,4	70,4	70,5	40 892	+0,1
2010	62 132	-0,4	70,7	70,6	41 020	+0,3
2011	61 972	-0,3	71,1	70,9	41 570	+1,3
2012	61 930	-0,1	71,5	71,5	42 033	+1,1
2013	61 918	-0,0	71,9	71,8	42 281	+0,6
2014	61 906	-0,0	72,2	72,3	42 652	+0,9
2015	61 800	-0,2	72,6	72,7	42 822	+0,4
2016	61 632	-0,3	72,9	73,2	42 937	+0,3
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	43 001	+0,1
2018	61 337	-0,2	73,4	73,3	43 066	+0,1
2019	61 114	-0,4	73,6	73,4	43 130	+0,1
2020	60 989	-0,2	73,8	73,8	.	.
2021	60 904	-0,1	74,1	74,1	.	.
2022	60 736	-0,3	74,3	74,4	.	.

<sup>1</sup> 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.


 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
1960	.	.	2 167	.	25 152	.	1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,9
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,3
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,4	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,5	6,1
2012	1 377	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,0	5,7
2013	1 373	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	4,9	5,3
2014	1 371	-0,2	1 370	+0,5	38 247	+1,1	4,7	4,9
2015	1 370	-0,1	1 372	+0,2	38 436	+0,5	4,7	4,5
2016	1 370	+0,0	1 373	+0,1	38 536	+0,3	4,8	4,1
2017	1 371	+0,0	1 373	-0,1	38 583	+0,1	4,5	3,9
2018	1 371	+0,0	1 372	-0,1	38 630	+0,1	4,2	3,9
2019	1 371	-0,0	1 371	-0,1	38 677	+0,1	3,9	3,9
2020	1 370	-0,0	1 370	-0,0	.	.	.	.
2021	1 370	-0,0	1 370	-0,0	.	.	.	.
2022	1 370	-0,0	1 369	-0,0	.	.	.	.

<sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.<sup>2</sup>NAWRU – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote
	preisbereinigt		preisbereinigt		tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in %
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 908,9	+3,0	444,8	+5,3	1,6
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5
1993	10 531,1	+3,0	442,4	-4,2	1,3
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,1
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,1
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14 379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,1
2010	14 528,8	+1,0	498,0	+5,1	2,4
2011	14 691,0	+1,1	534,4	+7,3	2,6
2012	14 861,9	+1,2	530,6	-0,7	2,4
2013	15 024,0	+1,1	527,5	-0,6	2,5
2014	15 174,0	+1,0	543,8	+3,1	2,6
2015	15 328,4	+1,0	555,1	+2,1	2,6
2016	15 492,8	+1,1	571,5	+3,0	2,7
2017	15 666,8	+1,1	583,4	+2,1	2,6
2018	15 850,7	+1,2	595,6	+2,1	2,6
2019	16 041,9	+1,2	608,0	+2,1	2,6

 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität


	Solow-Residuen		Totale Faktorproduktivität	
		log		log
1980		-7,4164		-7,4271
1981		-7,4149		-7,4173
1982		-7,4193		-7,4071
1983		-7,4019		-7,3958
1984		-7,3840		-7,3835
1985		-7,3693		-7,3703
1986		-7,3597		-7,3562
1987		-7,3541		-7,3410
1988		-7,3329		-7,3245
1989		-7,3059		-7,3067
1990		-7,2745		-7,2883
1991		-7,2451		-7,2702
1992		-7,2332		-7,2534
1993		-7,2350		-7,2385
1994		-7,2187		-7,2254
1995		-7,2100		-7,2139
1996		-7,2037		-7,2034
1997		-7,1888		-7,1932
1998		-7,1826		-7,1832
1999		-7,1751		-7,1729
2000		-7,1566		-7,1623
2001		-7,1412		-7,1519
2002		-7,1396		-7,1426
2003		-7,1424		-7,1344
2004		-7,1367		-7,1269
2005		-7,1291		-7,1200
2006		-7,1087		-7,1135
2007		-7,0927		-7,1076
2008		-7,0933		-7,1025
2009		-7,1349		-7,0986
2010		-7,1085		-7,0940
2011		-7,0873		-7,0894
2012		-7,0859		-7,0850
2013		-7,0869		-7,0803
2014		-7,0844		-7,0753
2015		-7,0765		-7,0697
2016		-7,0665		-7,0634
2017		-7,0578		-7,0567
2018		-7,0493		-7,0495
2019		-7,0410		-7,0421



Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9



 Statistiken und Dokumentationen

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

## noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,7	+1,8	105,7	+1,0	1 479,4	+3,7
2015	109,0	+2,2	106,8	+1,0	1 531,7	+3,5
2016	110,8	+1,7	108,4	+1,4	1 575,5	+2,9
2017	112,9	+1,9	110,3	+1,8	1 621,9	+2,9
2018	115,0	+1,9	112,3	+1,8	1 669,8	+3,0
2019	117,2	+1,9	114,3	+1,8	1 719,1	+3,0



 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosenquote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote <sup>4</sup>
	in Mio.	Veränderung in % p. a.				in %	in Mio.	in %	
			Veränderung in % p. a.						in %
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,7	2,4	5,5	+3,6	+2,2	+2,0	20,2
2012	42,0	+1,1	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,1	-0,5	+0,4	19,8
2014	42,7	+0,9	54,2	2,1	4,7	+1,5	+0,6	+0,1	20,0
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,7	+0,8	53,9	2,5	5,6	+1,9	1,1	+1,1	19,7

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2014	+3,3	+1,8	+1,4	+1,4	+1,0	+0,9	+1,8
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,4	+1,4	-0,5	+1,7	+1,5	-1,5	+1,2

<sup>1</sup> Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

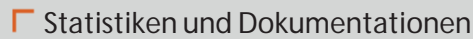
Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2014	+3,6	+1,7	189,2	225,2	45,7	39,1	6,5	7,8
2009/04	+2,9	+3,2	133,0	136,6	39,8	34,3	5,5	5,6
2014/09	+7,4	7,0	+149,9	180,9	+43,7	38,2	5,5	6,7

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2015.


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

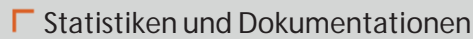
Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	70,0	70,0	.	.
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,4	+0,1
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6
2014	+3,6	+3,4	+3,7	+68,1	+69,0	+2,7	+1,5
2009/04	+1,5	+1,1	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,8	+3,5	+67,5	68,7	+2,7	+1,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2015.

 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>1,7</b>	<b>3,0</b>	<b>0,7</b>	<b>4,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>1,3</b>	<b>1,1</b>	<b>1,8</b>
Belgien	2,4	3,6	1,9	2,5	0,1	0,3	0,9	0,9	1,1
Estland	4,5	9,7	9,5	2,5	4,7	1,6	1,9	2,0	2,7
Finnland	4,2	5,6	2,8	3,0	-1,5	-1,2	-0,4	0,6	1,1
Frankreich	2,1	3,9	1,6	2,0	0,3	0,3	0,3	0,7	1,5
Griechenland	2,1	4,0	0,9	-5,4	-6,6	-3,3	0,6	2,9	3,7
Irland	9,8	9,5	5,7	-0,3	-0,3	0,2	4,6	3,6	3,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,3	-1,9	-0,4	0,6	1,1
Lettland	-0,9	5,3	10,2	-2,9	4,8	4,2	2,6	2,9	3,6
Luxemburg	1,4	8,4	4,1	5,1	-0,2	2,0	3,0	2,4	2,9
Malta	6,2	6,4	3,8	3,5	2,0	2,5	3,0	2,9	2,7
Niederlande	3,1	4,4	2,3	1,1	-1,6	-0,7	0,9	1,4	1,7
Österreich	2,7	3,4	2,1	1,9	0,9	0,2	0,7	1,2	1,5
Portugal	2,3	3,8	0,8	1,9	-3,3	-1,4	0,9	1,3	1,7
Slowakei	5,8	1,2	6,5	4,8	1,6	1,4	2,4	2,5	3,3
Slowenien	4,1	4,2	4,0	1,2	-2,6	-1,0	2,4	1,7	2,5
Spanien	2,8	5,3	3,7	0,0	-2,1	-1,2	1,2	1,7	2,2
Zypern	9,9	5,7	3,9	1,4	-2,4	-5,4	-2,8	0,4	1,6
<b>Euroraum</b>	<b>2,4</b>	<b>3,8</b>	<b>1,7</b>	<b>2,0</b>	<b>-0,7</b>	<b>-0,5</b>	<b>0,8</b>	<b>1,1</b>	<b>1,7</b>
Bulgarien	2,9	6,0	6,0	0,7	0,5	1,1	1,2	0,6	1,0
Dänemark	3,0	3,7	2,4	1,6	-0,8	-0,1	0,8	1,7	2,0
Kroatien	-	3,8	4,2	-1,7	-2,2	-0,9	-0,7	0,2	1,1
Litauen	3,3	3,6	7,7	1,6	3,8	3,3	2,7	3,1	3,4
Polen	7,0	4,3	3,5	3,7	1,8	1,7	3,0	2,8	3,3
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-0,8	0,6	3,5	2,0	2,4	2,8
Schweden	4,0	4,7	2,8	6,0	-0,3	1,5	2,0	2,4	2,7
Tschechien	6,2	4,3	6,4	2,3	-0,8	-0,7	2,5	2,7	2,7
Ungarn	1,5	4,2	4,3	0,8	-1,5	1,5	3,2	2,5	2,0
Vereinigtes Königreich	3,5	3,8	2,8	1,9	0,7	1,7	3,1	2,7	2,5
EU	-	3,9	2,0	2,1	-0,4	0,0	1,3	1,5	2,0
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,2	3,1	3,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,5	1,5	1,1	1,0	1,0

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.  
Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>+1,2</b>	<b>+2,5</b>	<b>+2,1</b>	<b>+1,6</b>	<b>+0,9</b>	<b>+1,2</b>	<b>+1,6</b>
Belgien	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,6	+0,9	+1,3
Estland	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+0,7	+1,6	+2,2
Finnland	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+1,3	+1,6
Frankreich	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,7	+1,1
Griechenland	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-1,0	+0,3	+1,1
Irland	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,4	+0,9	+1,4
Italien	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,5	+2,0
Lettland	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+0,8	+1,8	+2,5
Luxemburg	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+1,0	+2,1	+1,9
Malta	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+0,7	+1,5	+2,0
Niederlande	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,4	+0,8	+1,1
Österreich	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+1,7	+1,8
Portugal	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	+0,0	+0,6	+0,9
Slowakei	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	+0,7	+1,4
Slowenien	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	+1,0	+1,5
Spanien	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	-0,1	+0,5	+1,2
Zypern	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	-0,2	+0,7	+1,2
<b>Euroraum</b>	<b>+1,6</b>	<b>+2,7</b>	<b>+2,5</b>	<b>+1,4</b>	<b>+0,5</b>	<b>+0,8</b>	<b>+1,5</b>
Bulgarien	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-1,4	+0,4	+1,0
Dänemark	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+0,4	+1,1	+1,7
Kroatien	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	+0,6	+1,1
Litauen	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+0,3	+1,3	+1,9
Polen	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+0,2	+1,1	+1,9
Rumänien	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+1,5	+2,1	+2,7
Schweden	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+1,2	+1,5
Tschechien	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,4	+1,8
Ungarn	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+0,1	+2,5	+3,0
Vereinigtes Königreich	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+1,6	+1,9
<b>EU</b>	<b>+2,1</b>	<b>+3,1</b>	<b>+2,6</b>	<b>+1,5</b>	<b>+0,6</b>	<b>+1,0</b>	<b>+1,6</b>
USA	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,8	+2,0	+2,3
Japan	-0,7	-0,3	+0,0	+0,4	+2,8	+1,6	+1,4

Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen


Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>	<b>8,3</b>	<b>8,0</b>	<b>11,3</b>	<b>7,1</b>	<b>5,5</b>	<b>5,3</b>	<b>5,1</b>	<b>5,1</b>	<b>4,8</b>
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland	9,5	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,8	7,1	6,3
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,6	8,5	8,3
Frankreich	12,0	9,5	8,9	9,3	9,8	10,3	10,4	10,4	10,2
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,8	25,0	22,0
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,1	9,6	8,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,2	12,6	12,6	12,4
Lettland	18,9	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	11,0	10,2	9,2
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,1	6,2	6,1
Malta	5,0	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	6,1	6,1	6,2
Niederlande	7,1	3,1	5,3	4,5	5,3	6,7	6,9	6,8	6,7
Österreich	3,9	3,6	5,2	4,4	4,3	4,9	5,3	5,4	5,0
Portugal	7,2	4,5	8,5	12,0	15,8	16,4	14,5	13,6	12,8
Slowakei	13,3	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,4	12,8	12,1
Slowenien	6,9	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,8	9,2	8,4
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,8	23,5	22,2
Zypern	2,6	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,2	15,8	14,8
<b>Euroraum</b>	<b>11,0</b>	<b>9,0</b>	<b>9,1</b>	<b>10,2</b>	<b>11,3</b>	<b>11,9</b>	<b>11,6</b>	<b>11,3</b>	<b>10,8</b>
Bulgarien	12,0	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	12,0	11,4	11,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,7	6,6	6,4
Kroatien	-	15,8	13,0	12,3	16,1	17,3	17,7	17,7	17,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	11,2	10,4	9,5
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,5	9,3	8,8
Rumänien	6,2	6,8	7,2	7,3	7,0	7,3	7,0	6,9	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,8	7,6
Tschechien	4,1	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,3	6,2	6,1
Ungarn	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,2	8,0	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,5	6,2	5,7	5,5
EU	-	9,0	9,0	9,6	10,4	10,8	10,3	10,0	9,5
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,3	5,7	5,3
Japan	3,1	4,7	4,4	5,1	4,3	4,0	3,9	3,8	3,8

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, November 2014) sowie Eurostat.  
Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2014.

Stand: November 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung


Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	<b>+3,4</b>	<b>+2,2</b>	<b>+0,8</b>	<b>+1,6</b>	<b>+6,2</b>	<b>+6,4</b>	<b>+7,9</b>	<b>+7,9</b>	<b>2,5</b>	<b>0,6</b>	<b>1,9</b>	<b>2,1</b>
darunter												
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+0,2	+0,5	+5,1	+6,8	+7,4	+7,3	3,5	1,6	2,7	3,1
Ukraine	+0,3	-0,0	-6,5	+1,0	+0,6	-0,3	+11,4	+14,0	-8,1	-9,2	-2,5	-2,5
<b>Asien</b>	<b>+6,7</b>	<b>+6,6</b>	<b>+6,5</b>	<b>+6,6</b>	<b>+4,7</b>	<b>+4,7</b>	<b>+4,1</b>	<b>+4,2</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>1,1</b>
darunter												
China	+7,7	+7,7	+7,4	+7,1	+2,6	+2,6	+2,3	+2,5	2,6	1,9	1,8	2,0
Indien	+4,7	+5,0	+5,6	+6,4	+10,2	+9,5	+7,8	+7,5	-4,7	-1,7	-2,1	-2,2
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,2	+5,5	+4,0	+6,4	+6,0	+6,7	-2,8	-3,3	-3,2	-2,9
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,9	+5,2	+1,7	+2,1	+2,9	+4,1	5,8	3,9	4,3	4,2
Thailand	+6,5	+2,9	+1,0	+4,6	+3,0	+2,2	+2,1	+2,0	-0,4	-0,6	2,9	2,1
<b>Lateinamerika</b>	<b>+2,9</b>	<b>+2,7</b>	<b>+1,3</b>	<b>+2,2</b>	<b>+6,1</b>	<b>+7,1</b>	.	.	<b>-1,9</b>	<b>-2,7</b>	<b>-2,5</b>	<b>-2,7</b>
darunter												
Argentinien	+0,9	+2,9	-1,7	-1,5	+10,0	+10,6	.	.	-0,2	-0,8	-0,8	-1,1
Brasilien	+1,0	+2,5	+0,3	+1,4	+5,4	+6,2	+6,3	+5,9	-2,4	-3,6	-3,5	-3,6
Chile	+5,5	+4,2	+2,0	+3,3	+3,0	+1,8	+4,4	+3,2	-3,4	-3,4	-1,8	-1,4
Mexiko	+4,0	+1,1	+2,4	+3,5	+4,1	+3,8	+3,9	+3,6	-1,3	-2,1	-1,9	-2,0
<b>Sonstige</b>												
Türkei	+2,1	+4,1	+3,0	+3,0	+8,9	+7,5	+9,0	+7,0	-6,2	-7,9	-5,8	-6,0
Südafrika	+2,5	+1,9	+1,4	+2,3	+5,7	+5,8	+6,3	+5,8	-5,2	-5,8	-5,7	-5,6

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2014.



 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	23. Januar 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	17 673	17 823	-0,84	15 373	18 054
Euro Stoxx 50	3 383	3 146	7,52	2 875	3 383
Dax	10 650	9 806	8,60	8 572	10 650
CAC 40	4 641	4 273	8,60	3 919	4 641
Nikkei	17 512	17 451	0,35	13 910	17 936
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	23. Januar 2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014/2015
USA	1,80	2,18	-	1,72	3,02
Deutschland	0,36	0,54	-1,44	0,36	1,96
Japan	0,25	0,33	-1,55	0,22	0,73
Vereinigtes Königreich	1,48	1,76	-0,32	1,48	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	23. Januar 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
US-Dollar/Euro	1,12	1,21	-7,45	1,12	1,40
Yen/US-Dollar	117,74	119,68	-1,62	100,97	121,41
Yen/Euro	132,12	145,23	-9,03	132,12	149,03
Pfund/Euro	0,75	0,78	-4,19	0,75	0,84

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	+0,1	+1,3	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,6	5,3	5,1	5,1	4,8
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,5	+1,4	+1,5	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3
<b>USA</b>												
EU-KOM	+2,2	+2,2	+3,1	+3,2	+1,5	+1,8	+2,0	+2,3	7,4	6,3	5,8	5,4
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8
<b>Japan</b>												
EU-KOM	+1,5	+1,1	+1,0	+1,0	+0,4	+2,8	+1,6	+1,4	4,0	3,8	3,8	3,8
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,5	+0,9	+0,8	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	+0,3	+0,3	+0,7	+1,5	+1,0	+0,6	+0,7	+1,1	10,3	10,4	10,4	10,2
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+1,0	+1,6	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-1,9	-0,4	+0,6	+1,1	+1,3	+0,2	+0,5	+2,0	12,2	12,6	12,6	12,4
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,9	-0,2	+0,9	+1,3	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	+1,7	+3,1	+2,7	+2,5	+2,6	+1,5	+1,6	+1,9	7,5	6,2	5,7	5,5
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+3,2	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,3	+2,4	+2,4	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,1	+1,7	+1,4	+0,5	+0,8	+1,5	11,9	11,6	11,3	10,8
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,4	+0,8	+1,3	+1,7	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,5	+2,0	+1,5	+0,6	+1,0	+1,6	10,8	10,3	10,0	9,5
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-	-


Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.


Stand: Dezember 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	+0,3	+0,9	+0,9	+1,1	+1,2	+0,6	+0,9	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1
IWF	+0,2	+1,0	+1,4	+1,5	+1,2	+0,7	+1,0	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2
<b>Estland</b>												
EU-KOM	+1,6	+1,9	+2,0	+2,7	+3,2	+0,7	+1,6	+2,2	8,6	7,8	7,1	6,3
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6
IWF	+1,6	+1,2	+2,5	+3,5	+3,2	+0,8	+1,5	+2,1	8,6	7,0	7,0	6,8
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-1,2	-0,4	+0,6	+1,1	+2,2	+1,2	+1,3	+1,6	8,2	8,6	8,5	8,3
OECD	-1,2	-0,2	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5
IWF	-1,2	-0,2	+0,9	+1,6	+2,2	+1,2	+1,5	+1,7	8,2	8,5	8,3	7,7
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,3	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-1,0	+0,3	+1,1	27,5	26,8	25,0	22,0
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1
IWF	-3,9	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-0,8	+0,3	+1,1	27,3	25,8	23,8	20,9
<b>Irland</b>												
EU-KOM	+0,2	+4,6	+3,6	+3,7	+0,5	+0,4	+0,9	+1,4	13,1	11,1	9,6	8,5
OECD	+0,2	+4,3	+3,3	+3,2	+0,5	+0,2	+0,5	+1,2	13,0	11,5	10,5	9,9
IWF	+0,2	+3,6	+3,0	+2,5	+0,5	+0,6	+0,9	+1,2	13,0	11,2	10,5	10,1
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	+4,2	+2,6	+2,9	+3,6	+0,0	+0,8	+1,8	+2,5	11,9	11,0	10,2	9,2
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8
IWF	+4,1	+2,7	+3,2	+3,4	+0,0	+0,7	+1,6	+1,9	11,9	10,3	9,7	9,3
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	+2,0	+3,0	+2,4	+2,9	+1,7	+1,0	+2,1	+1,9	5,9	6,1	6,2	6,1
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2
IWF	+2,1	+2,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,1	+2,1	+1,8	6,9	7,1	6,9	6,7
<b>Malta</b>												
EU-KOM	+2,5	+3,0	+2,9	+2,7	+1,0	+0,7	+1,5	+2,0	6,4	6,1	6,1	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,9	+2,2	+2,2	+2,0	+1,0	+1,0	+1,2	+1,4	6,4	6,0	6,1	6,2
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	-0,7	+0,9	+1,4	+1,7	+2,6	+0,4	+0,8	+1,1	6,7	6,9	6,8	6,7
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2
IWF	-0,7	+0,6	+1,4	+1,6	+2,6	+0,5	+0,7	+1,0	6,7	7,3	6,9	6,6
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	+0,2	+0,7	+1,2	+1,5	+2,1	+1,5	+1,7	+1,8	4,9	5,3	5,4	5,0
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1
IWF	+0,3	+1,0	+1,9	+1,7	+2,1	+1,7	+1,7	+1,7	4,9	5,0	4,9	4,8

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-1,4	+0,9	+1,3	+1,7	+0,4	+0,0	+0,6	+0,9	16,4	14,5	13,6	12,8
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4
IWF	-1,4	+1,0	+1,5	+1,7	+0,4	+0,0	+1,1	+1,5	16,2	14,2	13,5	13,0
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+2,5	+3,3	+1,5	-0,1	+0,7	+1,4	14,2	13,4	12,8	12,1
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2
IWF	+0,9	+2,4	+2,7	+2,9	+1,5	+0,1	+1,3	+1,5	14,2	13,9	13,2	12,8
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-1,0	+2,4	+1,7	+2,5	+1,9	+0,4	+1,0	+1,5	10,1	9,8	9,2	8,4
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3
IWF	-1,0	+1,4	+1,4	+1,5	+1,8	+0,5	+1,0	+1,7	10,1	9,9	9,5	8,9
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	-1,2	+1,2	+1,7	+2,2	+1,5	-0,1	+0,5	+1,2	26,1	24,8	23,5	22,2
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9
IWF	-1,2	+1,3	+1,7	+1,8	+1,5	-0,0	+0,6	+0,9	26,1	24,6	23,5	22,4
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-5,4	-2,8	+0,4	+1,6	+0,4	-0,2	+0,7	+1,2	15,9	16,2	15,8	14,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-3,2	+0,4	+1,6	+0,4	+0,0	+0,7	+1,3	15,9	16,6	16,1	15,0

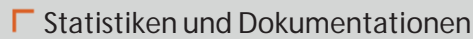
Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.


 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	+1,1	+1,2	+0,6	+1,0	+0,4	-1,4	+0,4	+1,0	13,0	12,0	11,4	11,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+1,4	+2,0	+2,5	+0,4	-1,2	+0,7	+1,8	13,0	12,5	11,9	11,3
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	-0,1	+0,8	+1,7	+2,0	+0,5	+0,4	+1,1	+1,7	7,0	6,7	6,6	6,4
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1
IWF	+0,4	+1,5	+1,8	+1,9	+0,8	+0,6	+1,6	+1,8	7,0	6,9	6,6	6,2
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-0,9	-0,7	+0,2	+1,1	+2,3	+0,2	+0,6	+1,1	17,3	17,7	17,7	17,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,8	+0,5	+1,4	+2,2	-0,3	+0,2	+1,0	16,6	16,8	17,1	16,8
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	+3,3	+2,7	+3,1	+3,4	+1,2	+0,3	+1,3	+1,9	11,8	11,2	10,4	9,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+3,3	+3,7	+1,2	+0,3	+1,3	+2,0	11,8	11,0	10,7	10,5
<b>Polen</b>												
EU-KOM	+1,7	+3,0	+2,8	+3,3	+0,8	+0,2	+1,1	+1,9	10,3	9,5	9,3	8,8
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2
IWF	+1,6	+3,2	+3,3	+3,5	+0,9	+0,1	+0,8	+2,0	10,3	9,5	9,5	9,3
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	+3,5	+2,0	+2,4	+2,8	+3,2	+1,5	+2,1	+2,7	7,3	7,0	6,9	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,5	+2,4	+2,5	+2,8	+4,0	+1,5	+2,9	+2,9	7,3	7,2	7,1	7,1
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	+1,5	+2,0	+2,4	+2,7	+0,4	+0,2	+1,2	+1,5	8,0	7,9	7,8	7,6
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3
IWF	+1,6	+2,1	+2,7	+2,7	-0,0	+0,1	+1,4	+1,9	8,0	8,0	7,8	7,6
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-0,7	+2,5	+2,7	+2,7	+1,4	+0,5	+1,4	+1,8	7,0	6,3	6,2	6,1
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0
IWF	-0,9	+2,5	+2,5	+2,4	+1,4	+0,6	+1,9	+2,0	7,0	6,4	6,0	5,6
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	+1,5	+3,2	+2,5	+2,0	+1,7	+0,1	+2,5	+3,0	10,2	8,0	7,8	7,8
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6
IWF	+1,1	+2,8	+2,3	+1,8	+1,7	+0,3	+2,3	+3,0	10,3	8,2	7,8	7,6

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	0,1	0,2	0,0	0,2	76,9	74,5	72,4	69,6	6,9	7,1	7,1	6,7
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7
IWF	0,2	0,3	0,2	0,3	78,4	75,5	72,5	69,3	7,0	6,2	5,8	5,5
<b>USA</b>												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,3	-3,9	104,7	105,1	104,6	104,4	-2,5	-2,6	-2,7	-2,8
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7
IWF	-5,8	-5,5	-4,3	-4,2	104,2	105,6	105,1	104,9	-2,4	-2,5	-2,6	-2,8
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-8,8	-7,5	-6,4	-5,4	244,0	246,1	248,0	248,8	0,8	0,6	0,8	1,2
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4
IWF	-8,2	-7,1	-5,8	-4,6	243,2	245,1	245,5	243,9	0,7	1,0	1,1	1,2
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-4,1	-4,4	-4,5	-4,7	92,2	95,5	98,1	99,8	-2,0	-1,9	-1,9	-2,2
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1
IWF	-4,2	-4,4	-4,3	-3,7	91,8	95,2	97,7	98,9	-1,3	-1,4	-1,0	-0,7
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-2,8	-3,0	-2,7	-2,2	127,9	132,2	133,8	132,7	1,0	1,5	1,5	1,8
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1
IWF	-3,0	-3,0	-2,3	-1,2	132,5	136,7	136,4	134,1	1,0	1,2	1,2	0,9
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	-5,8	-5,4	-4,4	-3,4	87,2	89,0	89,5	89,9	-4,2	-4,0	-3,7	-3,2
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4
IWF	-5,8	-5,3	-4,1	-2,9	90,6	92,0	93,1	92,9	-4,5	-4,2	-3,8	-3,3
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3
IWF	-3,0	-2,6	-2,1	-1,7	88,8	88,1	86,8	85,4	-3,2	-2,7	-2,5	-2,4
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-2,9	-2,6	-2,4	-2,1	93,1	94,5	94,8	93,8	2,4	2,5	2,6	2,5
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,7	-2,3	87,1	88,1	88,3	87,6	1,4	1,4	1,5	1,5
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4


Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.


Stand: Dezember 2014.

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,8	-2,8	104,5	105,8	107,3	107,8	-1,5	-0,3	-0,5	-0,7
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0
IWF	-2,7	-2,6	-2,2	-1,6	101,2	101,9	101,7	100,5	-1,9	-1,3	-1,0	-0,7
<b>Estland</b>												
EU-KOM	-0,5	-0,4	-0,6	-0,5	10,1	9,9	9,6	9,5	-0,9	-2,8	-3,1	-3,7
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2
IWF	-0,2	-0,3	-0,3	-0,1	9,8	10,2	10,4	10,3	-1,4	-2,2	-2,4	-2,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-2,4	-2,9	-2,6	-2,3	56,0	59,8	61,7	62,4	-2,0	-1,9	-1,7	-1,4
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8
IWF	-2,3	-2,4	-1,4	-0,9	54,7	57,9	59,3	59,7	-0,9	-0,6	-0,5	-0,4
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-12,2	-1,6	-0,1	1,3	174,9	175,5	168,8	157,8	-2,7	-2,8	-2,5	-2,2
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8
IWF	-3,2	-2,7	-1,9	-0,6	175,1	174,2	171,0	160,5	0,7	0,7	0,1	0,1
<b>Irland</b>												
EU-KOM	-5,7	-3,7	-2,9	-3,0	123,3	110,5	109,4	106,0	3,8	5,5	5,5	5,3
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4
IWF	-6,7	-4,2	-2,8	-1,7	116,1	112,4	111,7	108,7	4,4	3,3	2,4	2,9
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-0,9	-1,1	-1,2	-0,9	38,2	40,3	36,6	35,1	-2,2	-2,2	-2,3	-2,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,7	-1,2	35,0	36,0	35,3	34,1	-0,8	-0,1	-1,5	-1,8
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	0,6	0,2	-0,4	-0,6	23,6	23,0	24,3	25,4	5,2	5,2	5,2	5,8
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0
IWF	0,1	0,4	-1,5	-1,3	23,1	24,2	26,5	28,4	5,2	5,1	4,0	4,3
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,7	-2,5	-2,6	-2,0	69,8	71,0	71,0	69,8	3,1	2,5	2,5	3,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,8	-2,7	-2,4	-1,8	72,2	71,9	71,3	70,3	0,9	0,3	0,3	0,4
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,7	70,3	69,9	8,5	7,8	7,7	7,7
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3
IWF	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,4	69,6	68,8	10,2	9,9	9,6	9,2
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-1,5	-2,9	-1,8	-1,1	81,2	87,0	86,1	84,0	2,3	2,4	2,7	2,8
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6
IWF	-1,5	-3,0	-1,5	-0,8	74,5	80,1	78,6	76,9	2,7	3,0	3,2	3,2

 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-4,9	-4,9	-3,3	-2,8	128,0	127,7	125,1	123,7	-0,3	-0,2	0,1	0,3
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9
IWF	-5,0	-4,0	-2,5	-2,3	128,9	131,3	128,7	126,5	0,5	0,6	0,8	0,9
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3	54,6	54,1	54,9	54,7	0,8	0,5	0,2	0,3
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5
IWF	-2,8	-2,9	-2,3	-1,3	55,4	55,7	55,7	54,5	2,1	1,9	2,2	2,4
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-14,6	-4,4	-2,9	-2,7	70,4	82,2	82,9	80,6	4,8	6,2	6,1	5,9
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5
IWF	-13,8	-5,0	-3,9	-3,5	70,0	77,4	75,6	77,3	6,8	5,9	5,8	5,5
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	-6,8	-5,6	-4,6	-3,9	92,1	98,1	101,2	102,1	1,5	0,5	0,7	0,9
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9
IWF	-7,1	-5,7	-4,7	-3,8	93,9	98,6	101,1	102,1	0,8	0,1	0,4	0,7
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6	-1,3	-1,2	-0,6	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,9	-4,4	-3,9	-1,3	111,5	117,4	126,0	122,5	-1,9	-1,1	-0,8	-0,3

Quellen:


EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.




 Statistiken und Dokumentationen

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

 noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
 Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	-1,2	-3,6	-3,7	-3,8	18,3	25,3	26,8	30,2	2,2	2,1	2,3	1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-2,7	-2,0	-1,5	16,4	25,2	25,1	23,5	1,9	-0,2	-2,3	-2,9
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	-0,7	-1,0	-2,3	-2,0	45,0	44,1	45,1	45,6	6,9	6,2	6,1	6,2
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0
IWF	-0,9	-1,4	-3,0	-2,3	44,5	45,1	46,6	47,3	7,3	7,1	7,0	7,0
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-5,2	-5,6	-5,5	-5,6	75,7	81,7	84,9	89,0	0,4	0,3	1,6	1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	-4,7	-2,9	-2,7	60,2	66,3	68,5	69,5	0,9	2,2	2,2	1,8
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	-2,6	-1,2	-1,4	-0,8	39,0	41,3	41,6	41,3	1,6	0,8	-0,4	-1,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-1,7	39,3	40,0	39,5	38,9	1,5	0,9	0,1	-0,4
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-4,0	-3,4	-2,9	-2,8	55,7	49,1	50,2	50,1	-1,4	-2,0	-2,4	-2,8
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5
IWF	-4,3	-3,2	-2,5	-2,0	57,1	49,4	49,0	48,5	-1,4	-1,5	-2,1	-2,5
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-2,2	-2,1	-2,8	-2,5	37,9	39,4	40,4	41,1	-1,4	-1,2	-1,4	-1,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,2	-1,8	-1,9	39,4	39,9	39,6	39,4	-1,1	-1,2	-1,8	-2,2
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	-1,3	-2,4	-1,8	-1,2	38,6	40,3	40,1	39,4	6,5	5,7	5,4	5,1
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1
IWF	-1,3	-2,0	-0,8	-0,1	40,5	42,2	41,3	39,3	6,2	5,7	6,1	5,9
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-1,3	-1,4	-2,1	-1,7	45,7	44,4	44,7	45,2	-2,2	-1,3	-0,9	-0,4
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2
IWF	-1,5	-1,2	-1,4	-1,2	46,0	44,4	44,4	44,2	-1,4	-0,2	-0,3	-0,4
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-2,4	-2,9	-2,8	-2,5	77,3	76,9	76,4	75,2	4,2	4,3	4,3	4,3
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7
IWF	-2,4	-2,9	-2,8	-2,8	79,3	79,1	79,2	78,9	3,0	2,5	2,0	1,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2014, statistical annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014.

Stand: Dezember 2014.

# Impressum

## **Herausgeber**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

## **Redaktion**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

## **Stand**

Januar 2015

## **Lektorat, Satz und Gestaltung**

heimbüchel pr  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Köln

## **Bildnachweis**

BMF/ Jörg Rüger

## **Publikationsbestellung**

Tel: 03018 272 2721  
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

## **Weitere Informationen im Internet unter:**

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
[www.ministere-federal-des-finances.de](http://www.ministere-federal-des-finances.de)  
[www.federal-ministry-of-finance.de](http://www.federal-ministry-of-finance.de)  
[www.stabiler-euro.de](http://www.stabiler-euro.de)  
[www.bundeshaushalt-info.de](http://www.bundeshaushalt-info.de)  
[www.finanzforscher.de](http://www.finanzforscher.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de/APP](http://www.bundesfinanzministerium.de/APP)  
[www.youtube.com/finanzministeriumtv](http://www.youtube.com/finanzministeriumtv)  
[www.twitter.com/bmf\\_bund](http://www.twitter.com/bmf_bund)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.